

David H. Gehne, Marc Neu, Roland Scheebaum, Klaus Peter Strohmeier

# Sozial- und Bildungsmonitoring für kommunale Prävention

Gesellschaftliche Rahmenbedingungen und bildungs-  
bezogene Übergänge im Lebensverlauf von Kindern  
und Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen

Arbeitspapiere wissenschaftliche Begleitforschung  
„Kein Kind zurücklassen!“ Werkstattbericht



Im Jahr 2011 haben die Landesregierung Nordrhein-Westfalen und die Bertelsmann Stiftung das Modellvorhaben „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“ ins Leben gerufen. Gemeinsam mit 18 Modellkommunen haben sie es sich zum Ziel gemacht, die Rahmenbedingungen für ein gelingendes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen in NRW zu verbessern. Das Modellvorhaben wird fachlich und fiskalisch wissenschaftlich begleitet. Das Ziel: Untersuchen, wie kommunale Präventionsketten wirken. Es wird nach Möglichkeiten der Optimierung gesucht und geprüft, inwiefern sich durch den Ausbau von Präventionsketten soziale Folgekosten verringern lassen. Die Bertelsmann Stiftung verantwortet die Begleitforschung gemeinsam mit ihren wissenschaftlichen Partnern. Größter Partner ist das Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung (ZEFIR) an der Ruhr-Universität Bochum. In der vorliegenden gemeinsamen Schriftenreihe des ZEFIR und der Bertelsmann Stiftung werden in unregelmäßigen Abständen Einblicke und Erkenntnisse aus der wissenschaftlichen Begleitforschung veröffentlicht.

In 2011, the State Government of North Rhine-Westphalia and the Bertelsmann Stiftung launched the initiative “Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor” (“Leave No Child Behind! Municipalities in North Rhine-Westphalia providing equal opportunities for all children”). Together with the 18 municipalities taking part in the joint initiative, the project aims to improve development prospects and provide equal opportunities for every child. The municipalities are creating local prevention chains, i. e. the systematic and ongoing collaboration between stakeholders in administration, agencies, associations, civil society and business. The intention is to improve the effectiveness and efficiency of local support and intervention practices. The project is being evaluated by the Bertelsmann Stiftung and selected partners from academia to measure the positive effects for children and the cost effectiveness of the initiative. One of the principal academic partners is the Centre for Interdisciplinary Regional Studies (ZEFIR) at the Ruhr-University Bochum. The Bertelsmann Stiftung and ZEFIR publish this scientific series with first results and insights into their analyses.

ISSN-Print            2199-6393  
ISSN-Internet        2199-6407

# Sozial- und Bildungsmonitoring für kommunale Prävention

Gesellschaftliche Rahmenbedingungen und bildungsbezogene  
Übergänge im Lebensverlauf von Kindern und Jugendlichen in  
Nordrhein-Westfalen

Bibliographische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie;  
detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

David H. Gehne, Marc Neu, Roland Scheebaum, Klaus Peter Strohmeier

## Sozial- und Bildungsmonitoring für kommunale Prävention

Gesellschaftliche Rahmenbedingungen und bildungsbezogene  
Übergänge im Lebensverlauf von Kindern und Jugendlichen in  
Nordrhein-Westfalen

Schriftenreihe Arbeitspapiere wissenschaftliche Begleitforschung „Kein Kind zurücklassen!“  
Erscheinungsort Gütersloh  
Band 11 (September 2017)

Die Materialiensammlung wird herausgegeben von:

© **Bertelsmann Stiftung**

Carl-Bertelsmann-Straße 256

33311 Gütersloh

Telefon 05241 81-81 285

[www.bertelsmann-stiftung.de](http://www.bertelsmann-stiftung.de)

Dr. Kirsten Witte, Director Programm LebensWerte Kommune, Bertelsmann Stiftung

Karl Janssen, externer Berater, Kommunalexperte der Bertelsmann Stiftung

© **Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung (ZEFIR)**

Fakultät für Sozialwissenschaft, Ruhr-Universität Bochum

LOTA 38, 44780 Bochum

Telefon 0234 32-24 675

[www.ruhr-uni-bochum.de/zeфир](http://www.ruhr-uni-bochum.de/zeфир)

Prof. Dr. Klaus Peter Strohmeier

Prof. Dr. Jörg Bogumil

**Redaktion** Dr. Regina von Görtz, Bertelsmann Stiftung

Dr. David H. Gehne, ZEFIR Bochum

**Autoren** David H. Gehne, Marc Neu, Roland Scheebaum, Klaus Peter Strohmeier

**Koordination** Heike Kusch, Bertelsmann Stiftung

**Titelbild** © Shutterstock | juninatt

**Gestaltung** Nicole Meyerholz, Bielefeld

**Lektorat** Rudolf Jan Gajdacz, team 4media&event, München

**Druck** Hans Kock Buch- und Offsetdruck GmbH, Bielefeld

ISSN-Print 2199-6393

ISSN-Internet 2199-6407

Mit finanzieller Unterstützung des Landes Nordrhein-Westfalen und des Europäischen Sozialfonds.

# Inhalt

1	Einleitung	11
2	Soziale Indikatoren und Monitoring in der Sozialberichterstattung	14
3	Vorbemerkungen zu Datenbasis und Methodik	17
4	Soziodemographische und fiskalische Rahmenbedingungen	20
4.1	Wanderungen und demographischer Wandel	21
4.2	Sozioökonomische Lage	30
4.3	Fiskalische Eckdaten	41
5	Bildungsbezogene Übergänge im Lebensverlauf	50
5.1	Kindertageseinrichtung	51
5.2	Schuleingangsuntersuchung und Grundschule	60
5.3	Übergang von der Grundschule zur weiterführenden Schule	68
5.4	Übergang von Sekundarstufe I zu Sekundarstufe II	74
5.5	Schulabschluss, Ausbildung und Beruf	78

6	Fazit – Chancen und Risiken für ein gelingendes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen	92
6.1	Rahmenbedingungen: Regionale Disparitäten, ungleiche Chancen für Kinder und Jugendliche	92
6.2	Bildungsübergänge: Die soziale Lage erklärt viel, aber nicht alles	94
	Die Autoren	96
	Literatur	97
	Anhang	103

## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Bevölkerungsentwicklung 2004–2011, Kreise und kreisfreie Städte NRW	21
Abbildung 2:	Familienwanderungssaldo 2003 und Bevölkerungsentwicklung 1996–2003, Kreise und kreisfreie Städte NRW	22
Abbildung 3:	Familienwanderungssaldo 2011 und Bevölkerungsentwicklung 2004–2011, Kreise und kreisfreie Städte NRW	23
Abbildung 4:	Bildungswanderungssaldo 2011 und Bevölkerungsentwicklung 2004–2011, Kreise und kreisfreie Städte NRW	24
Abbildung 5:	Bevölkerung unter 18 Jahren 2011, Kreise und kreisfreie Städte NRW	26
Abbildung 6:	Prognose Bevölkerung unter 18 Jahren 2030, Kreise und kreisfreie Städte NRW	27
Abbildung 7:	Bevölkerung unter 18 Jahren mit Migrationshintergrund 2011, Kreise und kreisfreie Städte NRW	29
Abbildung 8:	SGB-II-Quote 2011, Kreise und kreisfreie Städte NRW*	32
Abbildung 9:	Arbeitslosenquote und SGB-II-Quote 2006, Kreise und kreisfreie Städte NRW*	33
Abbildung 10:	Arbeitslosenquote und SGB-II-Quote 2011, Kreise und kreisfreie Städte NRW	34
Abbildung 11:	Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte und SGB-II-Quote 2006, Kreise und kreisfreie Städte NRW	36
Abbildung 12:	Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte und SGB-II-Quote 2011, Kreise und kreisfreie Städte NRW	37
Abbildung 13:	SGB-II-Quote nach Altersjahren 2011, Kreis Coesfeld und NRW	38
Abbildung 14:	SGB-II-Quote nach Altersjahren 2011, Gelsenkirchen und NRW	39
Abbildung 15:	Sozialgeldquote der unter 15-Jährigen 2011, Kreise und kreisfreie Städte NRW*	40
Abbildung 16:	Kommunale Steuereinnahmen pro Einwohner 2003–2006 (in Euro), Kreise und kreisfreie Städte NRW	42

Abbildung 17: Kommunale Steuereinnahmen pro Einwohner 2008–2011 (in Euro), Kreise und kreisfreie Städte NRW	43
Abbildung 18: Allgemeine Deckungsmittel je Einwohner 2006 (in Euro), Kreise und kreisfreie Städte NRW	45
Abbildung 19: Allgemeine Deckungsmittel je Einwohner 2011 (in Euro), Kreise und kreisfreie Städte NRW	46
Abbildung 20: Soziale Leistungen je Einwohner 2006 (in Euro), Kreise und kreisfreie Städte NRW	47
Abbildung 21: Soziale Leistungen je Einwohner 2011 (in Euro), Kreise und kreisfreie Städte NRW	49
Abbildung 22: Präventionsketten und Indikatoren	50
Abbildung 23: Betreute 3-Jährige in Kindertageseinrichtungen 2006, Städte und Gemeinden NRW	52
Abbildung 24: Betreute 3-Jährige in Kindertageseinrichtungen 2011, Städte und Gemeinden NRW	53
Abbildung 25: Sozialgeldquote der unter 3-Jährigen und betreute 3-Jährige in Kindertageseinrichtungen 2011, Kreise und kreisfreie Städte NRW	54
Abbildung 26: Betreute Kinder mit Migrationshintergrund in Kindertageseinrichtungen 2006, Städte und Gemeinden NRW	56
Abbildung 27: Betreute Kinder mit Migrationshintergrund in Kindertageseinrichtungen 2011, Städte und Gemeinden NRW	57
Abbildung 28: Sozialgeldquote der unter 6-Jährigen und betreute Kinder mit Migrationshintergrund in Kindertageseinrichtungen 2011, Kreise und kreisfreie Städte NRW*	58
Abbildung 29: Sozialgeldquote der unter 6-Jährigen und Kinder, die an der U8 teilgenommen haben 2011, Kreise und kreisfreie Städte NRW*	59
Abbildung 30: Sozialgeldquote der unter 6-Jährigen und Kinder mit auffälligem Befund im Bereich Körperkoordination bei der Schuleingangsuntersuchung 2011, Kreise und kreisfreie Städte NRW*	61

Abbildung 31: Sozialgeldquote der unter 6-Jährigen und Kinder mit auffälligem Befund im Bereich Visuomotorik bei der Schuleingangsuntersuchung 2011, Kreise und kreisfreie Städte NRW*	63
Abbildung 32: Sozialgeldquote der unter 6-Jährigen und Kinder mit auffälligem Befund im Bereich Sprachkompetenz bei der Schuleingangsuntersuchung 2011, Kreise und kreisfreie Städte NRW*	64
Abbildung 33: Sozialgeldquote der unter 6-Jährigen und Kinder mit Befund Adipositas bei der Schuleingangsuntersuchung 2011, Kreise und kreisfreie Städte NRW*	65
Abbildung 34: Grundschüler im offenen Ganztags 2006, Kreise und kreisfreie Städte NRW	66
Abbildung 35: Grundschüler im offenen Ganztags 2011, Kreise und kreisfreie Städte NRW	67
Abbildung 36: Schüler an weiterführenden Schulen nach Schultyp 1998–2011, NRW	69
Abbildung 37: Schulübergänge von der Grundschule zu Gymnasium, Gesamtschule und Gemeinschaftsschule 2006, Städte und Gemeinden NRW	71
Abbildung 38: Schulübergänge von der Grundschule zu Gymnasium, Gesamtschule und Gemeinschaftsschule 2011, Städte und Gemeinden NRW	72
Abbildung 39: Hochqualifizierte am Wohnort und Schulübergänger von der Grundschule zu Gymnasium, Gesamt- und Gemeinschaftsschule 2011, Kreise und kreisfreie Städte NRW	73
Abbildung 40: Übergänge von der Sekundarstufe I zur Sekundarstufe II 2011, Kreise und kreisfreie Städte NRW	75
Abbildung 41: Übergänge von der Hauptschule in die Sekundarstufe II 2011, Kreise und kreisfreie Städte NRW	76
Abbildung 42: Übergänge von der Realschule in die Sekundarstufe II 2011, Kreise und kreisfreie Städte NRW	78

Abbildung 43: Schulabgänger ohne jeglichen Schulabschluss 2006, Kreise und kreisfreie Städte NRW	79
Abbildung 44: Schulabgänger ohne jeglichen Schulabschluss 2011, Kreise und kreisfreie Städte NRW	80
Abbildung 45: SGB-II-Quote und Schulabgänger ohne jeglichen Schulabschluss 2011, Kreise und kreisfreie Städte NRW	81
Abbildung 46: Schulabgänger mit (Fach-)Hochschulreife 2006, Kreise und kreisfreie Städte NRW	83
Abbildung 47: Schulabgänger mit (Fach-)Hochschulreife 2011, Kreise und kreisfreie Städte NRW	84
Abbildung 48: Hochqualifizierte am Wohnort und Schulabgänger mit (Fach-)Hochschulreife 2011, Kreise und kreisfreie Städte NRW	85
Abbildung 49: Schüler im Übergangssystem 2006, Kreise und kreisfreie Städte NRW	86
Abbildung 50: Schüler im Übergangssystem 2011, Kreise und kreisfreie Städte NRW	87
Abbildung 51: Inanspruchnahmen von Hilfen zur Erziehung (einschl. der Hilfen für junge Volljährige) 2010–2012, Kreise und kreisfreie Städte NRW	89
Abbildung 52: Arbeitslosenquote der 15- bis unter 25-Jährigen und ALG-II-Quote der 15- bis unter 25-Jährigen 2011, Kreise und kreisfreie Städte NRW*	91

## Anhang

Berechnungsweise der verwendeten Indikatoren	102
--	-----

# 1 Einleitung

Die wissenschaftliche Begleitforschung des Modellvorhabens „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“ (KeKiz) im Land Nordrhein-Westfalen (NRW) nimmt im Rahmen des Sozial- und Bildungsmonitorings für kommunale Prävention Kinder und Familien zu verschiedenen bildungsbezogenen Übergängen im Lebensverlauf und die Bedingungen, die diese beeinflussen, für möglichst kleine sozialräumliche Einheiten, wie Gemeinden und Quartiere, in den Blick (zum Konzept der wissenschaftlichen Begleitforschung Strohmeier et al. 2014).

Lebensverläufe sind Bildungsprozesse. Diese finden in der Regel in klar abgrenzbaren kommunalen Bildungslandschaften statt. Im Rahmen eines KeKiz-Monitorings gibt es folglich sowohl eine biographische, eine räumliche als auch eine zeitliche Komponente, die es zu berücksichtigen gilt. In den verschiedenen Phasen des Lebensverlaufs und in bestimmten Räumen besteht die Chance kommunaler Prävention und Intervention.

Die Fokussierung von Übergangssituationen im Lebensverlauf als biographische Komponente ist wichtig, da an Übergängen die Weichen von Bildungsbiographien gestellt und Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen verteilt werden. Ein früher oder später Eintritt in die Kita beispielsweise kann je nach sozialem Hintergrund der Familie einen entscheidenden Einfluss auf die Startchancen des Kindes in der Grundschule haben (Groos und Jehles 2015). Die Wahl der weiterführenden Schule (Sekundarstufe-I-Übergang) ist in hohem Maße sozial selektiv und prägt die Chance auf den Erwerb eines höheren Schulabschlusses (Bertelsmann Stiftung et al. 2014).

Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen sind aber auch räumlich ungleich verteilt. Je ärmer der Stadtteil, desto niedriger ist beispielsweise der Anteil der Kinder, die den Übergang auf das Gymnasium schaffen (Terpoorten 2014).

Räumlich differenzierte Problemlagen erfordern einen gezielteren Einsatz von Mitteln. Eine positive Diskriminierung und besondere institutionelle Förderung (vgl. Schader Stiftung et al. 2005) sowie der Abbau von Infrastrukturdisparitäten sind notwendig, um die Kinder, die von sozialer Benachteiligung und Ausgrenzung bedroht

sind, nicht zurückzulassen. Wer Ungleiches auch tatsächlich ungleich behandeln will (Strohmeier 2008: 500), braucht ein langfristig angelegtes, kommunales und kleinräumiges Sozial- und Bildungsmonitoring, welches die Grundlage einer darauf aufbauenden strategischen (vorausschauenden und präventiven) Stadt(teil)entwicklung darstellen kann.

Individualdaten, die es ermöglichen würden, unmittelbar Wirkungen von Maßnahmen im zeitlichen Längsschnitt zu messen, liegen für die meisten Abschnitte der Bildungsbiographie von Kindern und Jugendlichen aber leider nicht vor. Was möglich ist, wenn diese zusammengeführt und ausgewertet werden, konnten wir anhand der Auswertung der Schuleingangsuntersuchung (SEU) exemplarisch bereits zeigen (Groos und Jehles 2015).

Die zeitliche Komponente schließlich legt nahe, ein solches Monitoring nicht als Einmalaktion durchzuführen, sondern in den kommenden Jahren eine Zeitreihe aufzubauen, die es erlaubt, mittel- bis langfristige Aussagen über Effekte präventiver Politik zu machen.

In diesem Werkstattbericht werden Indikatoren zu den soziodemographischen und fiskalischen Rahmenbedingungen sowie zu den Übergängen in die Kita, in die Grundschule, in die weiterführende Schule, in die Sekundarstufe II und in den Arbeitsmarkt analysiert (biographische Dimension). Gegenstand der Untersuchungen sind die Kreise und kreisfreien Städte Nordrhein-Westfalens (räumliche Dimension). Als Datenbasis fungieren die Berichtsjahre 2006 und 2011/12, sodass damit empirische Befunde und Entwicklungen vor dem Beginn des KeKiz-Modellvorhabens vorgestellt werden (zeitliche Dimension).

Ziel war es, einen Indikatorensatz zu entwickeln, der sowohl kleinräumig, d. h. zum Beispiel auf der räumlichen Ebene statistischer Stadtbezirke oder Stadtteile, als auch auf höherer Ebene in aggregierter Form verfügbar ist (siehe Indikatorenliste im Anhang).

Die empirischen Befunde belegen eindrucksvoll, wie ungleich sich die Bildungschancen auch auf regionaler Ebene darstellen. Das KeKiz-Monitoring zeigt das Wirkungs-

feld von Prävention in den Kommunen in NRW und ermöglicht die Formulierung von Hypothesen über Wirkungen kommunaler Projekte und Maßnahmen. Beweisen kann sie dies aber nicht. Es ist darüber hinaus ein Instrument zur Identifikation jener Kommunen, die vom Durchschnitt abweichen und deshalb einer weiteren, intensiveren Untersuchung in Bezug auf das Wert sind, was dort anders sein könnte bzw. anders gemacht wird als in anderen Kommunen mit ähnlichen Problemlagen.

Unerlässlich für die Umsetzung des Willens zur Veränderung sind die Fragen „Was?“ und „Wo?“. Daher muss es darum gehen, steuerungsrelevante Daten für die unterschiedlichen räumlichen Ebenen Nordrhein-Westfalens zusammenzutragen (Bertelsmann Stiftung und ZEFIR 2014: 7).

## 2 Soziale Indikatoren und Monitoring in der Sozialberichterstattung

Zentral für ein Monitoring in der Sozial- und Bildungsberichterstattung sind Indikatoren. Diese werden dabei als sogenannte „Stellvertreterzahlen“ begriffen, da sie Sachverhalte abbilden, die einer direkten Messung normalerweise nicht zugänglich sind. Es handelt sich weiter um statistische Maßzahlen, die Aussagen hinsichtlich der sozialstrukturellen Beschaffenheit bzw. der sozialen Ungleichheit und gesellschaftlichen Problemlagen sowie über regionale Disparitäten und ihre historische Entwicklung erlauben (ILS NRW und ZEFIR 2004: 7).

Der Schwerpunkt des Interesses von Sozialberichterstattung hat sich in den letzten Jahrzehnten von der Erfassung allgemeiner Lebensbedingungen hin zu einer Beobachtung von sozialer Ungleichheit und Lebenslagen des untersten Segments der Gesellschaft verlagert. Neben dem klassischen Armutsbegriff haben dabei seit den 1990er Jahren weitere Termini an Bedeutung gewonnen. So stellte etwa die Europäische Union das Jahr 2010 unter das Leitmotiv der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung (MAIS NRW 2011).

Begriffe wie Ausgrenzung und Exklusion verweisen auf ein Ausmaß von sozialer Ungleichheit, das sich in einem derartigen Ausmaß darstellt, welches durch die Gesamtgesellschaft als nicht mehr akzeptabel erachtet wird (Ludwig-Mayerhofer und Barlösius 2001). Anders als der herkömmliche Armutsbegriff sind die Termini Ausgrenzung oder Exklusion nicht lediglich durch den Mangel materieller Ressourcen definiert, sondern beinhalten den Verweis auf Defizite in diversen Lebensbereichen. Dazu zählen etwa eine ungenügende Chance auf Bildung und Bildungszertifikate, unzureichende Erwerbsteilhabe und Erwerbseinkommen oder auch ein mangelhafter Gesundheitszustand, sodass gesellschaftliche Partizipation (an einem wie auch immer gearteten kulturell als angemessen erachteten Lebensstandard) nicht gesichert und für die Betroffenen mit der Erfahrung von sozialer Ausgrenzung verbunden ist (Bartelheimer 2004; Kronauer 2010).

Gemäß der heute klassischen Definition von Zapf (1977) besteht die Zielsetzung von Sozialberichterstattung darin, „über gesellschaftliche Strukturen und Prozesse sowie

über die Voraussetzungen und Konsequenzen gesellschaftspolitischer Maßnahmen regelmäßig, systematisch und autonom zu informieren“ (a. a. O.: 11). In diesem Sinne erfüllt Sozialberichterstattung auch im Rahmen von KeKiz drei zentrale Funktionen: (1.) Die Aufklärung einer kritischen Öffentlichkeit, (2.) die Dauerbeobachtung und (3.) die sozialwissenschaftliche Politikberatung.

(1.) Mit der Aufklärung einer kritischen Öffentlichkeit ist das Ziel formuliert, via Berichterstattung zu einer transparenten Abbildung gesellschaftlicher Lebenslagen und Entwicklungen beizutragen und einer interessierten Öffentlichkeit die Möglichkeit einer kritischen Auseinandersetzung mit aktuellen politischen Diskursen zu ermöglichen.

(2.) Eine adäquate empirische Datenbasis soll die regelmäßige und möglichst umfassende gesellschaftspolitische Dauerbeobachtung („monitoring of social change“) gewährleisten (Noll 1997; ILS NRW und ZEFIR 2004). Das Monitoringsystem stellt ein für eine gestaltungswillige Politik und Verwaltung bedeutsames Instrument dar, welches aufgrund seiner Frühwarn- und Analysefunktion Probleme und Herausforderungen für die Politik aufzuzeigen vermag. Soziale Bedarfsindikatoren können politische Interventionsbereiche aufzeigen, wodurch problematischen gesellschaftlichen und regionalen Entwicklungen präventiv begegnet werden kann. Etwaige Erfolge stehen allerdings in einem unmittelbaren Zusammenhang mit einer effektiven Zusammenführung und Vernetzung aller notwendigen steuerungsrelevanten Daten und Informationen, die in ihrer Komplexität zunehmende multiple Problemlagen abzubilden vermögen (ILS NRW und ZEFIR 2004: 1).

(3.) Sozialberichterstattung verfolgt den Anspruch, die Leitziele staatlicher oder kommunaler Politik („policies“) auf ihren Beobachtungsfeldern zusammenfassend zu beschreiben und Richtungswechsel auszumachen (Baethge und Bartelheimer 2005: 35). Indikatoren bilden Ergebnisse („outcomes“) politischen Handelns ab. Allerdings messen sie in der Regel gleichzeitig die gesamtgesellschaftliche Wirkung („impact“) einer Vielzahl von Programmen und Regelungen, ohne dass unbedingt der maßgebliche Anteil einer einzelnen Maßnahme am gesellschaftlichen Ergebnis oder gar deren intendierte oder nicht intendierte Wirkung festzustellen ist (ILS NRW und ZEFIR 2004: 13; Baethge und Bartelheimer 2005: 35).

Auch wenn sich im Rahmen eines Monitorings zwar nicht die Wirkungen einzelner Maßnahmen sozialpolitischer Intervention und Prävention beschreiben lassen, so stellt es dennoch ein mächtiges Instrument dar. Es gewährleistet eine Untersuchung der Kreise und kreisfreien Städte oder Gemeinden dahingehend, ob einzelne Kommunen vom Durchschnitt abweichen und es daher einer weiterführenden Untersuchung bedarf, was vor Ort eventuell anders gemacht wird als in der Mehrheit der Kommunen (Strohmeier et al. 2014: 18).

Dadurch, dass im Rahmen eines Monitorings – wie zu zeigen sein wird – erhebliche regionale Disparitäten zwischen den Teilräumen Nordrhein-Westfalens aufgezeigt werden können, liefert das Monitoring Hinweise auf einen begründeten Wirkungsverdacht. Auch bezüglich der 18 KeKiz-Modellkommunen lassen sich interessante, zum Teil erheblich vom nordrhein-westfälischen Durchschnitt abweichende Diskrepanzen feststellen.

Das Sozial- und Bildungsmonitoring ermöglicht einen Blick auf jene kommunalen Unterschiede, deren Kenntnis von zentraler Bedeutung ist, wenn Ungleiches zukünftig tatsächlich ungleich behandelt und konkrete Handlungsbedarfe abgeleitet werden sollen.

### 3 Vorbemerkungen zu Datenbasis und Methodik

Die Auswahl der geeigneten Indikatoren für das Monitoring ist geprägt von einem langen Arbeits- und Abstimmungsprozess unter den Projektpartnern. Zu Beginn des Projektes wurde eine Vielzahl an erprobten Monitoringsystemen<sup>1</sup> analysiert. Hierbei standen die Aussagekraft der Indikatoren und die Verfügbarkeit der benötigten Daten auch auf kleinräumiger Ebene im Vordergrund. Bedingt durch intensive Abstimmungsprozesse mit den Projektpartnern und geänderte Rahmenbedingungen bzw. Analysekonzepte wurde in der ersten Hälfte der Projektlaufzeit das vorgeschlagene Indikatorenset mehrfach überarbeitet und erweitert.

Einem Sozial- und Bildungsmonitoring, welches auf möglichst kleine sozialräumliche Gebietseinheiten ausgerichtet sein soll, sind diverse Grenzen gesetzt. Von besonderer Problematik für das Monitoring ist die Tatsache, dass es bis heute keine validen Indikatoren gibt, die den kommunalen Input beschreiben und vergleichbar erscheinen lassen. Eine Prüfung von Wirkungsmodellen auf Gemeindeebene auf Basis von Aggregatdaten, die Input und Output in Zusammenhang setzen und dabei Kontextbedingungen kontrollieren, ist daher allein aufgrund des Fehlens von Inputindikatoren nicht möglich (Strohmeier et al. 2014: 17).

Auf der „Output“-Seite gibt es dagegen nur eine geringe Zahl (flächendeckend) vorliegender Indikatoren, die an den Übergängen eine mehr oder weniger gute Schätzung des Anteils zurückgelassener Kinder in den Kreisen, Städten und Gemeinden erlauben. Zu nennen sind beispielsweise der Anteil der arbeitslosen Jugendlichen, der Anteil von Kindern und Jugendlichen im (dauerhaften) „Hartz IV“-Leistungsbezug, der Anteil der Schulabgänger<sup>2</sup> ohne jeglichen Schulabschluss oder der Anteil der 3-jährigen Kinder, die in eine Kita gehen, sowie die Indikatoren aus der Schuleingangsuntersuchung. Allerdings fehlen bei diesen Indikatoren in vielen Fällen wichtige Differenzierungen nach sozialen Gruppen, etwa hinsichtlich der gesellschaft-

- 
- 1 Wegweiser Kommune, Demographie-Monitoring AG Ruhr, Kommunale Entwicklung – Chancen für Kinder (KECK-Atlas), Instant-Atlas, Innerstädtische Raumbewertung des BBSR (IRB), Sozioökonomisches Informationssystem (SIS), Familienstatistisches Informationssystem (FIS), Lernatlas Deutschland, Wohnungsmarktbeobachtung Ruhr, Lernen vor Ort, Landesgesundheitsbericht NRW, Bildungsbericht Ruhr, Familienatlas, BBSR – nachhaltige Raumentwicklung, Kontextindikatoren Soziale Stadt NRW.
  - 2 Aus Gründen der Einfachheit und besseren Lesbarkeit verwendet diese Publikation vorwiegend die männliche Sprachform. Es sind jedoch jeweils beide Geschlechter gemeint.

lichen Schichtzugehörigkeit oder nach dem Migrationshintergrund. Auch werden diese Merkmale im Rahmen der Bevölkerungsstatistik (Staatsangehörigkeit) oder Schulstatistik (Zuwanderungsgeschichte) nicht immer einheitlich gemessen. Darüber hinaus bestehen Synchronisationsprobleme der unterschiedlichen Datenquellen, da die Berichterstattung oftmals zu unterschiedlichen Zeitpunkten für unterschiedliche Bezugsjahre erfolgt (Strohmeier et al. 2014: 17). Für eine Vielfalt von Indikatoren ist zudem eine flächendeckende Verfügbarkeit nicht gegeben, dies gilt insbesondere auf der kleinräumigen Ebene, wo vergleichbare Daten für Stadtbezirke oder Stadtteile oftmals gar nicht verfügbar sind.

Bei kleinräumigen Aggregatdaten müssen Fragen des Datenschutzes besonders berücksichtigt werden. Bei kleinen Fallzahlen dürfen diese in der Regel keine Rückschlüsse auf konkrete Personen erlauben. Auch unterliegen Individualdaten einer Zweckbindung, die nur in Ausnahmefällen (wissenschaftliche Forschung unter Datenschutzauflagen) aufgehoben ist.

Als Datenbasis der folgenden Analysen dienen die Datenbanken des Portals Wegweiser Kommune, der Statistik der Bundesagentur für Arbeit und des Landesbetriebs Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW). Die Daten der Schuleingangsuntersuchungen stammen vom Landeszentrum Gesundheit Nordrhein-Westfalen (LZG NRW). Für die kartographischen Darstellungen finden die durch das Bundesamt für Kartographie und Geodäsie (BKG) bereitgestellten Kartengrundlagen Verwendung.

Als Berichtsjahr dient das Kalenderjahr 2011, hierfür lag zum Zeitpunkt der anschließenden Analysen bereits ein breites Datenspektrum vor. Zum Vergleich bzw. zur Abbildung etwaiger Entwicklungen bezogen auf die einzelnen Indikatoren wird zudem auf Daten des Berichtsjahres 2006 zurückgegriffen. Aus Gründen der Vergleichbarkeit wird auf den Einbezug der Befunde des Zensus 2011 verzichtet. Die verwendeten Daten der Bevölkerungsstatistik basieren auf der Fortschreibung der Volkszählung aus dem Jahr 1987.

## Ökologischer Fehlschluss

Ein wichtiger methodischer Hinweis nimmt Bezug auf die Gefahr des sogenannten „ökologischen Fehlschlusses“ (z.B. Esser 1988; Friedrichs 1990), der insbesondere bei Betrachtung der in diesem Werkstattbericht häufig verwendeten Streudiagramme oftmals unternommen wird. Konkret besteht das Problem darin, dass nachweisbare statistische Zusammenhänge zwischen Indikatoren auf der Aggregatebene zwar ähnliche oder identische Zusammenhänge auf der Individualebene widerspiegeln können, dies aber nicht zwangsläufig müssen. Die im Werkstattbericht verwendeten Indikatoren stellen Aggregatkennziffern dar, aus denen nicht automatisch auf individuelles Verhalten oder die Wirkungen von Indikatoren geschlossen werden kann. Eine hohe Korrelation zwischen dem Arbeitslosen- und dem Ausländeranteil lässt nicht bzw. nicht notwendigerweise den Schluss zu, dass besonders viele Ausländer (in den betrachteten räumlichen Gebietseinheiten) arbeitslos sind. Die zulässige Interpretation besteht lediglich darin, dass es eben jene Gebietseinheiten sind, die hohe Ausländeranteile verzeichnen, zugleich auch mit überdurchschnittlich hohen Arbeitslosenquoten konfrontiert sind. In anderen Worten: Es gibt folglich Räume in Nordrhein-Westfalen (oder innerhalb einer Stadt), die durch beide Phänomene geprägt sind, ohne dass sich hieraus ein kausaler Zusammenhang ableiten lassen könnte.

## 4 Soziodemographische und fiskalische Rahmenbedingungen

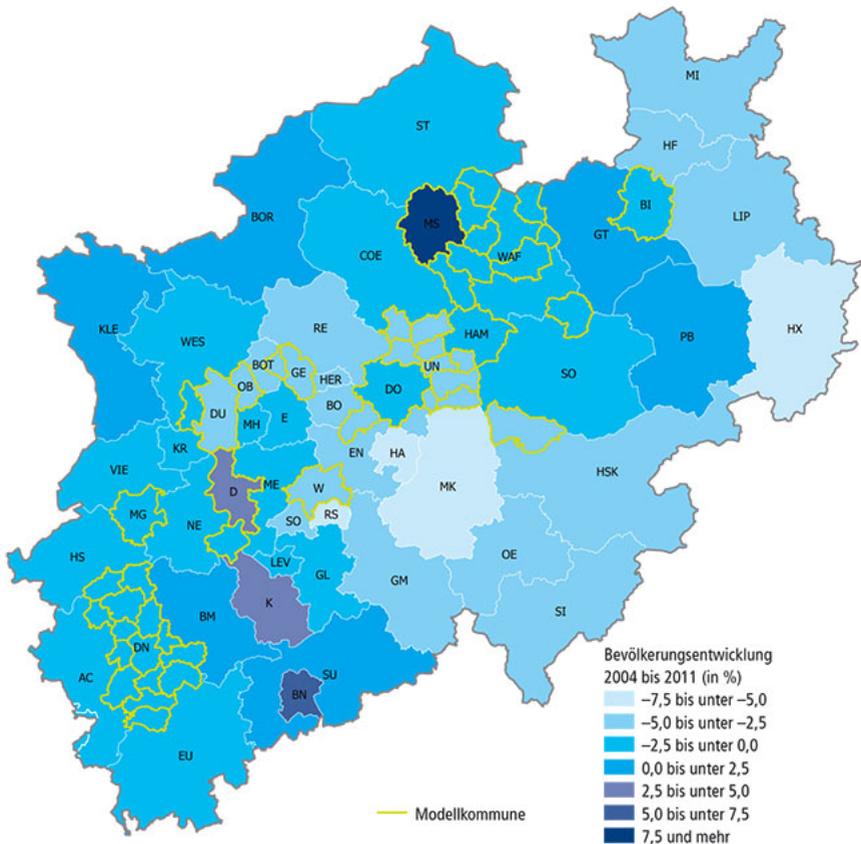
Sozialberichterstattung auf Basis eines Monitorings zielt darauf ab, gesellschaftlichen Wandel abzubilden. Im Folgenden werden die soziodemographischen und fiskalischen Rahmenbedingungen skizziert, unter denen sich sozialer Wandel in Nordrhein-Westfalen in den letzten Jahren vollzogen hat. Diese Rahmenbedingungen stecken das Wirkungsfeld präventiver Politik in den Kommunen ab. Armut in der Familie und im sozialräumlichen Kontext beispielsweise beeinflusst die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen unmittelbar (Groos und Jehles 2015: 17 f.). Das Potenzial von Kommunen, die Entwicklungen der kommunalen Bildungslandschaft positiv zu beeinflussen, hängt aber auch stark von den fiskalischen Rahmenbedingungen ab. Präventive Politik vor Ort kann diese Rahmenbedingungen aber nur wenig bis gar nicht verändern, da sie stark von den Entwicklungen der regionalen Wirtschaft und des Arbeitsmarktes geprägt werden. In diesem Zusammenhang spielt auch die räumliche Dimension des demographischen Wandels eine wesentliche Rolle, da sich sozioökonomische und demographische Schrumpfungsprozesse überlagern und gegenseitig verstärken können (vgl. Kaufmann 2005; Neu 2012).

Im folgenden Kapitel werden der allgemeine demographische Wandel in Verbindung mit dem Wanderungsverhalten der Bevölkerung (Abschnitt 4.1), die sozioökonomische Situation und Dynamik in den Teilgebieten Nordrhein-Westfalens (Abschnitt 4.2) sowie die fiskalischen Eckdaten auf Kreisebene (Abschnitt 4.3) beschrieben und analysiert. Anschließend werden in Kapitel 5 die bildungsrelevanten Übergänge im Lebensverlauf von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen genauer betrachtet. KeKiz-Modellkommunen sind in den folgenden kartographischen Darstellungen und Streudiagrammen hervorgehoben, im Fall von kreisangehörigen KeKiz-Modellkommunen ist in den Streudiagrammen der jeweilige Kreis entsprechend farblich gekennzeichnet.

## 4.1 Wanderungen und demographischer Wandel

Beschränkte sich eine negative Bevölkerungsdynamik in den Kommunen Nordrhein-Westfalens vor einigen Jahren noch überwiegend auf die großen Ruhrgebietsstädte (vgl. Strohmeier 2002), so prägt eine derartige Entwicklung heute weite Teile des Landes. Zwischen 1996 und 2003 wuchs die Bevölkerung in den Kreisen und kreis-

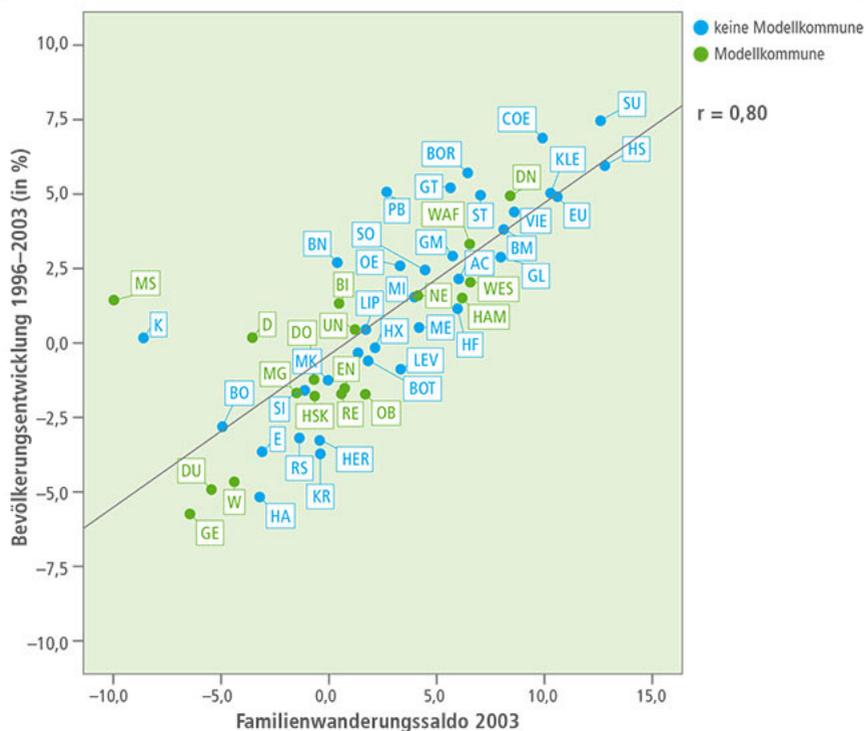
Abbildung 1: Bevölkerungsentwicklung 2004–2011, Kreise und kreisfreie Städte NRW



Datenbasis: Bertelsmann Stiftung, Wegweiser Kommune; BKG; IT.NRW; Darstellung ZEFIR.

© Bertelsmann Stiftung und ZEFIR, mit finanzieller Unterstützung des Landes NRW und des Europäischen Sozialfonds.

Abbildung 2: Familienwanderungssaldo 2003 und Bevölkerungsentwicklung 1996–2003, Kreise und kreisfreie Städte NRW



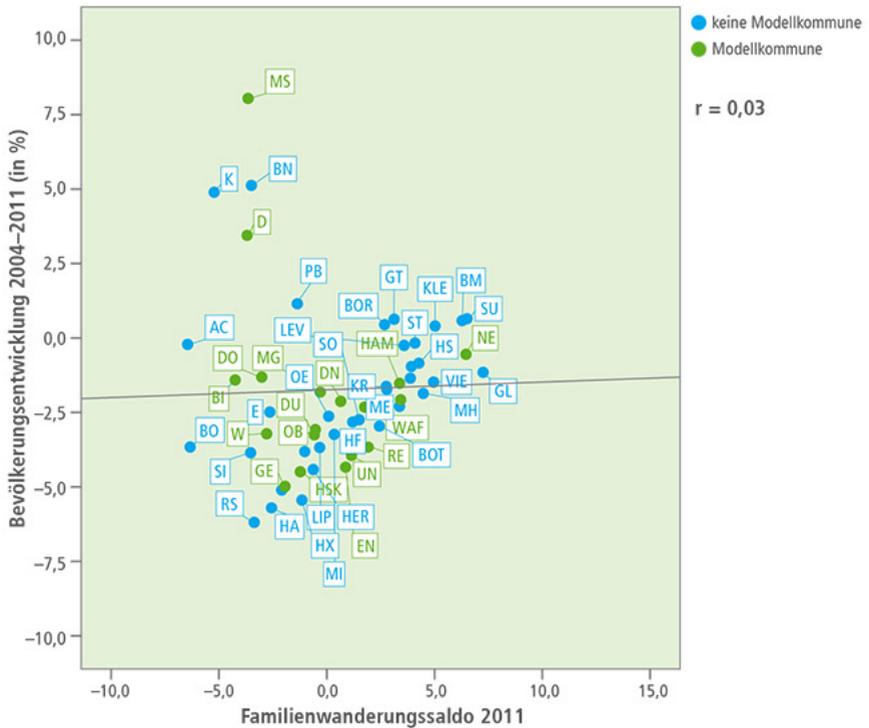
Datenbasis: Bertelsmann Stiftung, Wegweiser Kommune; IT.NRW; Darstellung und Berechnung ZEFIR.

© Bertelsmann Stiftung und ZEFIR, mit finanzieller Unterstützung des Landes NRW und des Europäischen Sozialfonds.

freien Städten Nordrhein-Westfalens noch um durchschnittliche 0,8 Prozent. Zwischen 2004 und 2011 fällt der Mittelwert mit minus 1,7 Prozent jedoch negativ aus. Die Spannweite reicht von minus 6,2 Prozent in Remscheid bis zu einem Wachstum von 8,0 Prozent in der KeKiz-Modellkommune Münster. Dabei verzeichnen 43 der insgesamt 53 Kreise und kreisfreien Städte für den Zeitraum zwischen 2004 und 2011 eine negative Bevölkerungsdynamik (vgl. Abbildung 1).

Die 1960er bis 1980er Jahre stellten die Blütezeit der sogenannten „Suburbanisierung“ dar. Für jene Zeit war charakteristisch, dass Familien mit höherem Bildungs-

Abbildung 3: Familienwanderungssaldo 2011 und Bevölkerungsentwicklung 2004–2011, Kreise und kreisfreie Städte NRW



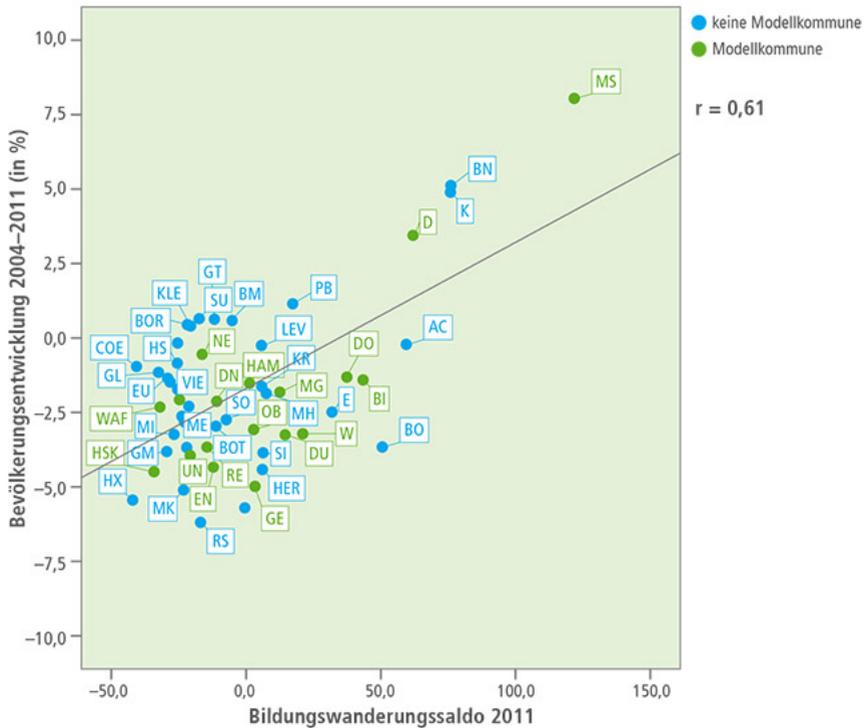
Datenbasis: Bertelsmann Stiftung, Wegweiser Kommune; IT.NRW; Darstellung und Berechnung ZEFIR.

© Bertelsmann Stiftung und ZEFIR, mit finanzieller Unterstützung des Landes NRW und des Europäischen Sozialfonds.

niveau und überdurchschnittlichen Erwerbseinkommen ihren Wohnstandort in durch familienfreundliche Rahmenbedingungen geprägte Umlandgebiete der großen Städte verlegten. Motiviert wurden diese durch angestiegene Miet- und Immobilienpreise in den Städten, aber auch durch den Wunsch nach einem Eigenheim für die Familie und die Kinder im „grünen“ Umland der Städte (Friedrichs 1995: 105 f.; Strohmeier und Schultz 2005).

Auch zu Beginn der 2000er Jahre waren Suburbanisierungsprozesse in Nordrhein-Westfalen noch gut erkennbar. Abbildung 2 demonstriert den noch sehr starken sta-

Abbildung 4: Bildungswanderungssaldo 2011 und Bevölkerungsentwicklung 2004–2011, Kreise und kreisfreie Städte NRW



Datenbasis: Bertelsmann Stiftung, Wegweiser Kommune; IT.NRW; Darstellung und Berechnung ZEFIR.

© Bertelsmann Stiftung und ZEFIR, mit finanzieller Unterstützung des Landes NRW und des Europäischen Sozialfonds.

tistischen Zusammenhang zwischen der prozentualen Bevölkerungsentwicklung zwischen 1996 und 2003 und dem Familienwanderungssaldo 2003, welches die Anzahl der Wanderungen (Zuzüge abzüglich Fortzüge, über vier Jahre gemittelt) je 1.000 der Bevölkerung im relevanten Alter, hier der unter 18-Jährigen sowie der 30- bis unter 50-Jährigen ( $r=0,80$ )<sup>3</sup> wiedergibt. Die Städte des Ruhrgebiets verzeichneten erhebliche Bevölkerungsverluste durch die Abwanderung von Familien.

3 Ausgewiesen wird der Korrelationskoeffizient nach Bravais und Pearson. Berechnet wird hier der Korrelationskoeffizient  $r$  von Pearson zur Messung des statistischen Zusammenhangs zwischen zwei metrischen Variablen. Der maximale gleichgerichtete Zusammenhang beträgt 1. Der maximale gegenläufige Zusammenhang beträgt  $-1$ . Bei  $r=0$  liegt kein statistischer Zusammenhang vor.

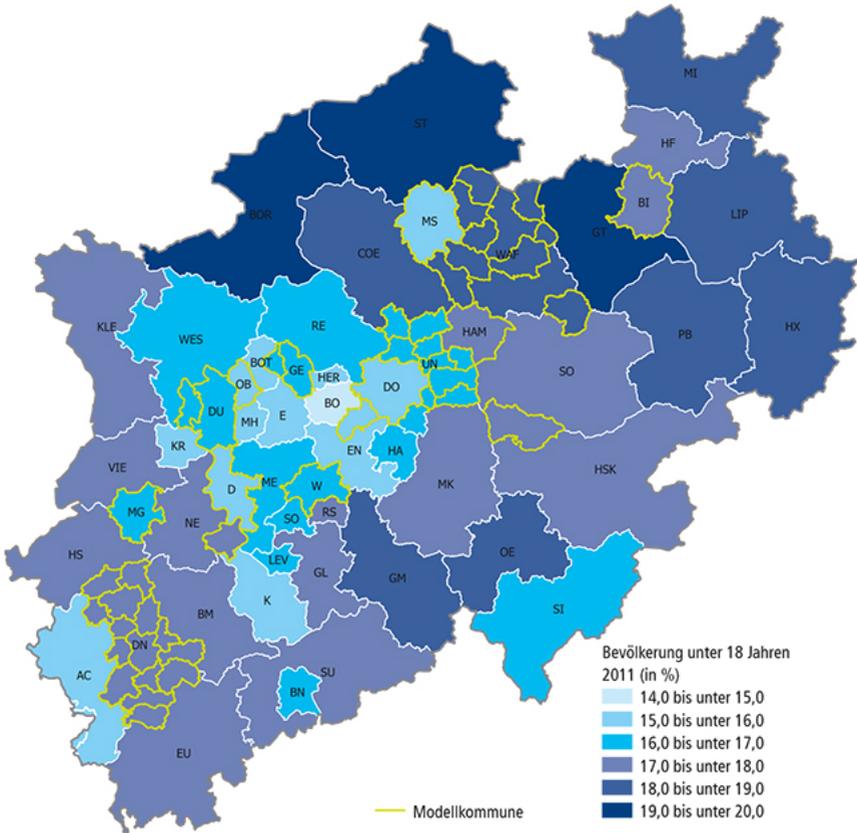
Dieses Bild hat sich in der Zwischenzeit deutlich gewandelt. Wie Abbildung 3 zu entnehmen ist, kann für 2011 kein statistischer Zusammenhang mehr zwischen der Bevölkerungsdynamik und der Familienwanderung attestiert werden ( $r=0,03$ ). Dabei verzeichnen lediglich wenige Kommunen Nordrhein-Westfalens überhaupt noch eine positive Bevölkerungsentwicklung. Sofern gegeben, wird diese ganz überwiegend durch den positiven Bildungswanderungssaldo, d. h. die Wanderungen (Zuzüge abzüglich Fortzüge, über vier Jahre gemittelt) je 1.000 der Bevölkerung im relevanten Alter von 18 bis unter 25 Jahren, ( $r=0,61$ ) getragen. Diese Wanderungen bewirken daher ein Bevölkerungswachstum fast ausschließlich in den großen Universitätsstädten, wie den KeKiz-Modellkommunen Münster und Düsseldorf, sowie Köln und Bonn. Die im Ruhrgebiet verorteten Universitätsstädte, wie die KeKiz-Modellkommunen Duisburg und Dortmund, hingegen erzielen durch Bildungszuwanderung lediglich eine Abschwächung des allgemeinen Schrumpfungsprozesses (vgl. Abbildung 4).

Maßgeblich für die insgesamt negative Bevölkerungsentwicklung in den meisten Kreisen und kreisfreien Städten ist allerdings nicht allein das Wanderungsverhalten der Bevölkerung, sondern auch der allgemeine demographische Wandel. Neben der steigenden Lebenserwartung der Menschen ist dieser geprägt durch sinkende Geburtenraten, sodass auch der Anteil der Kinder und Jugendlichen an der Gesamtbevölkerung in den Kommunen Nordrhein-Westfalens zurückgehen wird.

Während der Anteil der unter 18-Jährigen Kinder und Jugendlichen in den Kreisen und kreisfreien Städten 2011 noch bei durchschnittlich 17,0 Prozent liegt und zwischen minimalen 14,1 Prozent in Bochum und maximalen 19,8 Prozent im Kreis Borken variiert (vgl. Abbildung 5), wird sich der Anteil der Kinder und Jugendlichen nach aktueller Bevölkerungsvorausberechnung von IT.NRW nochmals deutlich reduzieren.<sup>4</sup> Der Mittelwert der Bevölkerung im Alter von unter 18 Jahren wird 2030 in den Kreisen und kreisfreien Städten Nordrhein-Westfalens, so die Prognose, dann bei 15,6 Prozent liegen, wobei sich die Spannweite bei einem Minimalwert von 14,0 Prozent jeweils in Bottrop sowie der Städteregion Aachen und einem Maximalwert von 17,0 Prozent in Bonn und der KeKiz-Modellkommune Düsseldorf weiter verringern wird (vgl. Abbildung 6).

4 Quelle: <https://www.landesdatenbank.nrw.de> (Download 18.5.2017), Datenstand September 2015. Siehe hierzu auch Cicholas und Ströker 2015.

Abbildung 5: Bevölkerung unter 18 Jahren 2011, Kreise und kreisfreie Städte NRW

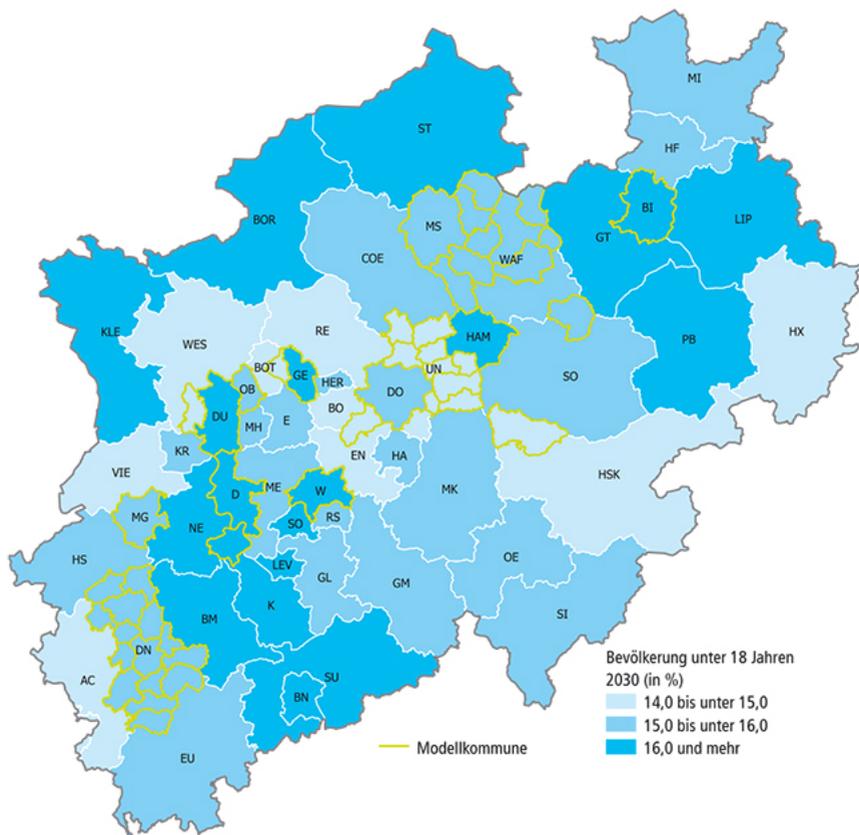


Datenbasis: Bertelsmann Stiftung, Wegweiser Kommune; BKG; IT.NRW; Darstellung ZEFIR.

© Bertelsmann Stiftung und ZEFIR, mit finanzieller Unterstützung des Landes NRW und des Europäischen Sozialfonds.

Laut IT.NRW (2012) wurden seit Bestehen des Landes Nordrhein-Westfalen niemals weniger Kinder geboren als im Jahr 2011. Der demographische Wandel wird im Ergebnis zu einer irreversiblen „Schumpfung der Gesellschaft“ (Kaufmann 2005) führen, sofern es nicht gelingt, dieser im Rahmen einer beträchtlichen Steigerung internationaler Zuwanderung zu begegnen (Kaufmann 2005; Strohmeier und Neu 2011). Bei den hier abgebildeten Trends bezogen auf das Wanderungsverhalten und die Be-

Abbildung 6: Prognose Bevölkerung unter 18 Jahren 2030, Kreise und kreisfreie Städte NRW



Datenbasis: IT.NRW; BKG; Berechnung und Darstellung ZEFIR.

© Bertelsmann Stiftung und ZEFIR, mit finanzieller Unterstützung des Landes NRW und des Europäischen Sozialfonds.

völkerungsprognosen bleibt die stark angestiegene Zuwanderung von Asylbewerbern aufgrund des Bezugsjahrs 2011 ohne Berücksichtigung.<sup>5</sup>

5 Zur Entwicklung gegenwärtiger Flüchtlingszuwanderung siehe z. B. Brenke 2015.

Mikrozensusbasierte Datenauswertungen für das Jahr 2010 weisen für 4,16 Millionen Menschen in Nordrhein-Westfalen einen Migrationshintergrund<sup>6</sup> aus, dies entspricht einem Anteil von 23,3 Prozent, knapp einem Viertel der Gesamtbevölkerung in Nordrhein-Westfalen (MAIS NRW 2012: 225).

Gut ein Drittel der Kinder und Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen hat einen Migrationshintergrund (35,2 Prozent), mehr als doppelt so viele wie in der Altersgruppe der 20- bis unter 65-Jährigen (s. u.). Die Spannweite ist auch im regionalen Vergleich beträchtlich. Im Kreis Coesfeld (10,7 Prozent) hat nur jedes zehnte Kind oder jeder zehnte Jugendliche einen Migrationshintergrund, in der KeKiz-Modellkommune Bielefeld hingegen mehr als die Hälfte (52,9 Prozent) (vgl. Abbildung 7).

In Hinsicht auf die Bildungsbeteiligung lassen sich in Nordrhein-Westfalen beträchtliche Diskrepanzen zwischen der Bevölkerung mit und ohne Zuwanderungsgeschichte ausmachen. Bezogen auf die Altersgruppe der 20- bis unter 65-Jährigen verfügen 2010 14,6 Prozent der Personen mit Migrationshintergrund über keinen allgemeinen Schulabschluss, der entsprechende Anteilswert bei Personen ohne Migrationshintergrund beträgt dagegen vergleichsweise geringe 2,1 Prozent.

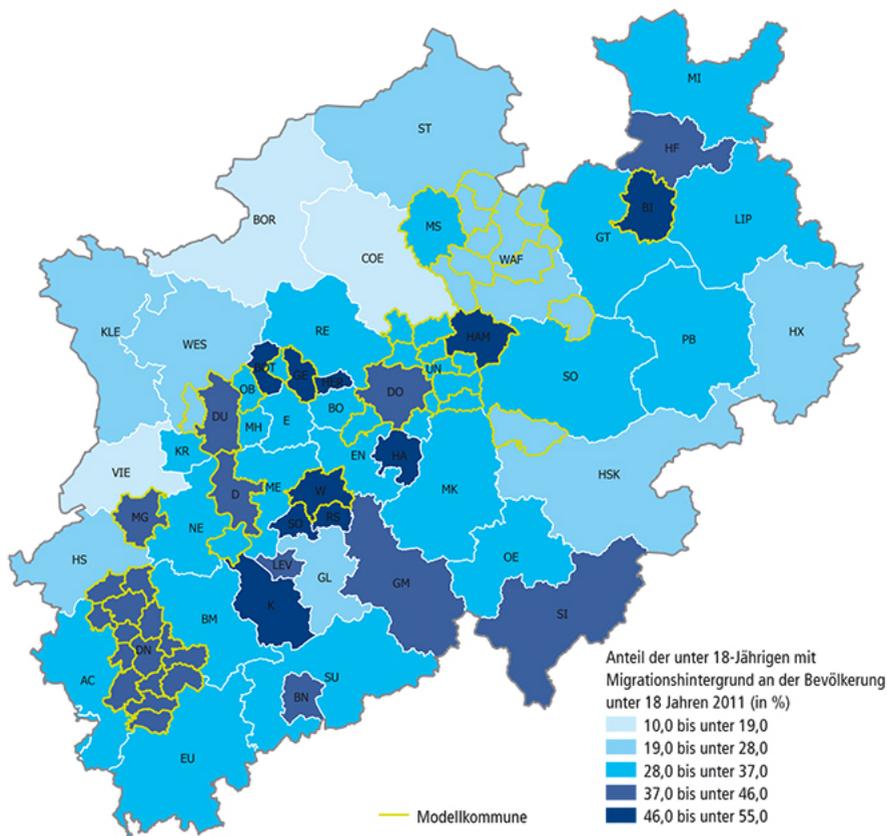
46,6 Prozent der Personen mit Migrationshintergrund konnten keinen beruflichen Bildungsabschluss erzielen, lediglich 8,1 Prozent verfügen über eine abgeschlossene (Fach-)Hochschulausbildung. Bezogen auf die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund beträgt der Anteil der Personen ohne einen beruflichen Abschluss 13,9 Prozent und 17,9 Prozent konnten einen (Fach-)Hochschulabschluss erzielen (MAIS NRW 2012: 228, Abbildung V.4.4).

Eine auf Prävention ausgerichtete Sozialpolitik muss die Integration und Perspektiven von Migranten von Beginn an fördern. Einer solchen Aufgabe kann nicht auf nationaler Ebene begegnet werden, erforderlich ist die „Bearbeitung“ der sozialen Probleme und Lebenschancen von Migranten in den Kommunen (Strohmeier und Neu 2011: 162).

---

6 In der Landessozialberichterstattung NRW wird als Person mit Migrationshintergrund angesehen, wer (a) eine ausländische Staatsbürgerschaft hat, (b) im Ausland geboren ist und selbst nach 1949 zugewandert ist oder (c) Kinder, von denen mindestens ein Elternteil eine ausländische Staatsangehörigkeit hat oder zugewandert ist (MAIS NRW 2012: 370).

Abbildung 7: Bevölkerung unter 18 Jahren mit Migrationshintergrund 2011, Kreise und kreisfreie Städte NRW



Datenbasis: IT.NRW, Mikrozensus 2011; BKG; Berechnung und Darstellung ZEFIR.

© Bertelsmann Stiftung und ZEFIR, mit finanzieller Unterstützung des Landes NRW und des Europäischen Sozialfonds.

Bildungs- und Einkommensarmut – und damit die Wahrscheinlichkeit, auf staatliche Transferleistungen angewiesen zu sein – korrelieren in höchstem Maße miteinander. Ein vorrangiges sozialpolitisches Ziel muss folglich darin bestehen, eine bessere Qualifikation und Integration von jungen Menschen mit Migrationshintergrund zu erreichen.

In Hinblick auf die aktuelle und zukünftige demographische Entwicklung liegt darin die sowohl aus gesellschaftlicher als auch aus sozialpolitischer Hinsicht unabdingbare Voraussetzung für die soziale Nachwuchssicherung (Strohmeier 2006: 8).

## 4.2 Sozioökonomische Lage

Einkommensarmut stellt einen wesentlichen Risikofaktor für gesellschaftliche Teilhabe dar. Die Erwerbssituation und das damit verbundene Haushaltseinkommen ist daher eine zentrale, wenn nicht die wichtigste Komponente in Hinsicht auf die sozioökonomische Lage von Familien.

Obwohl sich die allgemein positive Arbeitsmarktentwicklung der vergangenen Jahre auch in rückläufigen Arbeitslosenzahlen niedergeschlagen hat (vgl. MAIS NRW 2012), ist die Zahl der von monetärer Armut bedrohten Menschen in den letzten Jahren stetig angestiegen (vgl. Goebel, Grabka und Schröder 2015). Dabei sind es vor allem die „Hartz-IV-Milieus“, die in neueren sozialwissenschaftlichen Diskursen als „neue Unterschicht“ oder als die „Entbehrlichen“ der Arbeitsgesellschaft behandelt werden. Prekarität, Ausgrenzung oder Exklusion sind in diesem Zusammenhang zu zeitdiagnostischen Begriffen geworden (z. B. Bude und Willisch 2006; Castel und Dörre 2009; Kronauer 2010) und verweisen auf den Umstand, dass das dauerhafte Leben in einer „Zone der Entkopplung“ (Castel 2008) durch vielfältige Benachteiligungen geprägt ist: Ein niedriges Einkommen, ein niedriger Lebensstandard und eine prekäre Arbeitsmarktteilhabe gehen oftmals auch mit einem geringen Bildungsniveau und einem schlechteren Gesundheitszustand einher (vgl. Kronauer 2010; Holleder 2011; Lampert 2011).

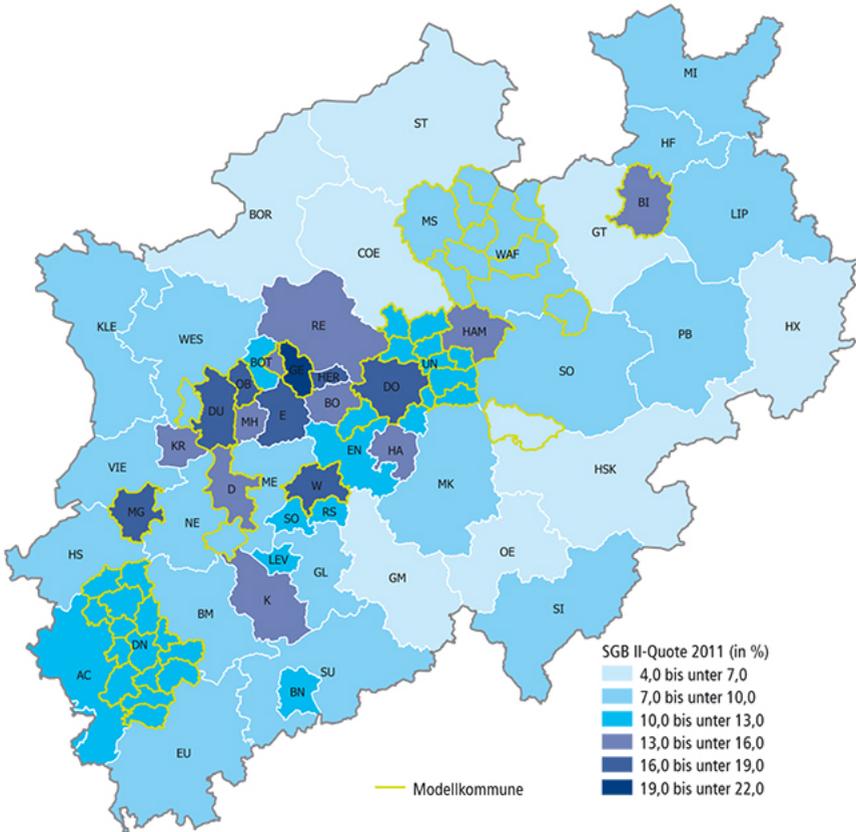
Vor allem die steigende Zahl der „arbeitenden Armen“ hat dazu geführt, dass Arbeitslosigkeit heute längst nicht mehr die alleinige Ursache von Armut ist. Zurückzuführen ist dieses Phänomen auf die strukturellen Veränderungen am Arbeitsmarkt. In den letzten Jahrzehnten hat das Normalarbeitsverhältnis, d. h. ein im Wesentlichen unbefristetes und sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis in Vollzeit, verbunden mit tariflich geregelter Entlohnung und geregelten Arbeitszeiten (Mückenberger 1985; Mayer-Ahuja 2003), immer mehr an Bedeutung eingebüßt. Gleichzeitig

haben sogenannte „atypische Beschäftigungsverhältnisse“, wie Teilzeitarbeit, geringfügige Beschäftigung sowie zeitlich befristete Arbeitsverhältnisse und Leiharbeit, in quantitativer Hinsicht erheblich zugenommen (Keller und Seifert 2011; Fromm und Bartelheimer 2012). Dies hat unter anderem zu einer stetigen Ausweitung der Beschäftigung im Niedriglohnsegment geführt (Kalina und Weinkopf 2013).

Aus politisch-normativer Perspektive ist von Armut bedroht, wer seinen Lebensunterhalt (im Regelfall durch Erwerbsarbeit) nicht aufzubringen vermag und daher auf staatliche Mindestsicherungsleistungen angewiesen ist. Mindestsicherungsleistungen stellen Geld- und Sachleistungen dar, die zur Sicherung des sozioökonomischen Existenzminimums an leistungsberechtigte Personen nach einer Bedürftigkeitsprüfung gezahlt werden. Hilfebedürftige erhalten dabei zumeist Leistungen der im Sozialgesetzbuch II (SGB II) geregelten Grundsicherung für Arbeitsuchende, die sich aus dem Arbeitslosengeld II (ALG II) und dem Sozialgeld zusammensetzt. ALG II erhalten erwerbsfähige Personen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenen Mitteln bestreiten können. Ihre nicht erwerbsfähigen Familienangehörigen, ganz überwiegend Kinder unter 15 Jahren, bekommen Sozialgeld. Aber auch Erwerbstätige haben als sogenannte „Aufstocker“ Anrecht auf ergänzendes Arbeitslosengeld II, wenn sie entweder zu ihrem Erwerbseinkommen zusätzliche Leistungen aus der Grundsicherung beziehen, um das soziokulturelle Existenzminimum zu erreichen, oder aber ihre Sozialleistungen mit einem in den meisten Fällen geringfügigen Erwerbseinkommen erhöhen (Bruckmeier, Graf und Rudolph 2007: 1). Vor dem Hintergrund eines wachsenden Niedriglohnsegments erscheint es wenig überraschend, dass eine zunehmende Zahl von Erwerbstätigen als „Aufstocker“ zusätzlich auf staatliche Transferleistungen nach SGB II angewiesen ist (Rudolph 2014).

Der SGB-II-Leistungsbezug ist in Nordrhein-Westfalen durch beträchtliche regionale Disparitäten gekennzeichnet. Abbildung 8 demonstriert anhand der SGB-II-Quote, d. h. des Anteils der Personen unter 65 Jahren, die auf Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende angewiesen sind, dass diese auf der räumlichen Ebene der Kreise und kreisfreien Städte Nordrhein-Westfalens eine beachtliche Streuung aufweist. Während die SGB-II-Quote im Kreis Coesfeld im Dezember 2011 mit 4,5 Prozent am geringsten ausfällt, erreicht die Quote in der KeKiz-Modellkommune Gelsenkirchen mit 21,3 Prozent den landesweiten Höchstwert. Mehr als ein Fünftel der

Abbildung 8: SGB-II-Quote 2011, Kreise und kreisfreie Städte NRW\*



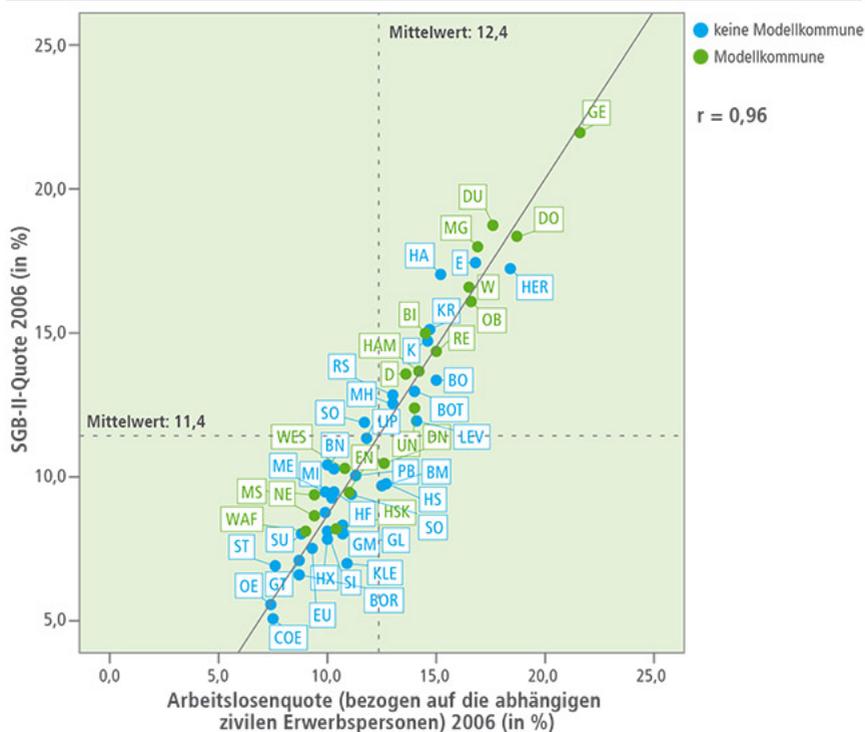
\* Berichtsmontat Dezember, Hochsauerlandkreis November.

Datenbasis: BKG; IT.NRW; Statistik der BA, Datenstand März 2014; Darstellung ZEFIR.

© Bertelsmann Stiftung und ZEFIR, mit finanzieller Unterstützung des Landes NRW und des Europäischen Sozialfonds.

Bevölkerung unter 65 Jahren ist hier auf Transferleistungen nach dem SGB II angewiesen. Ein Blick auf die regional unterschiedlich hoch ausfallende SGB-II-Quote verdeutlicht, dass sich benachteiligte soziale Lagen vor allem in den Kernstädten des Ruhrgebiets konzentrieren. In den ländlichen und suburbanen Kreisen, wie dem Hochsauerlandkreis, zu dem die KeKiz-Modellkommune Arnsberg gehört, lassen sich hingegen zum Teil erheblich geringere SGB-II-Quoten ausmachen.

Abbildung 9: Arbeitslosenquote und SGB-II-Quote 2006, Kreise und kreisfreie Städte NRW\*



\* Ohne Städteregion Aachen

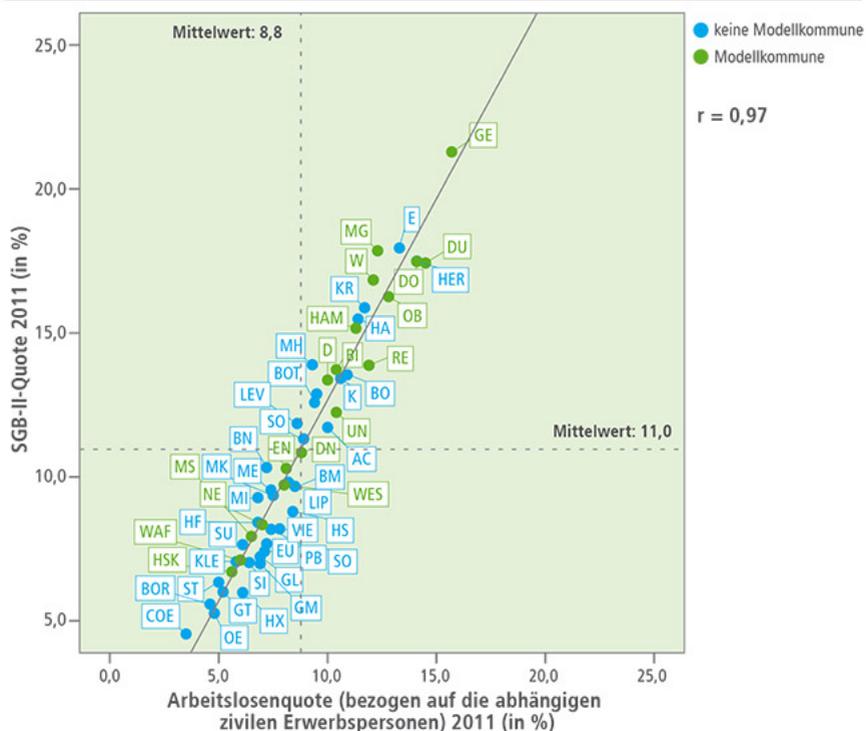
Datenbasis: IT.NRW; Statistik der BA, Datenstand März 2014; Darstellung und Berechnung ZEFIR.

© Bertelsmann Stiftung und ZEFIR, mit finanzieller Unterstützung des Landes NRW und des Europäischen Sozialfonds.

Von maßgeblicher Bedeutung für die lokale SGB-II-Quote ist die regionale Arbeitsmarktlage (Rüb und Werner 2008; Hirschenauer 2013).

Abbildung 9 und Abbildung 10 zeigen den nahezu linearen statistischen Zusammenhang zwischen der Arbeitslosenquote (bezogen auf die abhängigen zivilen Erwerbspersonen) und der SGB-II-Quote (2006:  $r = 0,96$ ; 2011:  $r = 0,97$ ). Kreise und kreisfreie Städte, die mit hoher Arbeitslosigkeit konfrontiert sind, weisen auch eine höhere Anzahl an Personen auf, die Leistungen nach dem SGB II erhalten. Auffällig im Zeitver-

Abbildung 10: Arbeitslosenquote und SGB-II-Quote 2011, Kreise und kreisfreie Städte NRW



Datenbasis: IT.NRW; Statistik der BA, Datenstand März 2014; Darstellung und Berechnung ZEFIR.

© Bertelsmann Stiftung und ZEFIR, mit finanzieller Unterstützung des Landes NRW und des Europäischen Sozialfonds.

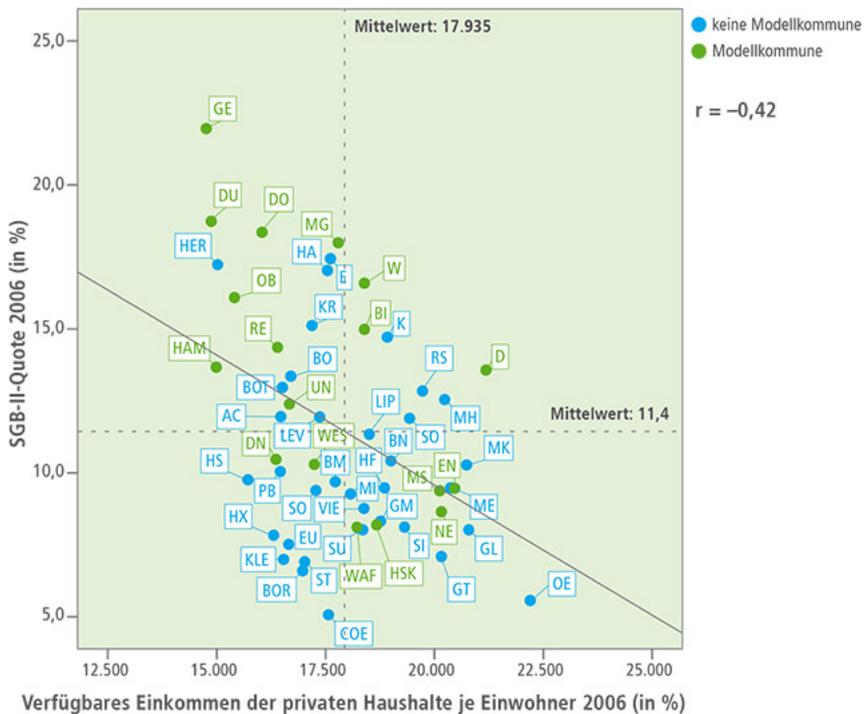
gleich zwischen 2006 und 2011 ist allerdings, dass die Arbeitslosenquote in sämtlichen Kreisen und kreisfreien Städten Nordrhein-Westfalens zurückgegangen ist: Der Mittelwert liegt 2011 bei 8,8 Prozent, 2006 betrug die durchschnittliche Arbeitslosenquote noch deutlich höhere 12,4 Prozent.

Die allgemein als günstig bewertete Arbeitsmarktentwicklung schlägt sich allerdings nur marginal in der Dynamik der SGB-II-Quote nieder: Im Durchschnitt der Kreise und kreisfreien Städte Nordrhein-Westfalens sinkt diese im Zeitvergleich nur geringfügig (2006: 11,4 Prozent; 2011: 11,0 Prozent).

Für einige Kommunen ist darüber hinaus eine gegenläufige Entwicklung in Bezug auf die Indikatoren der Arbeitslosen- und SGB-II-Quote zu konstatieren. Besonders augenfällig ist dies in den KeKiz-Modellkommunen Hamm und in Mülheim an der Ruhr. So ist in Hamm die Arbeitslosenquote zwischen 2006 und 2011 von jahresdurchschnittlichen 14,1 Prozent auf 11,3 Prozent zurückgegangen, die SGB-II-Quote dagegen um 1,5 Prozentpunkte von 13,7 Prozent im Dezember 2006 auf 15,2 Prozent im Dezember 2011 angestiegen. Auch in Mülheim an der Ruhr ist die Arbeitslosigkeit rückläufig: Im Jahresdurchschnitt waren 2006 13,0 Prozent bei der Bundesagentur für Arbeit als arbeitslos registriert, 2011 waren es durchschnittlich deutlich geringere 9,3 Prozent. Die SGB-II-Quote ist dagegen zwischen Dezember 2006 und Dezember 2011 von 12,6 Prozent auf 13,9 Prozent angestiegen.

Die Einkommensdimension liefert weitere Hinweise auf die Entwicklung der sozialen Lage der Bevölkerung in den Regionen Nordrhein-Westfalens. Die Betrachtung des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte im Zusammenhang wiederum mit dem Anteil der auf „Hartz IV“-Leistungen angewiesenen Personen auf der räumlichen Ebene der Kreise und kreisfreien Städte Nordrhein-Westfalens wird in Abbildung 11 und Abbildung 12 dargestellt. Der Zeitvergleich beider Indikatoren zwischen 2006 und 2011 offenbart zweierlei: Zum einen zeigt sich, dass sich die allgemeine Situation am Arbeitsmarkt verbessert und zu einer durchschnittlichen Erhöhung der Haushaltseinkommen geführt hat. Betrug das durchschnittliche verfügbare Einkommen der privaten Haushalte in den Kreisen und kreisfreien Städten Nordrhein-Westfalens 2006 noch 17.935 Euro, so liegt der entsprechende Wert 2011 bei 19.893 Euro. Dies entspricht einer Steigerung um 10,9 Prozent. Wie im Zusammenhang mit der Arbeitslosenquote bereits dargestellt, ist der Anteil der Personen, die auf Leistungen nach dem SGB II angewiesen sind und damit ein Gesamteinkommen erzielen, das (auch bei einem zusätzlichen Einkommen aus Erwerbsarbeit) nicht oder nur geringfügig oberhalb der Armutsgrenze angesiedelt ist, im Zeitverlauf allerdings nur geringfügig zurückgegangen. Großstädte wie die KeKiz-Modellkommunen Gelsenkirchen, Dortmund, Duisburg und Oberhausen verbleiben im Zeitvergleich im linken oberen Bereich der Streudiagramme mit einer überdurchschnittlich hohen SGB-II-Quote und unterdurchschnittlichen Haushaltseinkommen. Ein deutliches Indiz dafür, dass die Einkommensungleichheit in Nordrhein-Westfalen in den vergangenen Jahren zugenommen hat, wobei allerdings vorwiegend die

Abbildung 11: Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte und SGB-II-Quote 2006, Kreise und kreisfreie Städte NRW



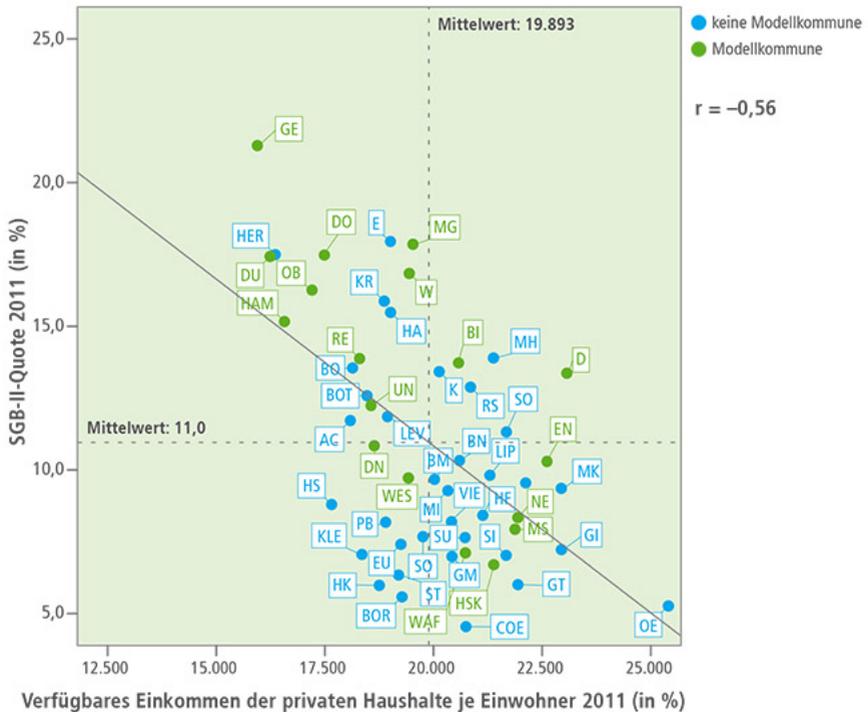
Datenbasis: IT.NRW; Statistik der BA, Datenstand März 2014; Darstellung und Berechnung ZEFIR.

© Bertelsmann Stiftung und ZEFIR, mit finanzieller Unterstützung des Landes NRW und des Europäischen Sozialfonds.

Einkommensgruppen mit höheren Einkommen ihre Position verbessern konnten (Goebel, Grabka und Schröder 2015: 571).

Im rechten oberen Bereich beider Streudiagramme lässt sich erkennen, dass einige Kommunen, wie beispielsweise die KeKiz-Modellkommunen Düsseldorf und Bielefeld, sowohl über ein überdurchschnittliches mittleres Einkommen der privaten Haushalte verfügen als auch über oberhalb des Mittelwertes angesiedelte SGB-II-Leistungsempfängerquoten. Dieser Befund weist auf eine beträchtliche innerstädtische Segregation und sozialräumliche Polarisierung zwischen armen und reichen Bevölke-

Abbildung 12: Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte und SGB-II-Quote 2011, Kreise und kreisfreie Städte NRW



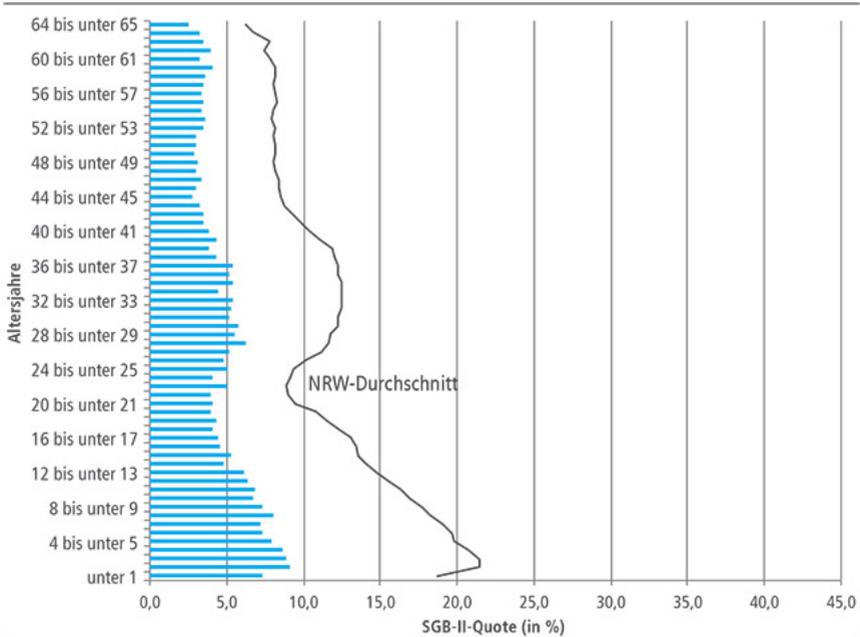
Datenbasis: IT.NRW; Statistik der BA, Datenstand März 2014; Darstellung und Berechnung ZEFIR.

© Bertelsmann Stiftung und ZEFIR, mit finanzieller Unterstützung des Landes NRW und des Europäischen Sozialfonds.

rungsgruppen hin (Neu, Strohmeier und Kersting 2011; Kronauer und Siebel 2013) und belegt, warum auch der kleinräumige Blick auf die Strukturen und Dynamiken innerhalb der Kommunen unerlässlich ist.

Ein Teil der Kreise mit KeKiz-Modellkommunen weist aber auch unterdurchschnittliche SGB-II-Quoten und überdurchschnittliche Haushaltseinkommen auf (z. B. der Hochsauerlandkreis, der Kreis Warendorf oder auch der Kreis Neuss). Unterzieht man die altersspezifischen SGB-II-Leistungsbezugsquoten einer näheren Betrachtung, so fällt auf, dass die höchsten Quoten – sowohl auf NRW-Landesebene als auch in allen

Abbildung 13: SGB-II-Quote nach Altersjahren 2011, Kreis Coesfeld und NRW



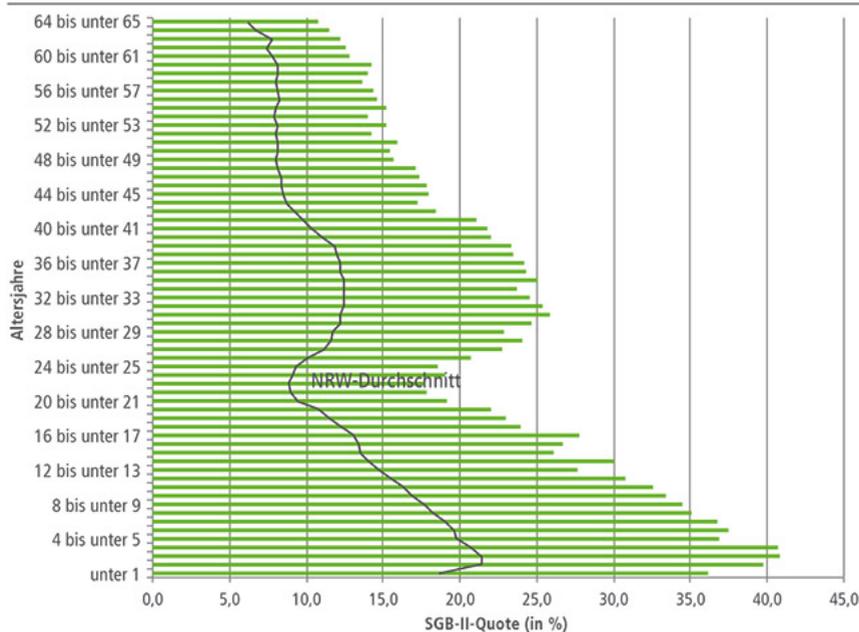
Datenbasis: IT.NRW; Statistik der BA, Datenstand März 2015; Darstellung und Berechnung ZEFIR.

© Bertelsmann Stiftung und ZEFIR, mit finanzieller Unterstützung des Landes NRW und des Europäischen Sozialfonds.

53 Kreisen und kreisfreien Städten – bei den Kindern und Jugendlichen unter 15 Jahren auszumachen sind.

Insgesamt leben in Nordrhein-Westfalen im Dezember 2011 rund 17,8 Prozent aller Kinder unter 15 Jahren in einer SGB-II-Bedarfsgemeinschaft und erhalten als Angehörige eines erwerbsfähigen Hilfebedürftigen Sozialgeld. In Hinblick auf diese Altersgruppe ist besonders augenfällig, dass unter den jüngeren Kindern im Alter von unter sechs Jahren die höchsten Sozialgeldquoten auszumachen sind. Der beispielhafte Vergleich des Kreises Coesfeld (vgl. Abbildung 13), der die insgesamt niedrigste SGB-II-Quote aufweist, und der KeKiz-Modellkommune Gelsenkirchen (vgl. Abbildung 14), die mit der landesweit höchsten Quote SGB-II-leistungsberechtigter Personen konfrontiert ist (s. u.), verdeutlichen diese ortsunabhängige Struktur im Leistungsbe-

Abbildung 14: SGB-II-Quote nach Altersjahren 2011, Gelsenkirchen und NRW



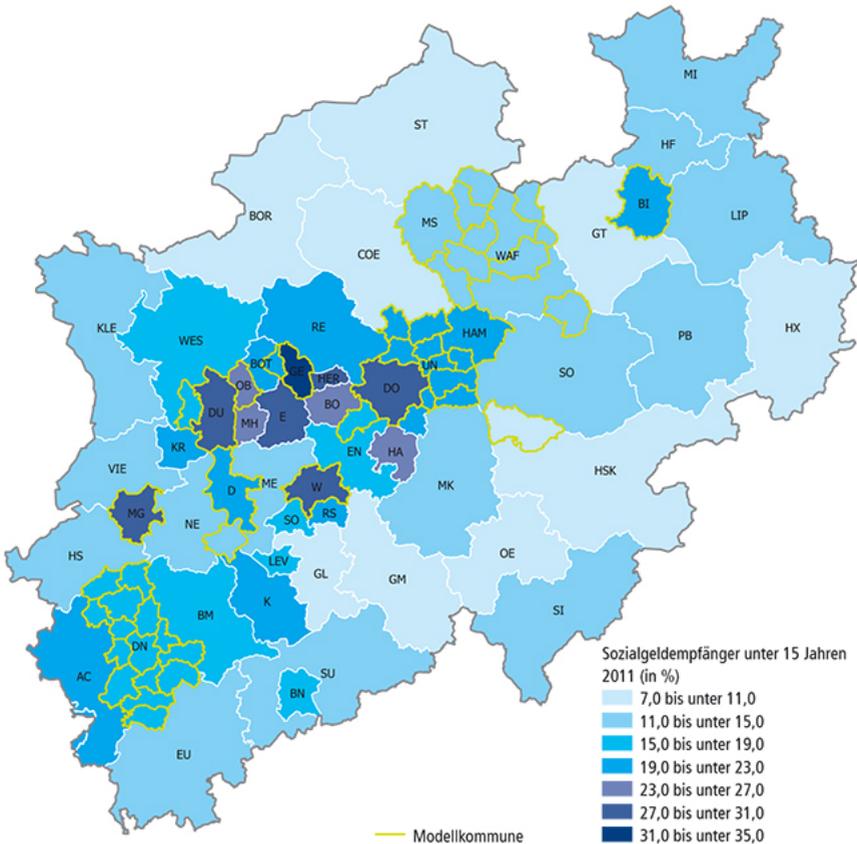
Datenbasis: IT.NRW; Statistik der BA, Datenstand März 2015; Darstellung und Berechnung ZEFIR.

© Bertelsmann Stiftung und ZEFIR, mit finanzieller Unterstützung des Landes NRW und des Europäischen Sozialfonds.

zug. Obwohl beide Kommunen ein vollkommen unterschiedliches Niveau bezüglich der allgemeinen Hilfebedürftigkeit haben, ähneln sie sich in Hinblick auf die Altersstruktur der Leistungsberechtigten. Die Kinder sind also auch in den wohlhabenden Regionen überdurchschnittlich oft auf SGB-II-Leistungen angewiesen und damit in besonderem Ausmaß von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht

Genauso wie die SGB-II-Quote insgesamt fällt die „Kinderarmut“, definiert über den Anteil der Sozialgeld beziehenden Kinder unter 15 Jahren, in den Regionen Nordrhein-Westfalens unterschiedlich hoch aus: Die Sozialgeldquote der unter 15-Jährigen variiert im Dezember 2011 zwischen minimalen 7,1 Prozent wiederum in Coesfeld und maximalen 34,4 Prozent in Gelsenkirchen (vgl. Abbildung 15).

Abbildung 15: Sozialgeldquote der unter 15-Jährigen 2011, Kreise und kreisfreie Städte NRW\*



\* Berichtsmontat Dezember, Hochsauerlandkreis November.

Datenbasis: BKG; IT.NRW; Statistik der BA, Datenstand März 2014; Darstellung ZEFIR.

© Bertelsmann Stiftung und ZEFIR, mit finanzieller Unterstützung des Landes NRW und des Europäischen Sozialfonds.

Wie bei der SGB-II-Quote insgesamt fallen auch bei der Kinderarmut die Unterschiede zwischen den Kreisen und kreisfreien Städten Nordrhein-Westfalens beträchtlich aus. Ein Bedarf an präventiver Politik besteht aber nicht nur in Duisburg, Wuppertal oder Mönchengladbach, sondern auch in den Kommunen mit einer relativ geringen Armutsprägung, wie beispielsweise in Münster und im Kreis Warendorf.

### 4.3 Fiskalische Eckdaten

Für eine umfassende Betrachtung der Rahmenbedingungen werden abschließend ausgewählte fiskalische Eckdaten der Kreise und kreisfreien Städte abgebildet. Auf Basis der Berichtsjahre 2006 und 2011 wird die Entwicklung der Kreise vor Beginn des KeKiz-Modellvorhabens nachgezeichnet. Hierfür werden die drei Indikatoren Kommunale Steuereinnahmen, Allgemeine Deckungsmittel und Soziale Leistungen in Form von kartographischen Abbildungen dargestellt. Diese drei Indikatoren vermitteln einen Eindruck hinsichtlich der überaus unterschiedlich ausfallenden Höhe von Einnahmen und Ausgaben in den Kreisen und kreisfreien Städten Nordrhein-Westfalens.

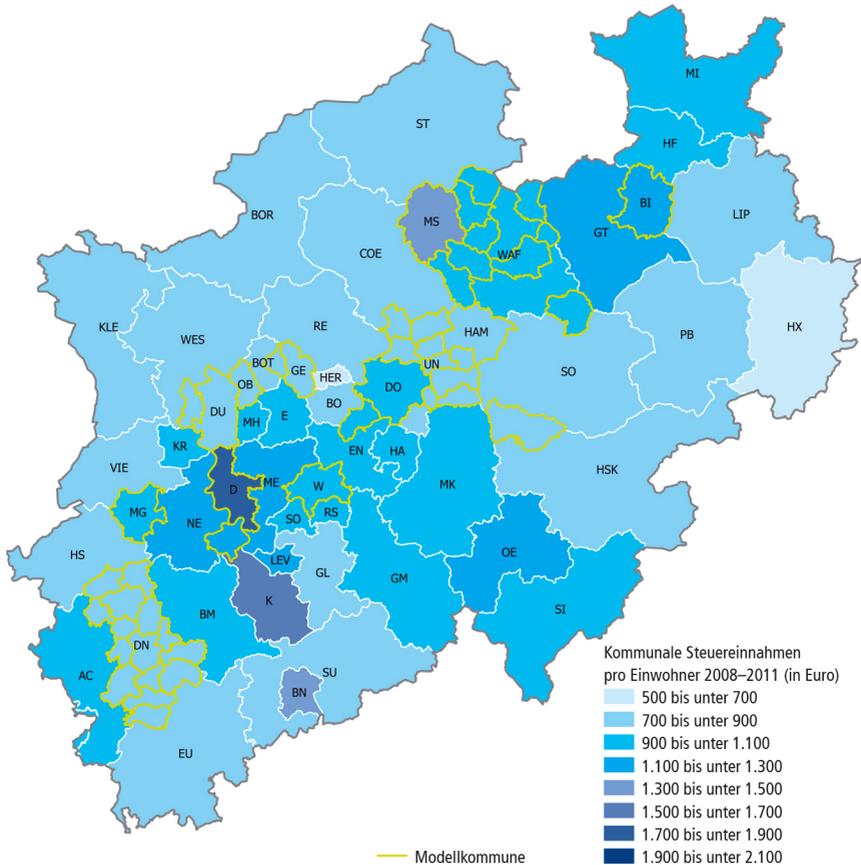
Für eine detaillierte Analyse der fiskalischen Messung von Präventionsmaßnahmen auf kommunaler Ebene haben Micosatt und Yilmaz (2015) eine Abgrenzung von primär präventiven Leistungen zu Leistungen der kommunalen Daseinsvorsorge mit präventiver Wirkung durchgeführt.

Die kommunalen Steuereinnahmen pro Einwohner lassen erkennen, in welchem Umfang eine Gemeinde bzw. die Summe der Gemeinden in einem Kreis sich selbst ohne sonstige Einnahmen finanzieren. In diesen Indikator werden (als Mittelwert der letzten vier Jahre) die selbst erhobenen Steuern aus der Grundsteuer A und B, der Gewerbesteuer sowie die kommunalen Anteile der Einkommens- und Umsatzsteuer abzüglich der an den Bund abgeführten Gewerbesteuerumlage eingerechnet. Zusammen bilden diese Steuereinnahmen einen wichtigen Einflussfaktor für den finanziellen Handlungsspielraum der jeweiligen Kommune.

Im Durchschnitt der Jahre 2003 bis 2006 (Abbildung 16) liegt die Spannweite der kommunalen Steuereinnahmen zwischen 510 Euro in Herne und 2.067 Euro in der KeKiz-Modellkommune Düsseldorf. Die Landeshauptstadt verfügt also im Vergleich zur Stadt Herne pro Einwohner über mehr als das Vierfache an Nettosteuerereinnahmen. In Bonn liegen diese Einnahmen mit 2.035 Euro ebenfalls sehr hoch. Erst in weitem Abstand zu Düsseldorf und Bonn folgen Köln und die KeKiz-Modellkommune Münster mit Werten von 1.426 bzw. 1.468 Euro. Sehr niedrige Einnahmen (unter 700 Euro) haben mit Ausnahme der Städte Herne, Bottrop und Hamm nur Kreise.



Abbildung 17: Kommunale Steuereinnahmen pro Einwohner 2008–2011 (in Euro), Kreise und kreisfreie Städte NRW



Datenbasis: Bertelsmann Stiftung, Wegweiser Kommune; BKG; IT.NRW; Darstellung ZEFIR.

© Bertelsmann Stiftung und ZEFIR, mit finanzieller Unterstützung des Landes NRW und des Europäischen Sozialfonds.

men. Die näher beieinanderliegenden Werte lassen sich in Abbildung 17 erkennen, da die höchsten und niedrigsten Klassen deutlich geringer besetzt sind. Auf den Höchstwert von Düsseldorf folgt mit großem Abstand Köln mit knapp über 1.500 Euro. In der niedrigsten Klasse liegen im Zeitraum 2008 bis 2011 nur noch die Stadt Herne und der Kreis Höxter (666 Euro). Zu beiden betrachteten Zeiträumen (2003

bis 2006 und 2008 bis 2011) erreichen die vier Städte Düsseldorf, Köln, Bonn und Münster die höchsten Steuereinnahmen und die Stadt Herne sowie der Kreis Höxter die niedrigsten.

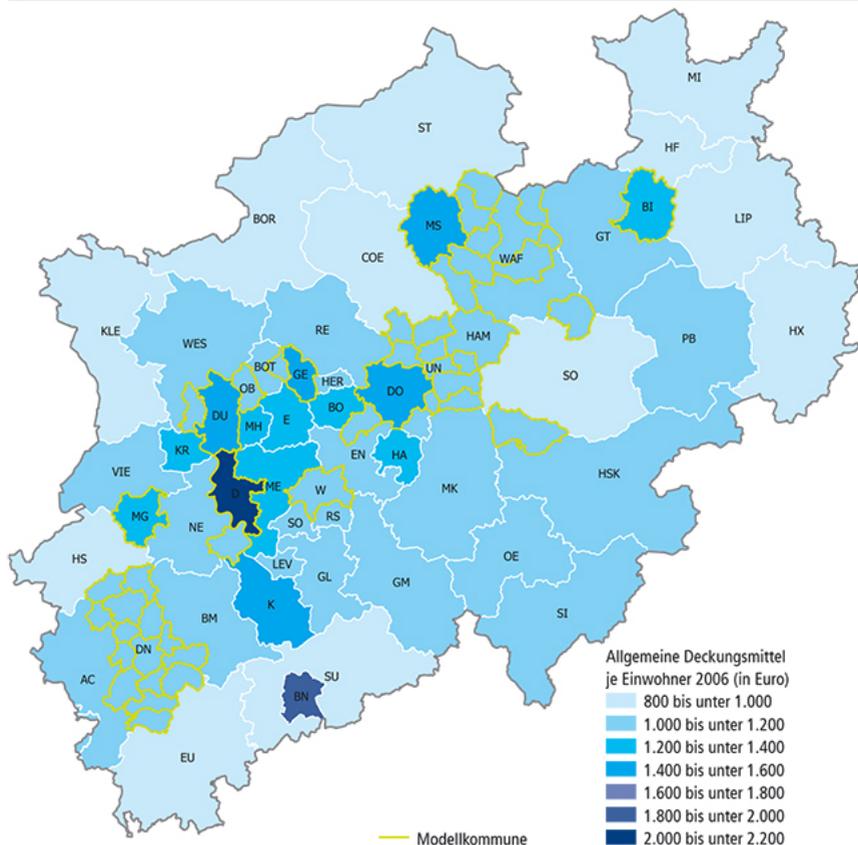
Für die Erfüllung ihrer Aufgaben erhalten die Kommunen vom Land im Rahmen des Finanzausgleichs zur Ergänzung ihrer eigenen Einnahmen allgemeine und zweckgebundene Zuweisungen. Die allgemeinen Deckungsmittel umfassen die eigenen Einnahmen der Kommunen (Indikator Kommunale Steuereinnahmen), ergänzt um die allgemeinen Zuweisungen des Landes, die einerseits die kommunalen Einnahmen insgesamt aufstocken, andererseits aber auch die bei den Steuereinnahmen vorhandenen Disparitäten ausgleichen. Damit ermöglicht es dieser Indikator, das Finanzvolumen abzubilden, über welches die Kommunen frei und somit ohne Zweckbindung verfügen können.

In den folgenden beiden Abbildungen werden die allgemeinen Deckungsmittel im Jahr 2006 und 2011 auf Kreisebene dargestellt. Die Spannweite im Jahr 2006 (vgl. Abbildung 18) erstreckt sich von vergleichsweise geringen 895 Euro im Kreis Kleve bis hin zu maximalen 2.141 Euro je Einwohner in Düsseldorf. Dementsprechend verfügt die Landeshauptstadt über mehr als doppelt so hohe allgemeine Deckungsmittel je Einwohner wie der Kreis Kleve. Wie der Abbildung 18 zu entnehmen ist, existiert ein deutliches Stadt-Land-Gefälle in Nordrhein-Westfalen. Mit Ausnahme des Kreises Mettmann liegen alle Kreise unter 1.200 Euro. Den niedrigsten Wert einer kreisfreien Stadt erreicht die Stadt Herne mit 1.040 Euro.

Im Vergleich zum Jahr 2006 (vgl. Abbildung 18) ist im Jahr 2011 (vgl. Abbildung 19) eine deutliche Steigerung der allgemeinen Deckungsmittel zu erkennen. Der niedrigste Wert findet sich weiterhin im Kreis Kleve mit 1.070 Euro, der Höchstwert in der KeKiz-Modellkommune Düsseldorf mit 1.921 Euro. Die Landeshauptstadt hat im Jahr 2011 im Vergleich zum Kreis Kleve deutlich weniger als das Doppelte an allgemeinen Deckungsmitteln zur Verfügung, d. h. der Abstand zwischen den Extremwerten hat sich im betrachteten Zeitraum reduziert, was aus dem Einfluss der Wirtschaftskrise auf die steuerstarke Stadt Düsseldorf resultiert.

Neben den zwei Indikatoren zur Situation der Einnahmen in den Kommunen wird in den folgenden Abbildungen 20 und 21 der Ausgabenindikator „Soziale Leistungen

Abbildung 18: Allgemeine Deckungsmittel je Einwohner 2006 (in Euro),  
Kreise und kreisfreie Städte NRW

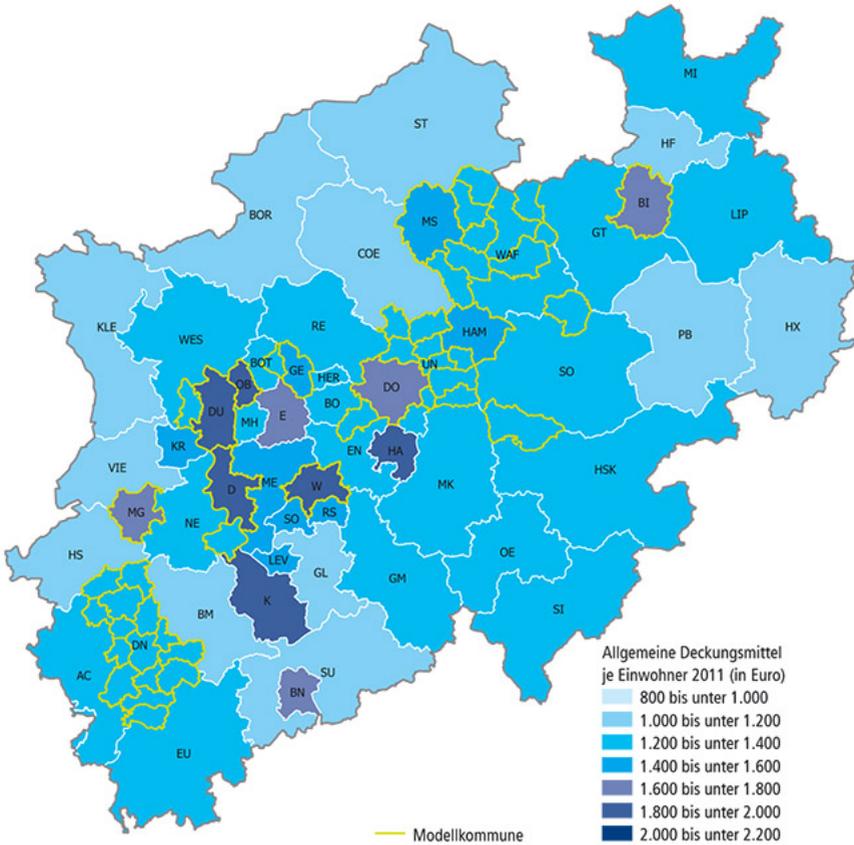


Datenbasis: Bertelsmann Stiftung, Wegweiser Kommune; BKG; IT.NRW; Darstellung ZEFIR.

© Bertelsmann Stiftung und ZEFIR, mit finanzieller Unterstützung des Landes NRW und des Europäischen Sozialfonds.

(netto)“ im Zeitvergleich 2006 zu 2011 betrachtet. Der Indikator umfasst die Transferzahlungen für soziale Leistungen und Jugendhilfe je Einwohner abzüglich direkter Kostenerstattungen und der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft. Hierzu zählen die Hilfe zum Lebensunterhalt, die Grundsicherung im Alter, die Kosten der Unterkunft, die Jugendhilfe etc. Diese Ausgaben stellen einen zentralen Ausgabeposten der Kreise und kreisfreien Städte dar und sind somit ein guter Indikator

Abbildung 19: Allgemeine Deckungsmittel je Einwohner 2011 (in Euro), Kreise und kreisfreie Städte NRW

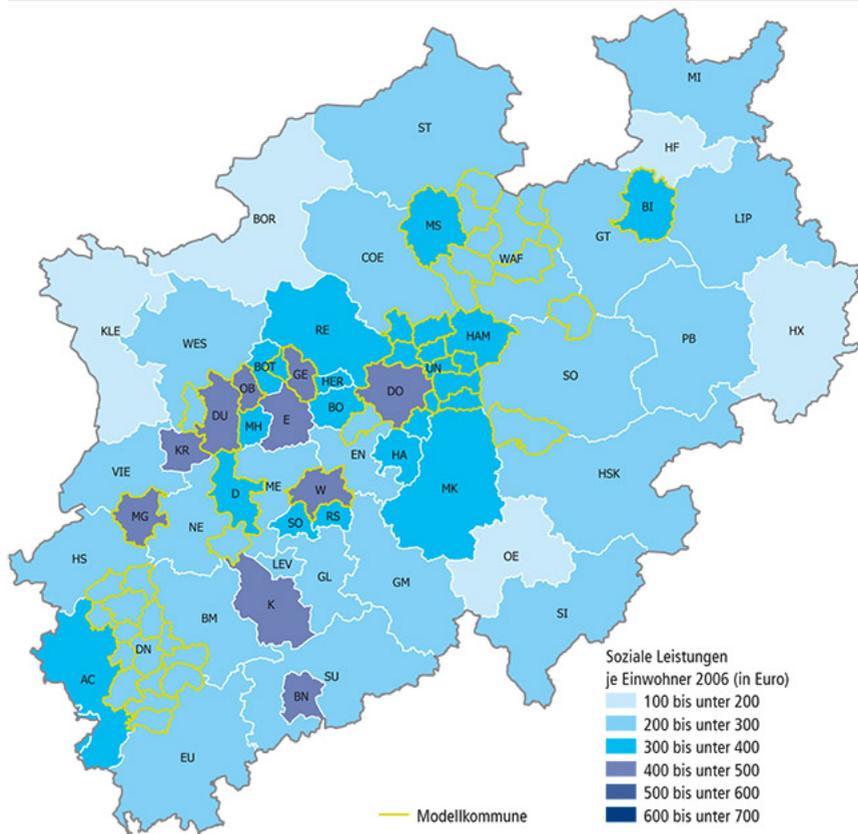


Datenbasis: Bertelsmann Stiftung, Wegweiser Kommune; BKG; IT.NRW; Darstellung ZEFIR.

© Bertelsmann Stiftung und ZEFIR, mit finanzieller Unterstützung des Landes NRW und des Europäischen Sozialfonds.

für den fiskalischen Druck, der auf den Kommunen aufgrund der vor Ort vorherrschenden sozialen Problemlagen lastet. Im Jahr 2006 ist ein deutliches Stadt-Land-Gefälle bei den sozialen Leistungen je Einwohner zu erkennen (vgl. Abbildung 20). Viele Städte an Rhein und Ruhr haben je Einwohner höhere soziale Ausgaben als die Kreise in Nordrhein-Westfalen. Die geringsten Ausgaben im Jahr 2006 hat der Kreis Herford mit 125 Euro je Einwohner, gefolgt von vier weiteren Kreisen mit Werten

Abbildung 20: Soziale Leistungen je Einwohner 2006 (in Euro), Kreise und kreisfreie Städte NRW



Datenbasis: Bertelsmann Stiftung, Wegweiser Kommune; BKG; IT.NRW; Darstellung ZEFIR.

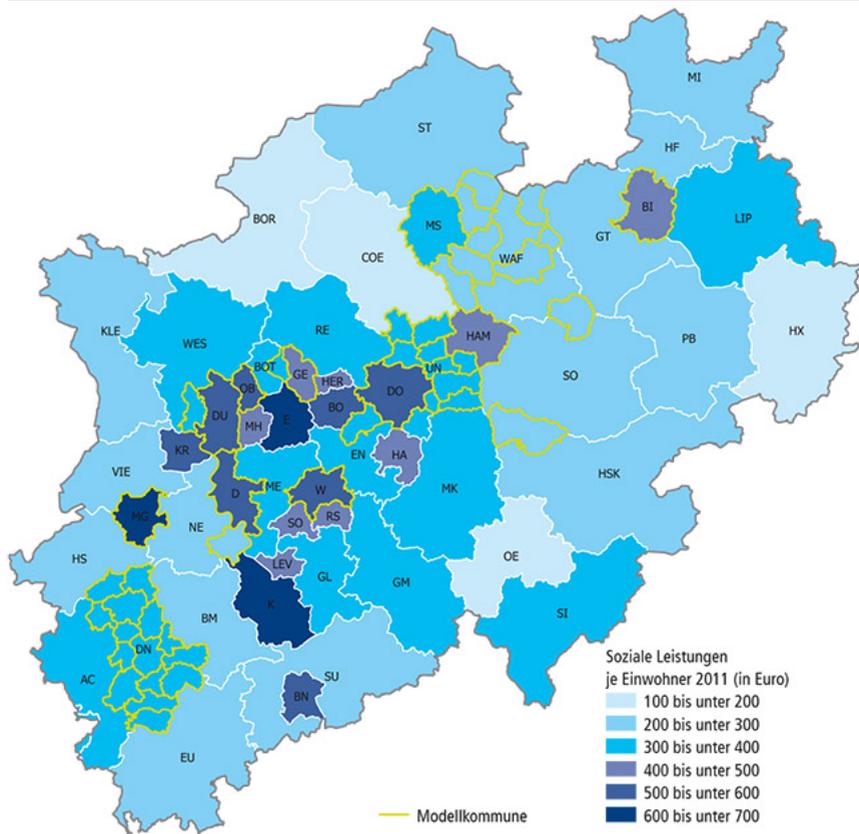
© Bertelsmann Stiftung und ZEFIR, mit finanzieller Unterstützung des Landes NRW und des Europäischen Sozialfonds.

unter 200 Euro. Der Kreis mit den höchsten Pro-Kopf-Ausgaben ist der Märkische Kreis (337 Euro). Nur die kreisfreie Stadt Leverkusen erreicht Pro-Kopf-Ausgaben von knapp unter 300 Euro, alle anderen Städte liegen zwischen 300 und 500 Euro. Die höchsten Ausgaben im Jahr 2006 hatte die Stadt Köln mit 497 Euro gefolgt von der Stadt Essen (486 Euro) und der KeKiz-Modellkommune Gelsenkirchen (464 Euro).

Im Jahr 2011 (vgl. Abbildung 21) hat sich das Stadt-Land-Gefälle noch weiter verfestigt und die „Schere“ der Ausgabenhöhe ist noch weiter auseinandergegangen. Die geringsten sozialen Leistungen je Einwohner hat der Kreis Coesfeld mit lediglich 150 Euro, den höchsten Wert verzeichnet die KeKiz-Modellkommune Mönchengladbach mit 656 Euro, gefolgt von Essen (610 Euro) und Köln (605 Euro). Dabei zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den Kreisen und den kreisfreien Städten. Während alle Kreise bei Werten unter 400 Euro liegen, erreicht die kreisfreie Stadt Münster bei den Ausgaben für soziale Leistungen mit einem Wert von 365 Euro je Einwohner noch den niedrigsten Wert aller kreisfreien Städte.

Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben auf kommunaler Ebene zwischen 2006 und 2011 lässt sich wie folgt erklären: Im Rahmen des Finanzausgleichs möchte das Land die kommunalen Steuereinnahmen ergänzen und die vorhandenen Einnahmendisparitäten (vgl. Abbildung 16 und Abbildung 17) ausgleichen. Das Ergebnis des Finanzausgleichs wird durch die allgemeinen Deckungsmittel (vgl. Abbildung 18 und Abbildung 19) dargestellt. Insgesamt werden die vorhandenen Einnahmendisparitäten im Jahr 2011 stärker ausgeglichen als 2006, aber es besteht weiterhin ein Stadt-Land-Gefälle bei den allgemeinen Deckungsmitteln. Bei den Ausgaben auf Kreisebene, hier den sozialen Leistungen, hat sich das Stadt-Land-Gefälle im betrachteten Zeitraum weiter verfestigt und die Unterschiede bei den Pro-Kopf-Ausgaben haben weiter zugenommen. Insofern passen die höheren allgemeinen Deckungsmittel der kreisfreien Städte zumindest der Richtung nach zu ihren auch höheren sozialen Ausgaben.

Abbildung 21: Soziale Leistungen je Einwohner 2011 (in Euro), Kreise und kreisfreie Städte NRW



Datenbasis: Bertelsmann Stiftung, Wegweiser Kommune; BKG; IT.NRW; Darstellung ZEFIR.

© Bertelsmann Stiftung und ZEFIR, mit finanzieller Unterstützung des Landes NRW und des Europäischen Sozialfonds.

## 5 Bildungsbezogene Übergänge im Lebensverlauf

Das Modellvorhaben „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“ (KeKiz) hat zum Ziel, bereits bestehende Kräfte und Angebote in den Kommunen besser untereinander zu vernetzen um die lückenlose Hilfe für Kinder und ihre Familien sicherzustellen. Die angestrebten Präventionsketten sollen von der Geburt bis zum Eintritt in das Berufsleben alle Phasen im Leben von Kindern und Jugendlichen abdecken. Damit dieses Ziel gelingt, müssen besonders die Übergänge zwischen den einzelnen Phasen so gestaltet werden, dass auch benachteiligte Kinder diese erfolgreich überwinden können.

Abbildung 22: Präventionsketten und Indikatoren

Phase/ Übergang	Übergang in die Kita	3 bis unter 6 Jahre		Übergang in die Grundschule			
Indikator	Anteil der betreuten 3-Jährigen in der Kita an allen 3-Jährigen	Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund an allen Kindern in einer Kita	Inanspruchnahme der U8-Untersuchungen	SEU Körperkoordination	SEU Visuomotorik	SEU Sprachkompetenz	SEU Adipositas
Phase/ Übergang	6 bis unter 10 Jahre	Übergang in die weiterführende Schule		Älter als 15	Schulabschluss		
Indikator	Grundschüler in der offenen Ganztagschule	Übergang auf Gymnasium, Gesamtschule und Gemeinschaftsschule		Übergang Sekundarstufe I zu Sekundarstufe II	Schulabgänger ohne jeglichen Abschluss	Schulabgänger mit (Fach-) Hochschulreife	ALG-II-Quote der 15- bis unter 25-Jährigen

Quelle: Darstellung ZEFIR.

© Bertelsmann Stiftung und ZEFIR, mit finanzieller Unterstützung des Landes NRW und des Europäischen Sozialfonds.

In diesem Kapitel werden einzelne Phasen und besonders die Übergänge genauer betrachtet. Beginnend mit dem Übergang in die Kita (Abschnitt 5.1) folgt die Schuleingangsuntersuchung (SEU) und die Grundschule (Abschnitt 5.2). Anschließend werden der Übergang von der Grundschule in die Sekundarstufe I (Abschnitt 5.3) und der Übergang von der Sekundarstufe I in die Sekundarstufe II (Abschnitt 5.4) betrach-

tet. Zuletzt wird der Übergang von der Schule in den Beruf bzw. die Ausbildung untersucht. Hierfür werden Schulabschlüsse an allgemeinbildenden Schulen, das Übergangssystem und die die Arbeitslosengeld-II-Quote sowie die Arbeitslosigkeit der unter 25-Jährigen dargelegt. Abhängig von der Datenlage und Datenverfügbarkeit werden die Werte zu den einzelnen Übergängen und Phasen im Leben eines Kindes auf Gemeinde-, Kreis- oder der Landesebene Nordrhein-Westfalens analysiert.

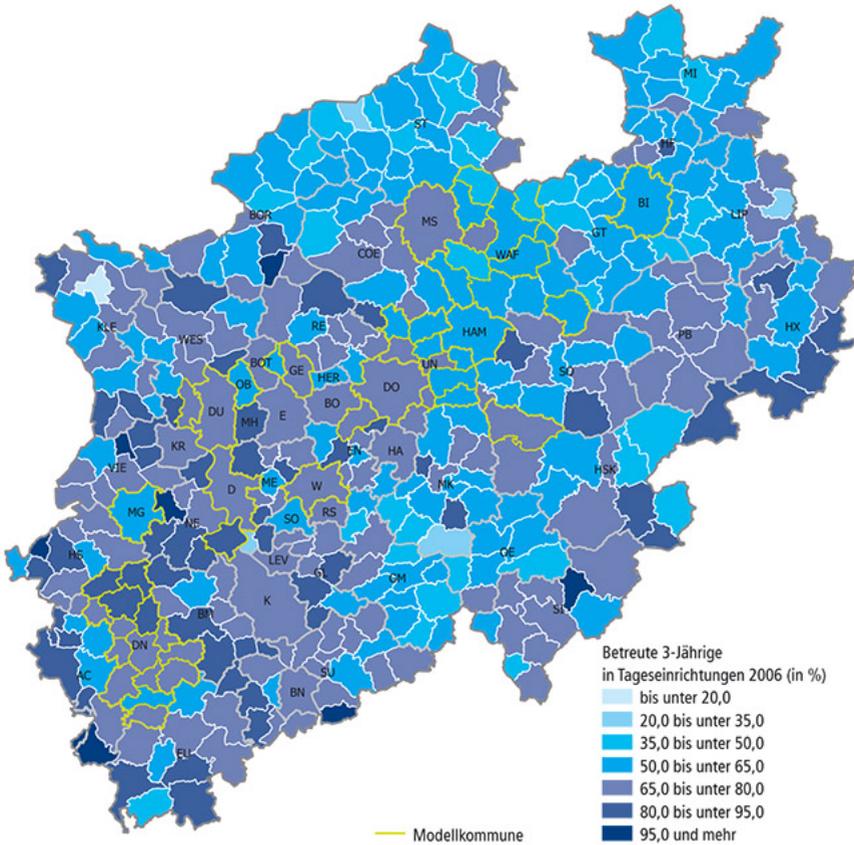
## 5.1 Kindertageseinrichtung

Die Kindertagesstätten gestalten die Vorbereitung und den Übergang in die Grundschule. Somit hat der Besuch eine hohe Relevanz für den weiteren Bildungsweg (IT, NRW 2014: 3). Ein hoher Anteil an 3-jährigen Kindern (Regelkindern) in Kitas erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass benachteiligte Kinder gefördert werden können und verbessert damit die Chancengleichheit.

Welche weiteren Einflussfaktoren die Chancen auf Förderung von benachteiligten Kindern verbessern, konnte am Beispiel der Stadt Mülheim an der Ruhr gezeigt werden (Groos und Jehles 2015).

Abbildung 23 zeigt den Anteil der 3-jährigen Kinder, die im Jahr 2006 in Kitas betreut werden. Es zeigt sich insgesamt ein heterogenes Bild von Kommunen mit hohen und niedrigen Quoten. Die Spanne reicht von nur 14,5 Prozent in Bedburg-Hau bis hin zu einer „Vollbetreuung“ von 95 und mehr Prozent in immerhin sieben Kommunen. Im ländlichen Raum finden sich die größten Unterschiede. Dort liegen zum Teil Kommunen mit sehr unterschiedlichen Betreuungsquoten direkt nebeneinander. Die kreisfreien Städte bilden eine etwas homogenere Gruppe mit Werten von 50 Prozent in Herne bis 83 Prozent in Mülheim an der Ruhr, wobei der Großteil der Städte Werte zwischen 65 und 80 Prozent erreicht.

Abbildung 23: Betreute 3-Jährige in Kindertageseinrichtungen 2006, Städte und Gemeinden NRW

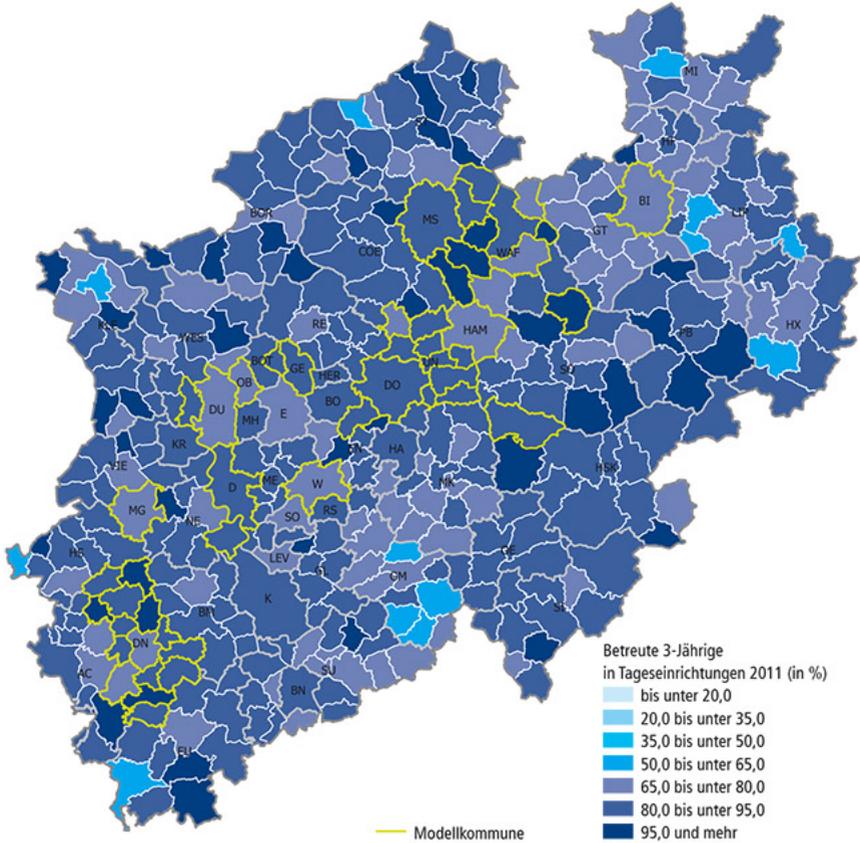


Datenbasis: BKG; IT.NRW; Darstellung und Berechnung ZEFIR.

© Bertelsmann Stiftung und ZEFIR, mit finanzieller Unterstützung des Landes NRW und des Europäischen Sozialfonds.

Fünf Jahre später ist ein insgesamt deutlich angestiegenes Betreuungsniveau der 3-Jährigen in den Kitas auszumachen (vgl. Abbildung 24). Die geringste Betreuungsquote liegt bei 54 Prozent in Lage. Insgesamt 45 Kommunen befinden sich in der höchsten Klasse mit einer Betreuungsquote von 95 und mehr Prozent. 2011 liegt die Spannweite der Quoten unter den kreisfreien Städten zwischen 72 Prozent in der KeKiz-Modellkommune Oberhausen und 86 Prozent in Köln. Die Stadt Herne

Abbildung 24: Betreute 3-Jährige in Kindertageseinrichtungen 2011, Städte und Gemeinden NRW

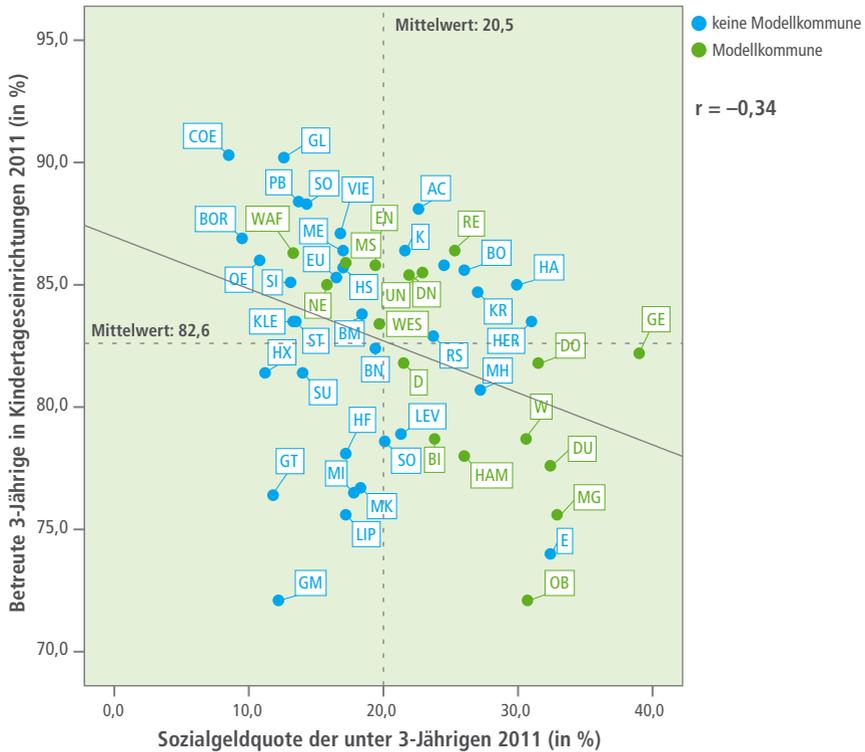


Datenbasis: BKG; IT.NRW; Darstellung und Berechnung ZEFIR.

© Bertelsmann Stiftung und ZEFIR, mit finanzieller Unterstützung des Landes NRW und des Europäischen Sozialfonds.

weist mit einer Steigerung um 33 Prozentpunkte auf 83 Prozent nach fünf Jahren die größte Veränderung bei den kreisfreien Städten auf. Seit 2011 sind vor allem die Kapazitäten in der Betreuung der unter 3-Jährigen weiter gesteigert worden, so dass zu erwarten ist, dass auch die Kita-Beteiligung insgesamt zukünftig weiter zunehmen wird, und zwar unabhängig von einer kommunalen Beteiligung an Projekten wie KeKiz.

Abbildung 25: Sozialgeldquote der unter 3-Jährigen und betreute 3-Jährige in Kindertageseinrichtungen 2011, Kreise und kreisfreie Städte NRW



Datenbasis: IT.NRW; Statistik der BA, Datenstand März 2015; Darstellung und Berechnung ZEFIR.

© Bertelsmann Stiftung und ZEFIR, mit finanzieller Unterstützung des Landes NRW und des Europäischen Sozialfonds.

Grundsätzlich stellt sich auch auf dieser räumlichen Ebene die Frage, ob es einen Zusammenhang zwischen (Kinder-)Armut und der Kita-Beteiligung gibt. Der Zusammenhang zwischen einer niedrigen Betreuungsquote der 3-Jährigen und einer hohen Kinderarmut der unter 3-Jährigen (vgl. Abbildung 25) ist aber nicht sehr ausgeprägt ( $r = -0,34$ ). Unter den Kommunen mit unterdurchschnittlicher Betreuungsquote finden sich sowohl armutsgeprägte Großstädte, wie die KeKiz-Modellkommunen Wuppertal, Duisburg, Mönchengladbach und Oberhausen, aber auch eine ganze Reihe

Kreise mit unterdurchschnittlicher Kinderarmut, wie der Kreis Kleve oder der Kreis Gütersloh. Gleichzeitig gibt es unter den Kommunen mit überdurchschnittlicher Betreuungsquote auch Kommunen wie Gelsenkirchen mit überdurchschnittlicher Kinderarmut. Die soziale Lage kann also nicht allein die Betreuungsquote „erklären“, hier kann sich zum einen eine präventive Politik der Kommune mit möglichst frühem Eintritt in die Kita abbilden, aber es können sich auch andere Familienmodelle, zum Beispiel das klassische (männliche) Ernährermodell oder die institutionelle Struktur, wie etwa die Trägerstruktur, das Platzangebot oder die räumliche Abdeckung im Kita-Bereich, in einer Kommune auswirken. Die Ursachen für die unterschiedlichen Betreuungsquoten lassen sich jedenfalls nur in vertiefenden Analysen unter Einbezug anderer Datenquellen nachvollziehen.

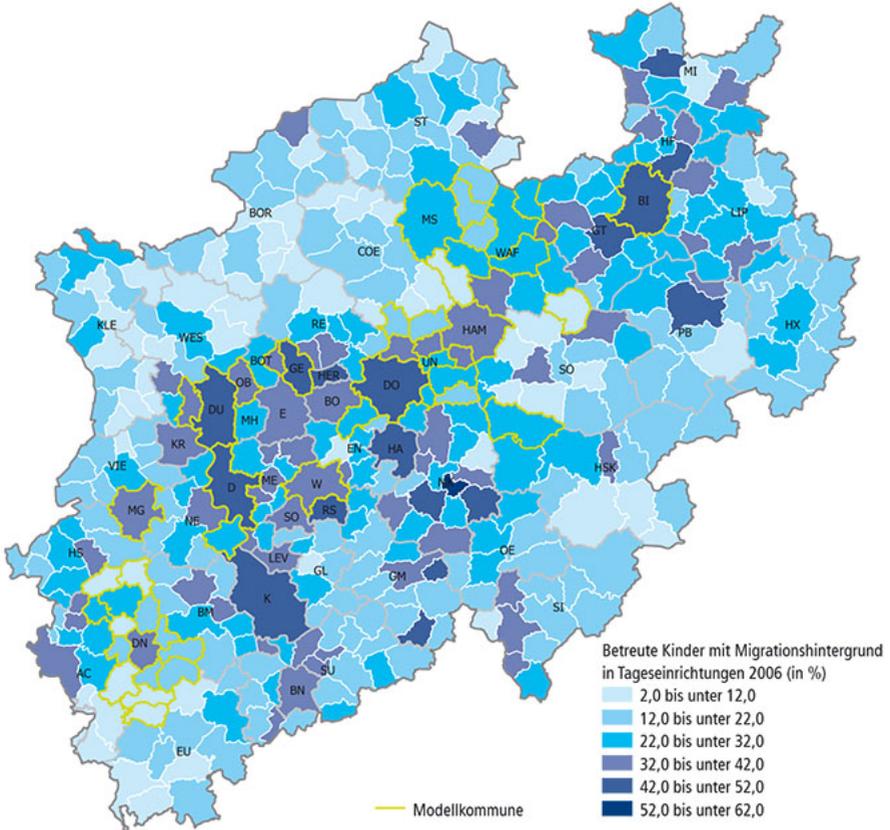
Die Heterogenität der Anteilswerte in der regionalen Verteilung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund<sup>7</sup> in Nordrhein-Westfalen spiegelt sich teilweise auch bei den Betreuungsquoten in den Kitas im Jahr 2006 wider (vgl. Abbildung 26). Mit wenigen Ausnahmen ist das Bild durch ein markantes Stadt-Land-Gefälle geprägt. In den kreisfreien Städten fallen die Werte zwischen 29 Prozent in der KeKiz-Modellkommune Münster und 48 Prozent in der KeKiz-Modellkommune Duisburg vergleichsweise hoch aus. Die Anteile in den kreisangehörigen Städten und Gemeinden weisen dagegen eine größere Spannweite auf und reichen von unter 4 Prozent in der im Kreis Borken verorteten Gemeinde Heiden bis zu 53 Prozent in der dem Märkischen Kreis angehörigen Stadt Werdohl, wobei der Großteil der kreisangehörigen Kommunen allerdings Werte von unter 30 Prozent verzeichnet.

Betrachtet man den Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund in der Kita im Jahr 2011 (vgl. Abbildung 27), ist eine generelle Zunahme der Anteile im Vergleich zu 2006 festzustellen. Mit wenigen Ausnahmen steigen die Werte sowohl in den ländlichen Gebieten als auch in den großen Kernstädten. Der hohe und weiter ansteigende Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund in den Kitas der kreisfreien Städte (33 bis 53 Prozent) kann ein Hinweis für zusätzlichen Förderbedarf in diesen Regionen des Landes sein, da in diesen Städten Kinder auch besonders häufig von Armut betroffen sind.

---

7 Kinder mit Migrationshintergrund werden hier definiert als Personen, wo zumindest ein Elternteil eine ausländische Herkunft hat und/oder in der Familie vorrangig nicht deutsch gesprochen wird (Quelle: Bertelsmann Stiftung, Wegweiser Kommune).

Abbildung 26: Betreute Kinder mit Migrationshintergrund in Kindertageseinrichtungen 2006, Städte und Gemeinden NRW

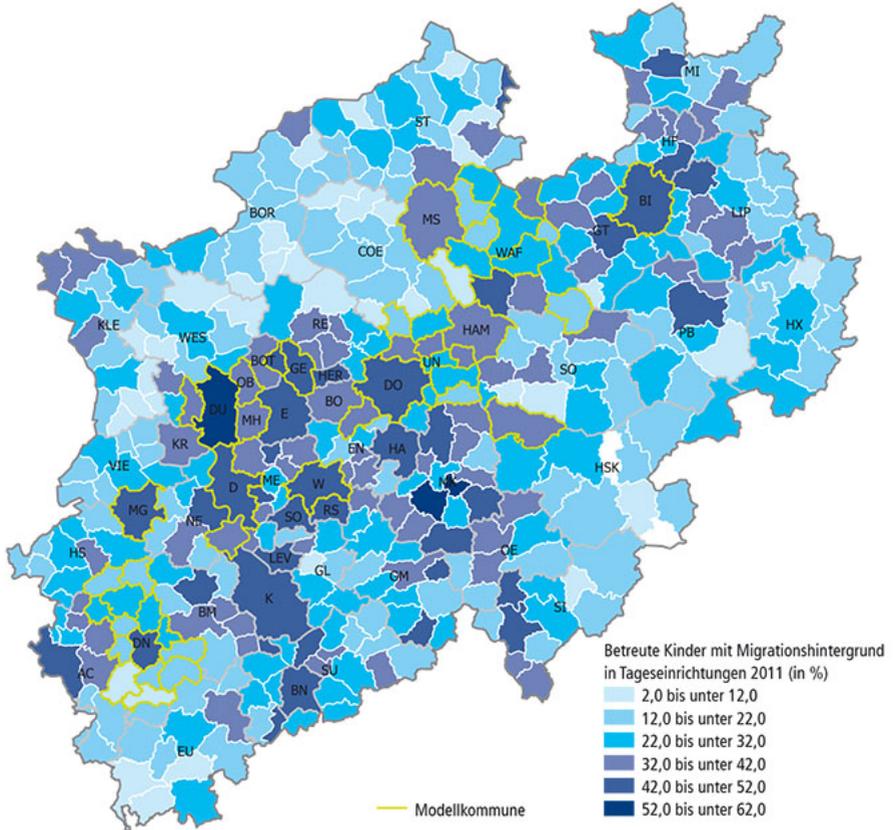


Datenbasis: Bertelsmann Stiftung, Wegweiser Kommune; BKG; IT.NRW; Darstellung ZEFIR.

© Bertelsmann Stiftung und ZEFIR, mit finanzieller Unterstützung des Landes NRW und des Europäischen Sozialfonds.

Setzt man die Sozialgeldquote der unter 6-Jährigen in Zusammenhang mit den betreuten Kindern mit Migrationshintergrund, wird ein starker statistischer Zusammenhang sichtbar (vgl. Abbildung 28). Je höher die Sozialgeldquote der unter 6-Jährigen in den Kreisen und kreisfreien Städten, desto höher der Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund in den Kitas. Besonders unter dem Gesichtspunkt einer starken innerstädtischen Kita-Segregation (vgl. Groos, Trappmann und Jehles 2017) erscheint es

Abbildung 27: Betreute Kinder mit Migrationshintergrund in Kindertageseinrichtungen 2011, Städte und Gemeinden NRW



Datenbasis: Bertelsmann Stiftung, Wegweiser Kommune; BKG; IT.NRW; Darstellung ZEFIR.

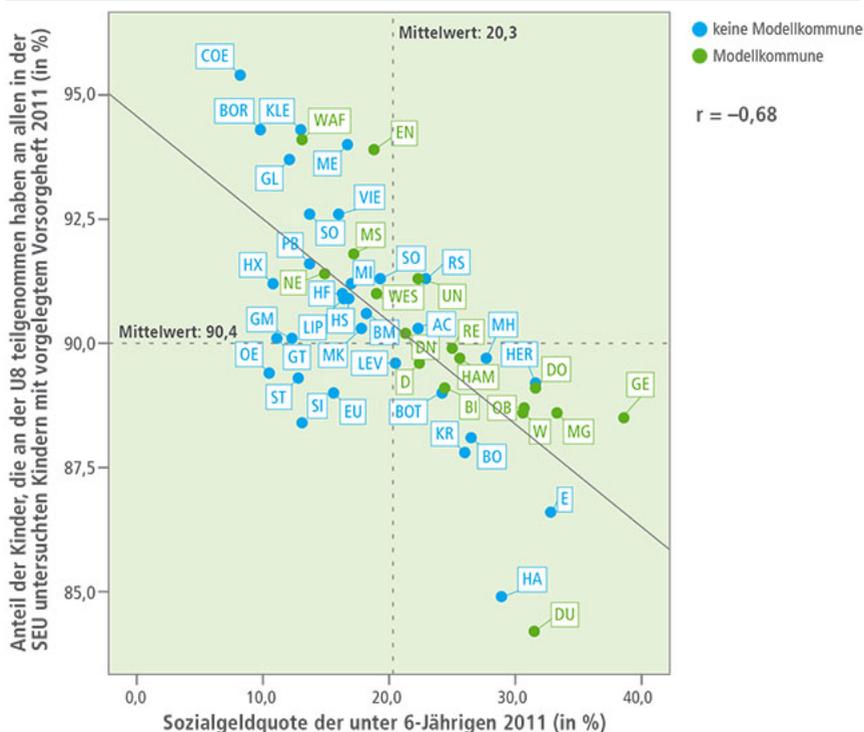
© Bertelsmann Stiftung und ZEFIR, mit finanzieller Unterstützung des Landes NRW und des Europäischen Sozialfonds.

für Kommunen sinnvoll, diese Quoten auf Kita-Ebene in Verbindung mit der sozialen Lage auszuweisen, damit zusätzliche Fördermittel sinnvoll gesteuert werden können. Der Indikator Teilnahme an der U8-Untersuchung<sup>8</sup> weist auf eine gute Erreichbarkeit

8 Der Indikator Teilnahme an den U8-Untersuchungen wird bei der Schuleingangsuntersuchung erhoben und beziffert den Anteil der Kinder, die im Alter von 46 bis 48 Monaten an der U8-Untersuchung teilgenommen haben, bezogen auf alle Kinder, die in der Schuleingangsuntersuchung ein Vorsorgeheft vorgelegt haben.



Abbildung 29: Sozialgeldquote der unter 6-Jährigen und Kinder, die an der U8 teilgenommen haben 2011, Kreise und kreisfreie Städte NRW\*



\* Sozialgeldquote Berichtsmonat Dezember, Hochsauerlandkreis November; SEU ohne Bonn, Köln und den Rhein-Sieg-Kreis.

Datenbasis: IT.NRW; LZG NRW; Statistik der BA, Datenstand April 2015; Darstellung und Berechnung ZEFIR.

© Bertelsmann Stiftung und ZEFIR, mit finanzieller Unterstützung des Landes NRW und des Europäischen Sozialfonds.

lich auf die Teilnahmemöglichkeit hingewiesen.<sup>9</sup> Auf der räumlichen Ebene der Kreise und kreisfreien Städte ist ein negativer Zusammenhang ( $r = -0,68$ ) zwischen der Teilnahme an den U8-Untersuchungen und der Sozialgeldquote der unter 6-Jährigen feststellbar (vgl. Abbildung 29). Kreise und kreisfreie Städte, die durch geringe Kin-

9 Vgl. [https://www.lzg.nrw.de/themen/Gesundheit\\_schuetzen/praevention/ges\\_kind/](https://www.lzg.nrw.de/themen/Gesundheit_schuetzen/praevention/ges_kind/) (Download 18.5.2017).

derarmutsquoten geprägt sind, weisen in der Tendenz höhere U8-Teilnahmequoten auf als jene Gebietseinheiten, die mit einer höheren Kinderarmut konfrontiert sind. Allerdings gibt es auch Kommunen, die eine hohe Kinderarmutsquote verzeichnen, zugleich aber recht unterschiedliche Werte hinsichtlich der U8-Teilnahme aufweisen, beispielsweise die KeKiz-Modellkommunen Duisburg (84,2 Prozent) und Dortmund (89,2 Prozent). Auch hier stellt sich die Frage, ob dies ein zufälliger Effekt ist oder ob die Kommunen unterschiedlich mit dem Thema Teilnahme an der U8 umgehen. Im Rahmen eines Monitorings lässt sich diese Frage allerdings nicht beantworten.

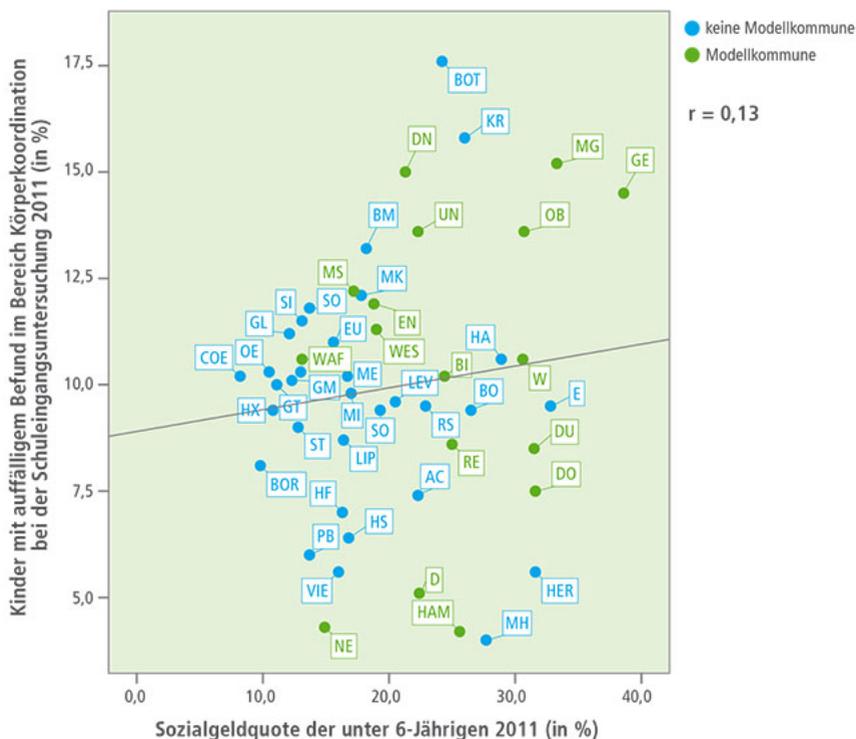
## 5.2 Schuleingangsuntersuchung und Grundschule

Der Übergang in die Grundschule stellt einen weiteren zentralen Übergang im Lebensverlauf eines Kindes dar. Für die Betrachtung werden Daten der Schuleingangsuntersuchung (SEU) im Zusammenhang mit einem Armutsindikator (Sozialgeldquote der unter 6-Jährigen) und für den weiteren Verlauf die Anteile von Grundschulern im offenen Ganztage genutzt.

Die Schuleingangsuntersuchung ist eine gesetzlich verankerte Pflichtuntersuchung, bei der flächendeckend alle Kinder im Schuleintrittsalter individualmedizinisch nach schulrelevanten Gesundheitsaspekten untersucht werden. Diese Routineuntersuchung wird in Nordrhein-Westfalen jährlich vom Kinder- und Jugendärztlichen Dienst des jeweiligen Gesundheitsamtes nach dem „Bielefelder Modell“ durchgeführt, d. h. die Befunde werden standardisiert erhoben und dokumentiert. Die Ergebnisse der SEU geben Aufschluss darüber, ob ein hoher Anteil an Kindern in einer Kommune auffällige Befunde in verschiedenen Bereichen aufweist. Je höher der Anteil an auffälligen Befunden in der SEU in einer Kommune, desto größer ist dort die Wahrscheinlichkeit von Schülern mit ungleichen Startchancen in die Grundschule (Groos und Jehles 2015).

Um zu untersuchen, ob es einen statistischen Zusammenhang zwischen Armut und den Befunden bei der SEU gibt, werden im Folgenden einige Befunde in Zusammenhang mit der Sozialgeldquote der Kinder unter sechs Jahren in den nordrhein-westfälischen Kreisen und kreisfreien Städten mithilfe von Streudiagrammen in Zusammenhang gesetzt.

Abbildung 30: Sozialgeldquote der unter 6-Jährigen und Kinder mit auffälligem Befund im Bereich Körperkoordination bei der Schuleingangsuntersuchung 2011, Kreise und kreisfreie Städte NRW\*



\* Sozialgeldquote Berichtsmontat Dezember, Hochsauerlandkreis November; SEU ohne Bonn, Köln und den Rhein-Sieg-Kreis.

Datenbasis: IT.NRW; LZG NRW; Statistik der BA, Datenstand April 2015; Darstellung und Berechnung ZEFIR.

© Bertelsmann Stiftung und ZEFIR, mit finanzieller Unterstützung des Landes NRW und des Europäischen Sozialfonds.

Die Körperkoordination wird anhand des Tests „Seitliches beidbeiniges Hin- und Herspringen“ geprüft.<sup>10</sup> Abbildung 30 ist zu entnehmen, dass es keinen bzw. nur einen

10 Für die Überprüfung der Körperkoordination werden sowohl ganzkörperliche Bewegungsgeschwindigkeit und Koordination sowie Aspekte von Kraft und Ausdauer erfasst. Befunde im Bereich der Körperkoordination sind häufig mit anderen Entwicklungsstörungen verbunden. Die Körperkoordination ist wichtig für die Integration von Kindern in ihre Altersgruppe. Quelle: Kommentar zu den kommunalen Indikatoren der Länder-Gesundheitsberichterstattung. Im Internet unter: [https://www.lzg.nrw.de/00indi/0data\\_kreis/03/word/0305701052010.doc](https://www.lzg.nrw.de/00indi/0data_kreis/03/word/0305701052010.doc) (Download 18.5.2017).

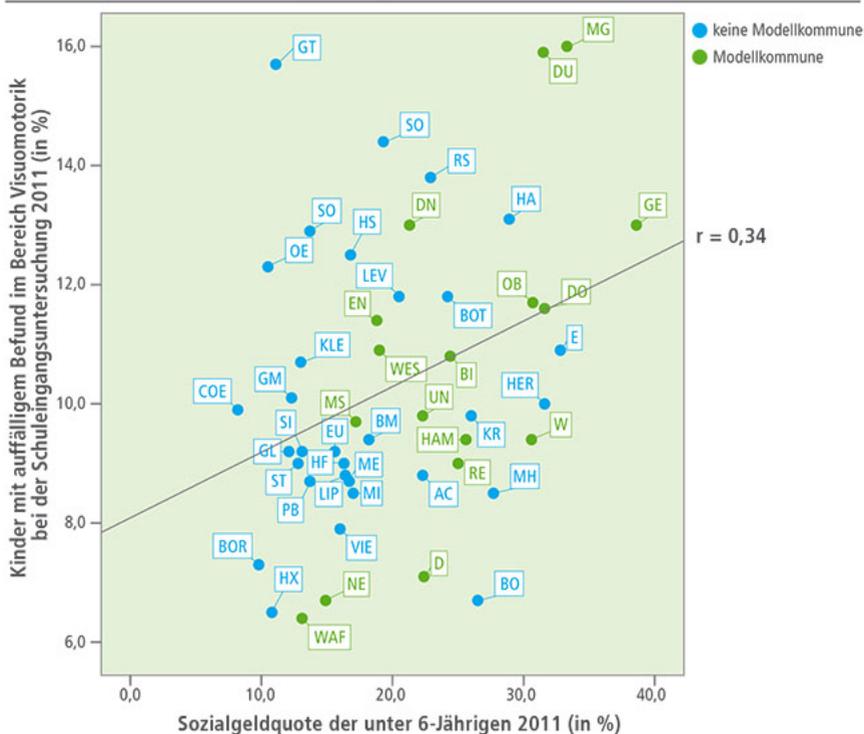
sehr schwachen statistischen Zusammenhang ( $r=0,13$ ) zwischen dem Anteil von Kindern mit Sozialgeldbezug und dem Anteil auffälliger Befunde im Bereich Körperkoordination bei der SEU gibt.

Der Bereich Visuomotorik untersucht das Zusammenspiel von visuellen Wahrnehmungskomponenten und motorischer Leistung. Dabei werden unter anderem eine ausreichende Auge-Hand-Koordination, die graphomotorische Leistung sowie die feinmotorische Bewegungskoordination erfasst. Der Anteil armer Kinder einer Kommune steht in einem statistischen Zusammenhang mit dem Anteil defizitärer kommunaler SEU-Befunde bezüglich des Bereiches der Visuomotorik. Wie Abbildung 31 demonstriert, fällt der Zusammenhang mit einem Korrelationskoeffizienten von  $r=0,34$  allerdings moderat aus.

Die sprachliche Kompetenz wird mit sprachgebundenen und sprachfreien Tests erhoben. Die sprachgebundenen Tests werden nur bei Kindern mit deutscher Muttersprache oder hinreichenden Deutschkenntnissen angewendet. Da Kinder mit Migrationshintergrund und nicht ausreichenden Deutschkenntnissen bei den sprachgebundenen Tests benachteiligt sind, gilt bei ihnen – aus Gründen der Vergleichbarkeit – der sprachfreie Untertest „Pseudowörter nachsprechen“ als Indikator für die Sprachentwicklung. Wie Abbildung 32 zu entnehmen ist, existiert auf der räumlichen Ebene der Kreise und kreisfreien Städte in Nordrhein-Westfalen lediglich ein minimaler Zusammenhang zwischen der Armut von Kindern und dem SEU-Befund zur defizitären Sprachkompetenz ( $r=0,17$ ).

Zur Ermittlung von Übergewicht dient der Body-Mass-Index (BMI), ein Bewertungsmaßstab zur Bestimmung von Über-, Unter- und Normalgewicht. Liegt der BMI über dem 90. Perzentil, spricht man von Übergewicht, über dem 97. Perzentil, spricht man von Adipositas. Im Vergleich zu den bereits untersuchten Befunden Körperkoordination, Visuomotorik und Sprachkompetenz hat der Befund Adipositas auf kommunaler Ebene den stärksten statistischen Zusammenhang ( $r=0,71$ ) mit dem Anteil armer Kinder. Wie aus Abbildung 33 ersichtlich wird, korreliert die Höhe der kommunalen Sozialgeldquote mit dem Anteil der Kinder mit Adipositas bei der SEU in den Kreisen und kreisfreien Städten in NRW.

Abbildung 31: Sozialgeldquote der unter 6-Jährigen und Kinder mit auffälligem Befund im Bereich Visuomotorik bei der Schuleingangsuntersuchung 2011, Kreise und kreisfreie Städte NRW\*



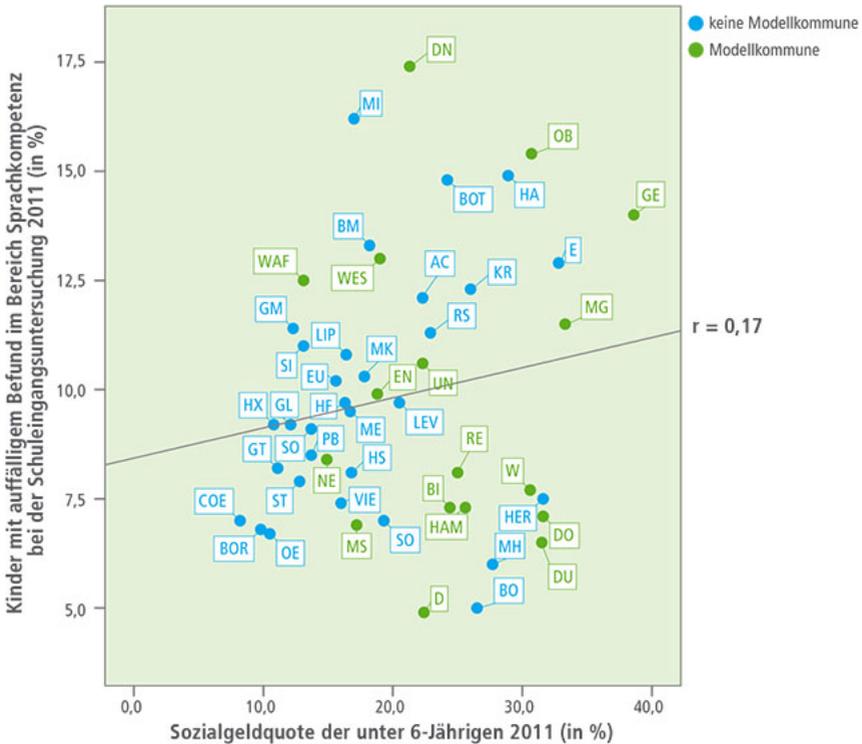
\* Sozialgeldquote Berichtsmonat Dezember, Hochsauerlandkreis November; SEU ohne Bonn, Köln und den Rhein-Sieg-Kreis.

Datenbasis: IT.NRW; LZG NRW; Statistik der BA, Datenstand April 2015; Darstellung und Berechnung ZEFIR.

© Bertelsmann Stiftung und ZEFIR, mit finanzieller Unterstützung des Landes NRW und des Europäischen Sozialfonds.

Bemerkenswert sind aber auch die zum Teil sehr großen Unterschiede beim Anteil der Kinder mit auffälligen Befunden in der SEU bei einem vergleichbaren Niveau an Kinderarmut in den Kreisen und kreisfreien Städten. Unter den KeKiz-Modellkommunen wird dies besonders deutlich bei der Adipositas: Der Anteil der stark übergewichtigen Kinder ist in Duisburg fast doppelt so hoch wie in Mönchengladbach bei etwa gleichem Anteil an Kinderarmut. Unter den Kreisen zeigen sich vergleichbar große

Abbildung 32: Sozialgeldquote der unter 6-Jährigen und Kinder mit auffälligem Befund im Bereich Sprachkompetenz bei der Schuleingangsuntersuchung 2011, Kreise und kreisfreie Städte NRW\*



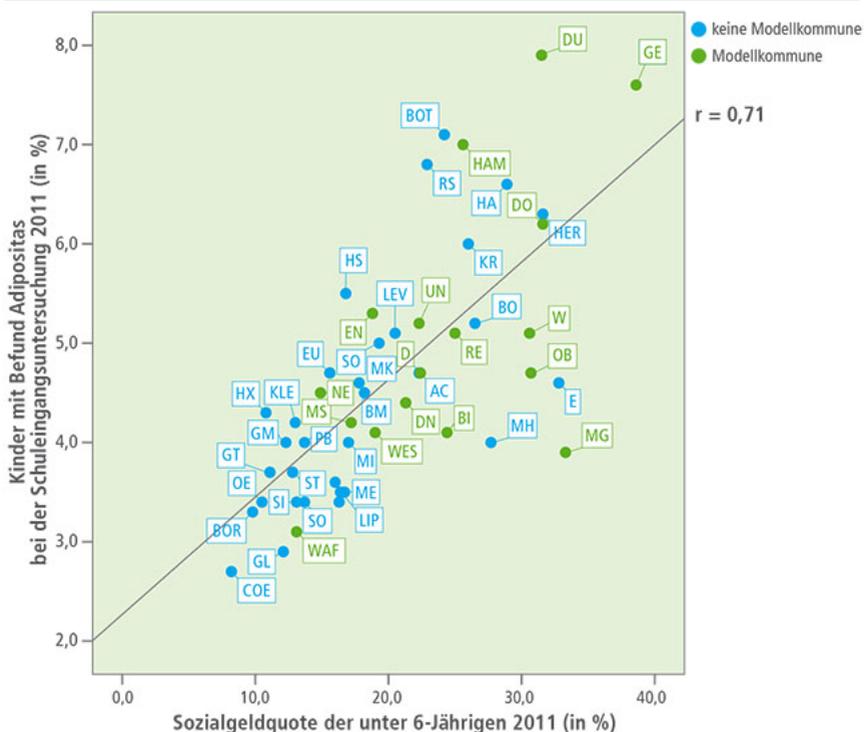
\* Sozialgeldquote Berichtsmonat Dezember, Hochsauerlandkreis November; SEU ohne Bonn, Köln, Kreis Kleve und den Rhein-Sieg-Kreis.

Datenbasis: IT.NRW; LZG NRW; Statistik der BA, Datenstand April 2015; Darstellung und Berechnung ZEFIR.

© Bertelsmann Stiftung und ZEFIR, mit finanzieller Unterstützung des Landes NRW und des Europäischen Sozialfonds.

Unterschiede bei den auffälligen Befunden zum Beispiel bei der Körperkoordination: Der Anteil der auffälligen Befunde in diesem Bereich ist im Kreis Düren dreimal so hoch wie im Kreis Neuss, in dem die Modellkommune Dormagen liegt, bei einem eher durchschnittlichen Anteil an Kinderarmut. Die Ursachen für diese Niveauunterschiede lassen sich allein mithilfe eines räumlichen Monitorings nicht ableiten. Aber diese können wiederum Anlass für vertiefende Untersuchungen kommunaler Maß-

Abbildung 33: Sozialgeldquote der unter 6-Jährigen und Kinder mit Befund Adipositas bei der Schuleingangsuntersuchung 2011, Kreise und kreisfreie Städte NRW\*



\* Sozialgeldquote Berichtsmonat Dezember, Hochsauerlandkreis November; SEU ohne Bonn, Köln und den Rhein-Sieg-Kreis.

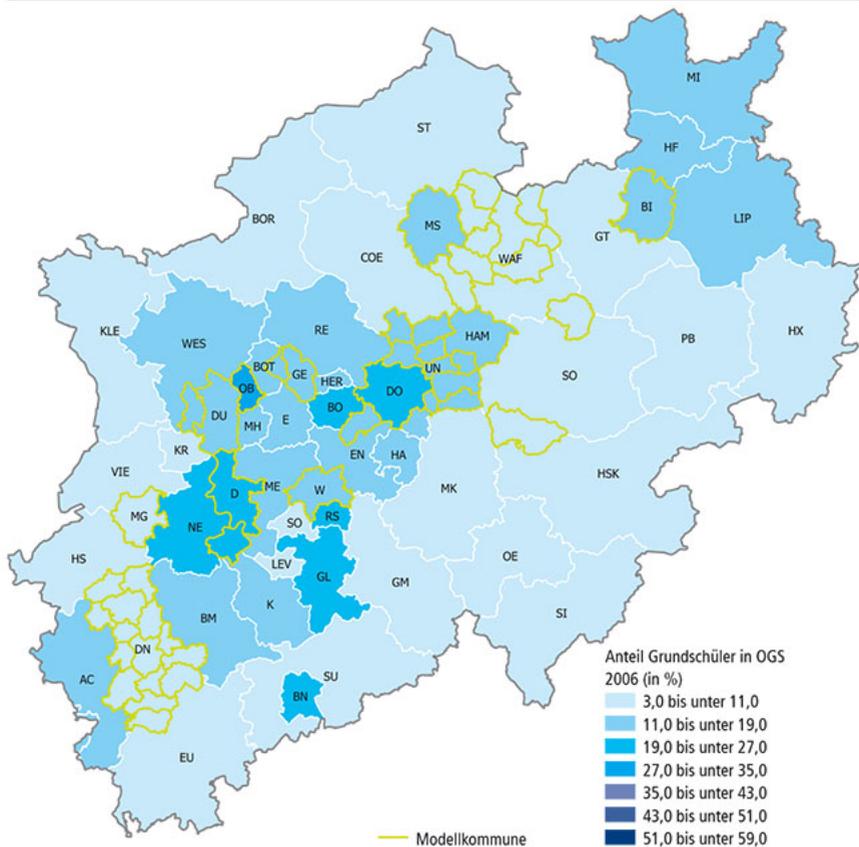
Datenbasis: IT.NRW; LZG NRW; Statistik der BA, Datenstand April 2015; Darstellung und Berechnung ZEFIR.

© Bertelsmann Stiftung und ZEFIR, mit finanzieller Unterstützung des Landes NRW und des Europäischen Sozialfonds.

nahmen im Rahmen des Ausbaus von Präventionsketten bieten.<sup>11</sup> Im Grundschulbereich werden mittlerweile überwiegend ganztägige Angebote unterbreitet, allerdings fast ausschließlich in einer offenen Organisationsform. Eine hohe Teilnahmequote in

11 Außerdem ist es notwendig, die Validität der verwendeten Daten regelmäßig zu überprüfen, da beispielsweise bei der SEU auch der Einfluss von Untersuchereffekten, d. h. unterschiedliche Bevorzugung bestimmter Diagnosen durch die eingesetzten Ärzte in verschiedenen Kommunen, denkbar wären.

Abbildung 34: Grundschüler im offenen Ganztag 2006, Kreise und kreisfreie Städte NRW



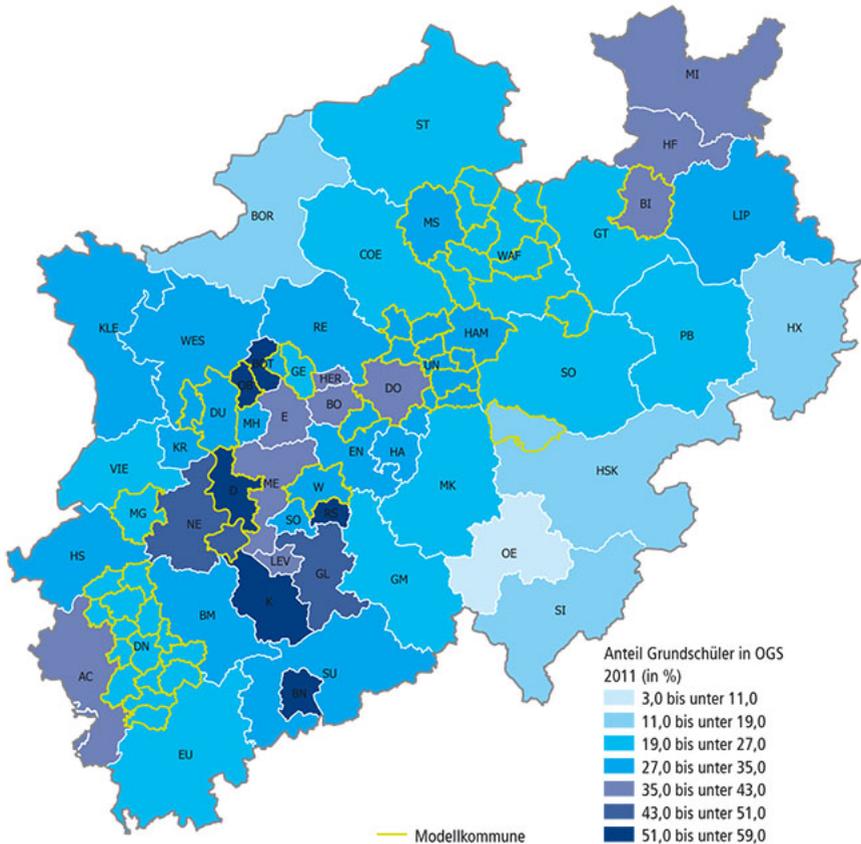
Datenbasis: BKG; IT.NRW; Darstellung und Berechnung ZEFIR.

© Bertelsmann Stiftung und ZEFIR, mit finanzieller Unterstützung des Landes NRW und des Europäischen Sozialfonds.

einer Kommune kann dazu beitragen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf dort zu fördern. Je nach Konzept des Trägers der Offenen Ganztagschule (OGS) kann auch die Wahrscheinlichkeit der Förderung benachteiligter Schüler steigen.

Der Anteil der Grundschüler im offenen Ganztagesbetrieb im Jahr 2006 (vgl. Abbildung 34) ist sehr unterschiedlich. Die Werte reichen von 3 Prozent in Olpe bis zu 29

Abbildung 35: Grundschüler im offenen Ganztag 2011, Kreise und kreisfreie Städte NRW



Datenbasis: BKG; IT.NRW; Darstellung und Berechnung ZEFIR.

© Bertelsmann Stiftung und ZEFIR, mit finanzieller Unterstützung des Landes NRW und des Europäischen Sozialfonds.

Prozent in Oberhausen. In den kreisfreien Städten liegen die Anteile etwas höher (6 bis 29 Prozent) als in den Kreisen (3 bis 22 Prozent).

In den fünf Jahren von 2006 bis 2011 sind große Verbesserungen in der Bereitstellung ganztägiger Schulangebote (offene Organisationsform) im Primarbereich erreicht worden. Wie Abbildung 35 zu entnehmen ist, sind die Anteile der Grundschü-

ler im offenen Ganztagesbetrieb zwischen 2006 und 2011 überall im Land deutlich angestiegen. In den kreisfreien Städten liegt der Anteil 2011 höher (19 bis 58 Prozent) als in den Kreisen (10 bis 44 Prozent). Bereits sechs Städte erreichen Quoten von über 50 Prozent, sodass in diesen Städten mehr als die Hälfte der Grundschüler einen Platz im offenen Ganzttag nutzen kann.

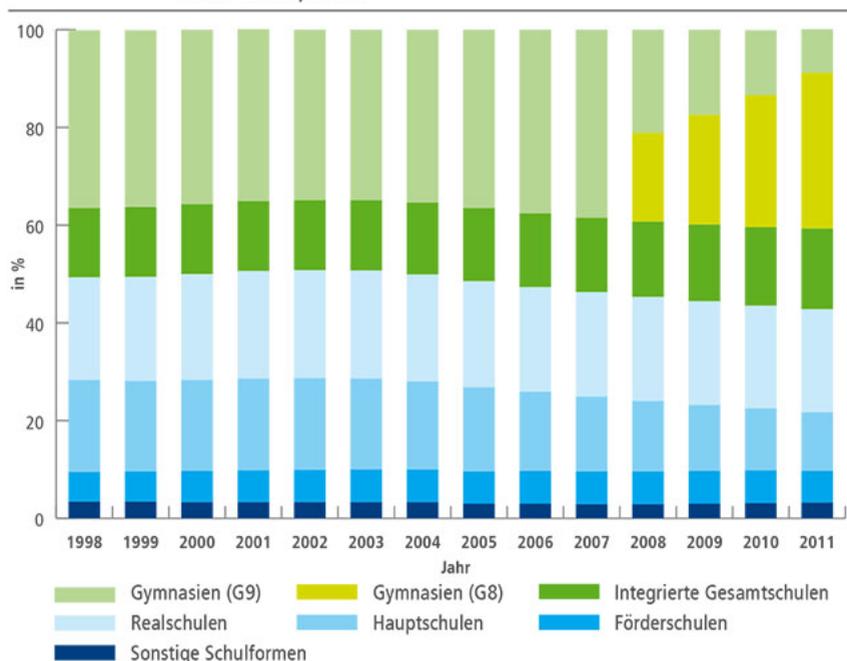
Sozialräumlich kann sich hinter den zum Teil sehr hohen gesamtstädtischen Quoten eine ungleiche Verteilung der Plätze zulasten von Grundschulen in eher armen Stadtteilen verbergen. Es gibt auch Hinweise darauf, dass die Offene Ganztagschule (OGS) eher von Familien in Anspruch genommen wird, die aufgrund der Berufstätigkeit beider Eltern einen ganztägigen Betreuungsbedarf haben (Börner et al. 2014: 9).

### 5.3 Übergang von der Grundschule zur weiterführenden Schule

Der Übergang von der Grundschule in die weiterführende Schule ist eine entscheidende Weichenstellung für den weiteren Bildungsweg der Kinder. Trotz einer grundsätzlich gegebenen Durchlässigkeit des mehrgliedrigen Schulsystems in Nordrhein-Westfalen (vgl. Regionalverband Ruhr 2012: 109 ff.) prägt der Wechsel an eine weiterführende Schule mit oder ohne Sekundarstufe II den Bildungsweg der Grundschüler stark.

Im Zeitverlauf von 1998 bis 2011 (vgl. Abbildung 36) gibt es deutliche Veränderungen in der Schullandschaft von Nordrhein-Westfalen. Betrachtet man die Schülerverteilung an weiterführenden Schulen, werden verschiedene Entwicklungen deutlich. Auffällig ist vor allem die Veränderung bei Schülern an Gymnasien. Seit 2003 ist der Anteil von 35 Prozent auf über 40 Prozent in 2011 gestiegen. Ab 2008 wird zusätzlich die Umstellung auf das Abitur nach acht Jahren (G8) dargestellt. Der Anteil der Schüler an Gesamtschulen verzeichnet über den betrachteten Zeitraum nur eine geringe Zunahme um zwei Prozentpunkte. Mit Ausnahme der Schüler an Hauptschulen bleiben die Anteile der weiteren Schulformen nahezu konstant zwischen 1998 und 2011. Der Anteil der Hauptschüler liegt zwischen 1998 und 2003 konstant bei ca. 19 Prozent und nimmt in der Folge bis 2011 deutlich ab auf 12 Prozent. Analog zur Zunahme der Schüler an Gymnasien und Gesamtschulen sinkt der Anteil der Schü-

Abbildung 36: Schüler an weiterführenden Schulen nach Schultyp  
1998–2011, NRW



Datenbasis: Destatis 2015; Berechnung und Darstellung ZEFIR.

© Bertelsmann Stiftung und ZEFIR, mit finanzieller Unterstützung des Landes NRW und des Europäischen Sozialfonds.

ler an Hauptschulen um sieben Prozentpunkte. Die Schüler an Gemeinschaftsschulen (Modellvorhaben seit 2011) sind unter „Sonstige Schulformen“ zusammengefasst.

Die beschriebenen Veränderungen der Schüleranteile ergeben sich durch veränderte Übergangsquoten zu den weiterführenden Schulen. Da der „indirekte Weg zum Abitur“ über Schulformen ohne Sekundarstufe II und anschließenden Schulwechsel in die Sekundarstufe II einer anderen Schulform nur wenigen Schülern in Nordrhein-Westfalen gelingt (vgl. Abschnitt 5.4), ist es für die Bildungschancen vieler Kinder entscheidend, ob sie nach der Grundschule auf eine Schulform mit eigener Sekundarstufe II wechseln. Der hierfür gebildete Indikator mit Schülern „auf dem direkten Weg zum Abitur“ umfasst die Übergänger zum Gymnasium, zur Gesamtschule und

zur Gemeinschaftsschule<sup>12</sup>. Je höher der Anteil der Übergänger auf diese Schulformen in einer Kommune ist, desto wahrscheinlicher ist ein hoher Anteil von Schülern, die dort einen Abschluss der Sekundarstufe II machen werden.

In Abbildung 37 ist dieser Indikator auf Ebene der Städte und Gemeinden für das Jahr 2006 dargestellt. Während die kreisfreien Städte mittlere bis hohe Übergangsquoten (47 bis 71 Prozent) erreichen, ist die Spannweite zwischen den kreisangehörigen Kommunen um einiges größer und variiert zwischen 20 und 92 Prozent. Dabei ist auffällig, dass die niedrigsten Übergangsquoten in den peripheren Kommunen Nordrhein-Westfalens zu finden sind, die hohen Quoten in den Städten der Rhein-Ruhr-Schiene und die höchsten Quoten überwiegend in den Speckgürteln der Großstädte – den typischen Suburbanisierungsgemeinden des Umlands.

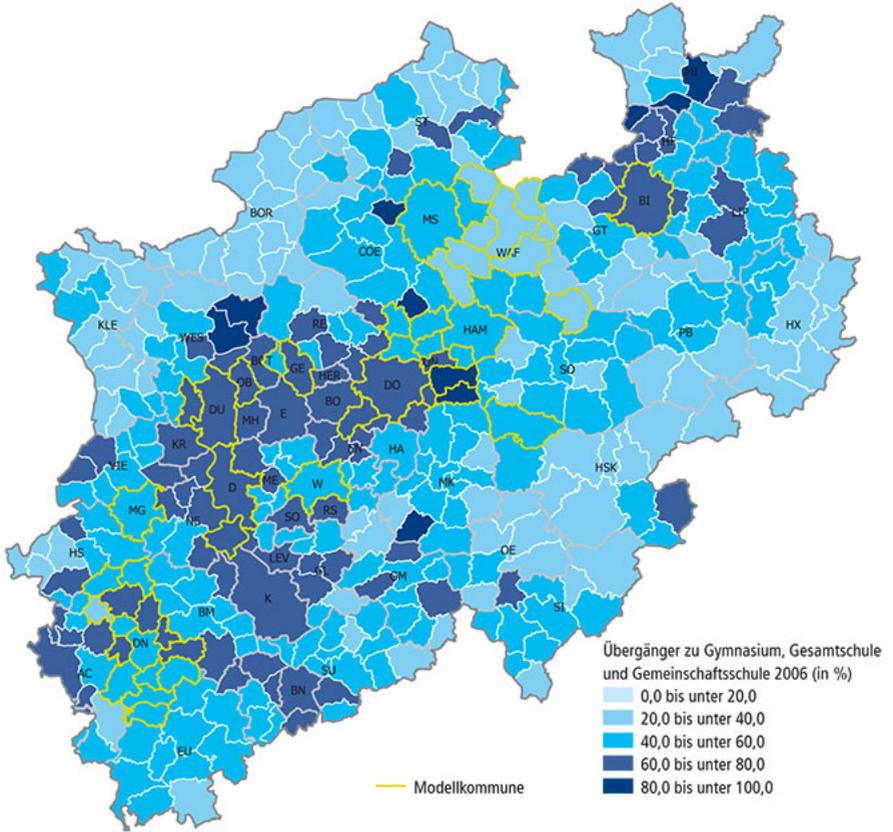
Vergleicht man die Quoten von 2006 mit denen von 2011 (vgl. Abbildung 38), ist die erwartete landesweite Zunahme von Übergängern zu Gymnasien, Gesamtschulen und Gemeinschaftsschulen (vgl. Abbildung 36) in vielen Kommunen sichtbar, wobei die Verteilungsstruktur von 2006 erhalten bleibt. Die Quoten in den kreisfreien Städten haben leicht zugenommen und erreichen weiterhin mittlere bis hohe Übergangsquoten (51 bis 79 Prozent). Bei den kreisangehörigen Kommunen hat sich die Spannweite noch vergrößert (19 bis 99 Prozent). Wie fünf Jahre zuvor, haben die peripheren Kommunen die geringsten Übergangsquoten und die meisten Kommunen mit den höchsten Quoten (80 Prozent und mehr) liegen im Umland der großen Städte.

Die empirische Bildungsforschung hat gezeigt, dass Bildungsorientierungen und -abschlüsse in gewisser Weise „vererbt“ werden. Kindern aus höheren sozialen Schichten wird fünfmal so häufig eine Empfehlung fürs Gymnasium erteilt als Kindern aus sozial benachteiligten Familien (Solga 2008). Die Eltern vererben dabei ihr eigenes Bildungsniveau tendenziell an die Generation ihrer Kinder. Diese reproduzieren in einer Vielzahl der Fälle das Bildungsniveau der Eltern. Bildungsaufstiege wie etwa des „Arbeiterkindes zum Akademiker“ sind vergleichsweise selten zu attestieren (El-Mafaalani 2014).

---

12 Die Gemeinschaftsschule stellt ein Modellvorhaben dar, welches zu Beginn des Schuljahres 2011/12 eingefügt worden ist. Diese wird bei diesem Indikator berücksichtigt, da Gemeinschaftsschulen entweder eine eigene gymnasiale Oberstufe (Sekundarstufe II) haben oder aber eine feste Kooperation mit der Sekundarstufe II einer anderen Schule besteht. Daten bezüglich der Übergänge zur Gemeinschaftsschule sind erst seit 2011 verfügbar.

Abbildung 37: Schulübergänge von der Grundschule zu Gymnasium, Gesamtschule und Gemeinschaftsschule 2006, Städte und Gemeinden NRW

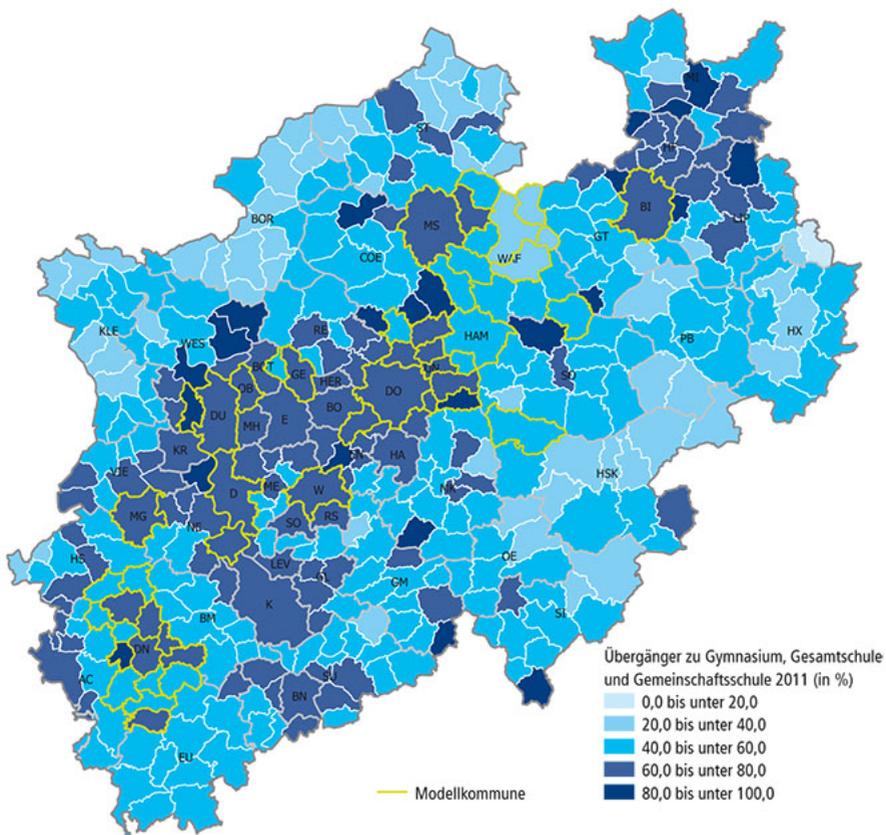


Datenbasis: BKG; IT.NRW; Darstellung und Berechnung ZEFIR.

© Bertelsmann Stiftung und ZEFIR, mit finanzieller Unterstützung des Landes NRW und des Europäischen Sozialfonds.

Dieser Effekt lässt sich auch auf der räumlichen Ebene der Kreise und kreisfreien Städte abbilden. Den Zusammenhang zwischen dem Bildungsniveau der Eltern- und Kindergeneration verdeutlicht zunächst Abbildung 39 anhand der Hochqualifizierten am Wohnort, d. h. des Anteils der ortsansässigen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit (Fach-)Hochschulabschluss, und der Schulübergänger von der

Abbildung 38: Schulübergänge von der Grundschule zu Gymnasium, Gesamtschule und Gemeinschaftsschule 2011, Städte und Gemeinden NRW

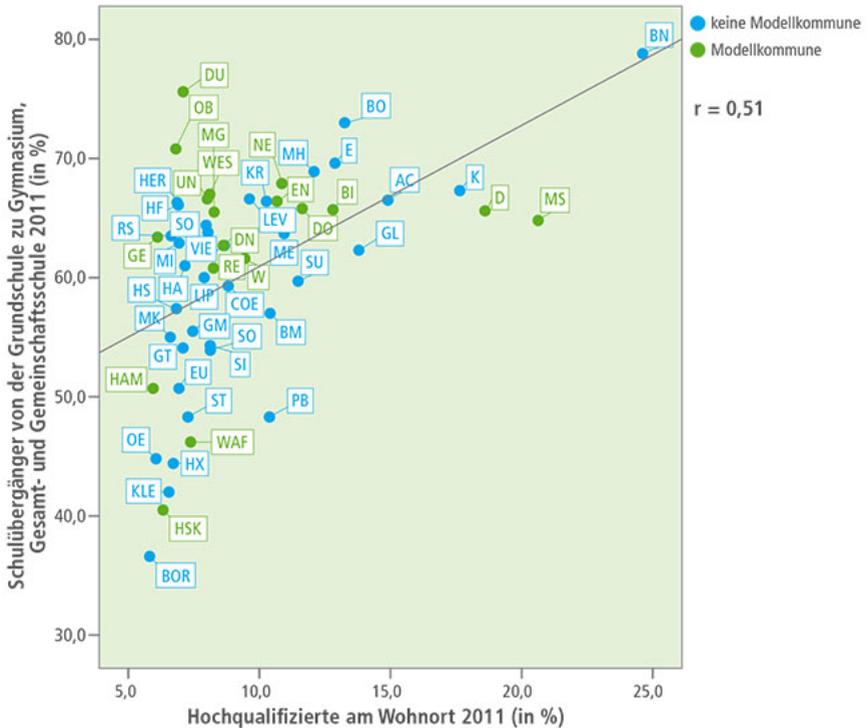


Datenbasis: BKG; IT.NRW; Darstellung und Berechnung ZEFIR.

© Bertelsmann Stiftung und ZEFIR, mit finanzieller Unterstützung des Landes NRW und des Europäischen Sozialfonds.

Grundschule zu Gymnasium, Gesamt- und Gemeinschaftsschule im Jahr 2011. Der statistische Zusammenhang von  $r=0,51$  verdeutlicht, dass sich das „Vererben“ des Bildungsniveaus auch auf der räumlichen Ebene früh abzeichnet. Kommunen mit einem hohen Bildungsniveau der Wohnbevölkerung verzeichnen tendenziell auch höhere Schulübergangsquoten zu jenen weiterführenden Schulen, die auf hochwertige

Abbildung 39: Hochqualifizierte am Wohnort und Schulübergänger von der Grundschule zu Gymnasium, Gesamt- und Gemeinschaftsschule 2011, Kreise und kreisfreie Städte NRW



Datenbasis: Bertelsmann Stiftung, Wegweiser Kommune; IT.NRW; Darstellung und Berechnung ZEFIR.

© Bertelsmann Stiftung und ZEFIR, mit finanzieller Unterstützung des Landes NRW und des Europäischen Sozialfonds.

Bildungsabschlüsse abzielen. Allerdings fällt der Zusammenhang auf der Betrachtungsebene der Aggregate, also den Kommunen, weniger deutlich aus, als auf der Individualebene zu erwarten wäre.

## 5.4 Übergang von Sekundarstufe I zu Sekundarstufe II

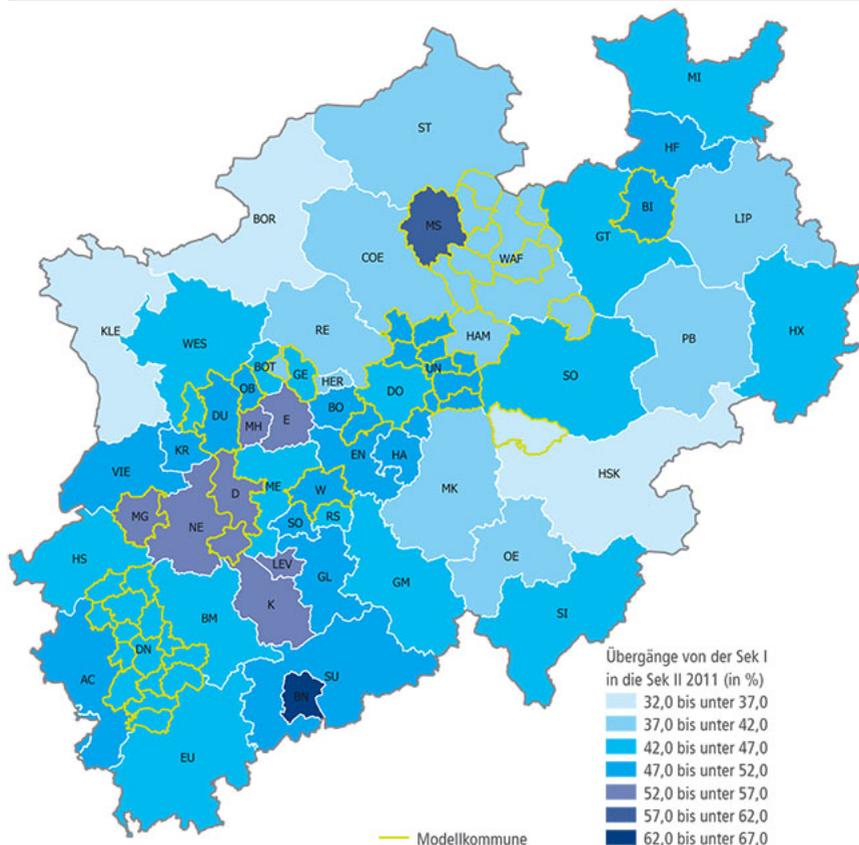
Der Übergang von der Sekundarstufe I in die Sekundarstufe II (gymnasiale Oberstufe) bereitet den „Weg zum Abitur“. Die Durchlässigkeit des mehrgliedrigen Bildungssystems soll den Schülern, die nicht den direkten Weg zum Abitur (über Gymnasien, Gesamtschulen und Gemeinschaftsschulen) nehmen, über den indirekten Weg einer Schule ohne gymnasiale Oberstufe (Hauptschule, Realschule) ebenfalls den Übergang in die Sekundarstufe II ermöglichen. Forschungen zu diesen alternativen Wegen zum Abitur in Baden-Württemberg (vgl. Köller et al. 2004) belegen, dass dieser indirekte Weg stärker von bildungsfernen Schichten genutzt wird. Durch die Entkoppelung von Schulabschlüssen und Schulformen wird diesen Schichten ermöglicht, höhere Schulabschlüsse zu erreichen.

Unter diesen Gesichtspunkten werden die Übergangsquoten in die Sekundarstufe II in Nordrhein-Westfalen und die Durchlässigkeit von Haupt- und Realschulen betrachtet. Die im Folgenden dargestellten Übergangsquoten in die Sekundarstufe II beziehen sich nur auf Übergänger in die gymnasiale Oberstufe von allgemeinbildenden Schulformen. Daten zu Übergängern in die Sekundarstufe II an beruflichen Schulen sind nicht im Rahmen des bundesweiten Bildungsmonitorings verfügbar.

Die Übergangsquoten in die gymnasiale Oberstufe (an allgemeinbildenden Schulen) im Jahr 2011 auf Kreisebene (vgl. Abbildung 40) sind unterschiedlich hoch. Sie reichen von 32 Prozent in Kleve bis zu 66 Prozent in Bonn, d. h. in Kleve wechselt nur jeder dritte Schüler am Ende der Sekundarstufe I in die gymnasiale Oberstufe. In Bonn liegt der Wert doppelt so hoch – zwei Drittel der Schüler erreichen die gymnasiale Oberstufe. Insgesamt liegen die Übergangsquoten in den kreisfreien Städten höher (40 bis 66 Prozent) als in den Kreisen (32 bis 55 Prozent).

Die Durchlässigkeit der Hauptschule in Nordrhein-Westfalen in die Sekundarstufe II an allgemeinbildenden Schulen im Jahr 2011 (vgl. Abbildung 41) ist nur in geringem Maße vorhanden. Der Anteil der Übergänger von dieser Schulform in die gymnasiale Oberstufe liegt insgesamt auf einem niedrigen Niveau (NRW insgesamt: 3,8 Prozent). Obwohl auch die Anteile in den Kreisen und kreisfreien Städten relativ gering ausfallen, lassen sich mit einer Spannweite von 0,2 bis 13,8 Prozent dennoch beträchtliche

Abbildung 40: Übergänge von der Sekundarstufe I zur Sekundarstufe II 2011, Kreise und kreisfreie Städte NRW

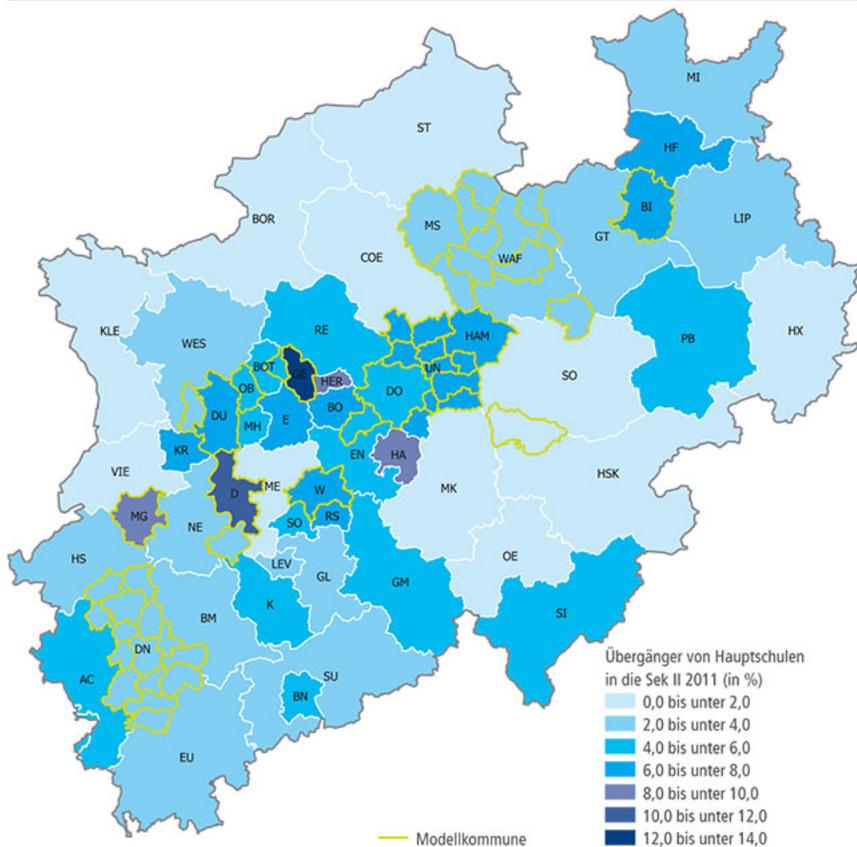


Datenbasis: BKG; IT.NRW; Darstellung und Berechnung ZEFIR.

© Bertelsmann Stiftung und ZEFIR, mit finanzieller Unterstützung des Landes NRW und des Europäischen Sozialfonds.

regionale Unterschiede ausmachen, die vor allem durch ein markantes Stadt-Land-Gefälle geprägt sind. Ein besonders hoher Anteil an Übergängern aus der Hauptschule ist den KeKiz-Modellkommunen Gelsenkirchen (13,8 Prozent) und Düsseldorf (10,4 Prozent) zu attestieren.

Abbildung 41: Übergänge von der Hauptschule in die Sekundarstufe II 2011, Kreise und kreisfreie Städte NRW



Datenbasis: BKG; IT.NRW; Darstellung und Berechnung ZEFIR.

© Bertelsmann Stiftung und ZEFIR, mit finanzieller Unterstützung des Landes NRW und des Europäischen Sozialfonds.

In vielen Kreisen Nordrhein-Westfalens ist die Durchlässigkeit der Hauptschule im Bereich der allgemeinbildenden Schulen allerdings fraglich, in elf Kreisen schaffen weniger als 2 Prozent der Schüler 2011 den Übergang in eine gymnasiale Oberstufe. Allerdings stellt sich in einigen Kreisen auch die Frage, ob es dort für Jugendliche mit Haupt- und Realschulabschluss bessere Chancen auf dem Ausbildungsmarkt gibt.

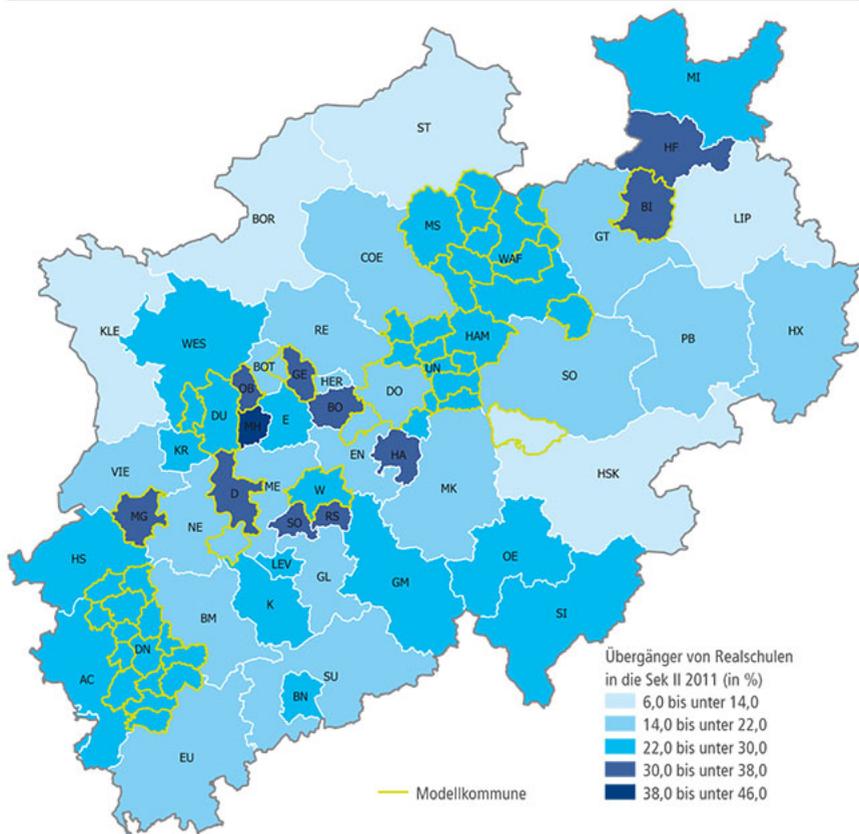
Ein ähnliches Bild bietet sich 2011 bei den Übergängern von der Realschule in die Sekundarstufe II an allgemeinbildenden Schulen (vgl. Abbildung 42). Auch hier gibt es regionale Unterschiede (7 bis 44 Prozent), jedoch auf deutlich höherem Niveau (NRW insgesamt: 22,5 Prozent). Zudem ist ein deutliches Stadt-Land-Gefälle zu erkennen: Während die kreisfreien Städte Quoten zwischen 17 und 44 Prozent verzeichnen, erreichen die Kreise Nordrhein-Westfalens entsprechende Werte in Höhe von geringeren 7 bis 31 Prozent. Neun kreisfreie Städte erzielen eine Übergangsquote von mehr als 33 Prozent, d. h. jeder dritte Realschüler schafft hier den Übergang in die gymnasiale Oberstufe. Allerdings gibt es auch neun Kreise mit einer unter 17 Prozent angesiedelten Quote, hier schafft folglich nicht einmal jeder sechste Realschüler den Übergang in die Sekundarstufe II.

Vergleicht man die Übergangsquoten im Jahr 2011 von Hauptschulen und Realschulen in die Sekundarstufe II an allgemeinbildenden Schulen mit denen im Jahr 2006, so ist in beiden Fällen eine Steigerung der Quoten vorhanden. Landesweit stieg die Übergangsquote der Hauptschule von 3,5 auf 3,8 Prozent und die der Realschule von 18,9 auf 22,5 Prozent, eine trotz der insgesamt niedrigen Quoten positive Entwicklung.

Die Übergangsquoten insgesamt und von der Haupt- bzw. Realschule in die Sekundarstufe II beziehen sich, wie bereits oben erwähnt, nur auf die allgemeinbildenden Schulformen. Trotzdem lassen sich beachtliche Unterschiede bei den Übergängern innerhalb der allgemeinbildenden Schulformen erkennen.

Es liegen keine Daten dazu vor, wie hoch die Übergangsquoten zu berufsbildenden Schulformen sind, jedoch ist anzunehmen, dass in den ländlichen Kreisen mit geringen Übergangsquoten (Insgesamt/Hauptschule/Realschule) zu allgemeinbildenden Schulformen die entsprechenden Quoten zu berufsbildenden Schulformen überdurchschnittlich hoch sind. Solange jedoch die Quoten in die Sekundarstufe II der berufsbildenden Schulformen nicht verfügbar sind, sind die Übergangsquoten in die gymnasiale Oberstufe nicht hinreichend aussagekräftig.

Abbildung 42: Übergänge von der Realschule in die Sekundarstufe II 2011, Kreise und kreisfreie Städte NRW



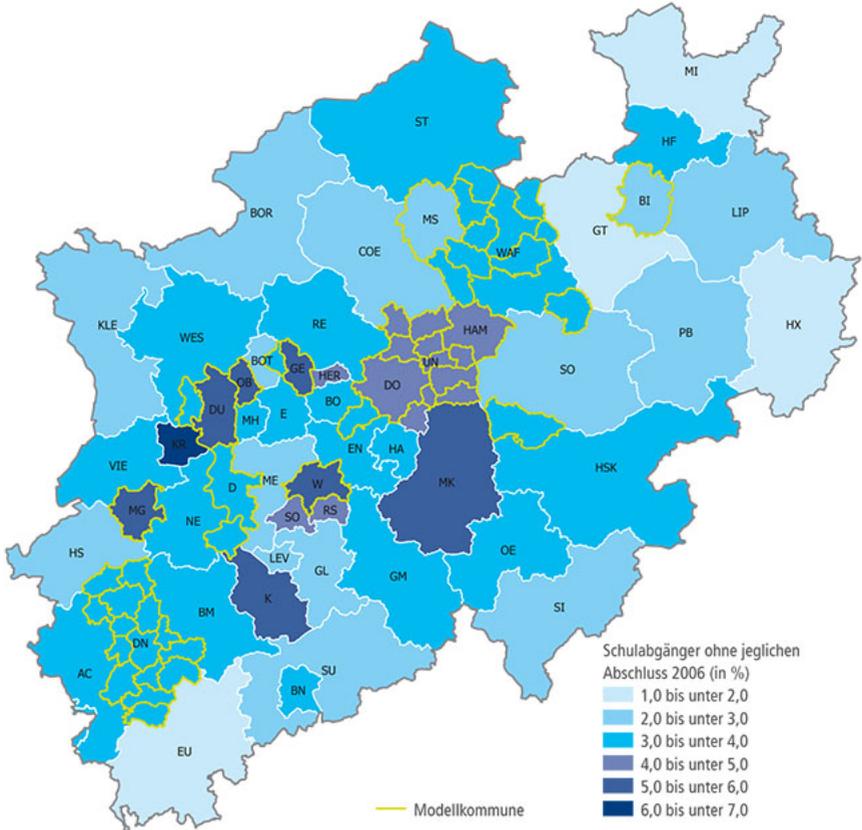
Datenbasis: BKG; IT.NRW; Darstellung und Berechnung ZEFIR.

© Bertelsmann Stiftung und ZEFIR, mit finanzieller Unterstützung des Landes NRW und des Europäischen Sozialfonds.

## 5.5 Schulabschluss, Ausbildung und Beruf

Ein guter Schulabschluss eröffnet zweifelsohne gute Perspektiven bezüglich eines erfolgreichen Übergangs von der Schule in die weiterführenden Ausbildung oder die Integration in den ersten Arbeitsmarkt. Richtet man zunächst den Fokus auf die

Abbildung 43: Schulabgänger ohne jeglichen Schulabschluss 2006, Kreise und kreisfreie Städte NRW

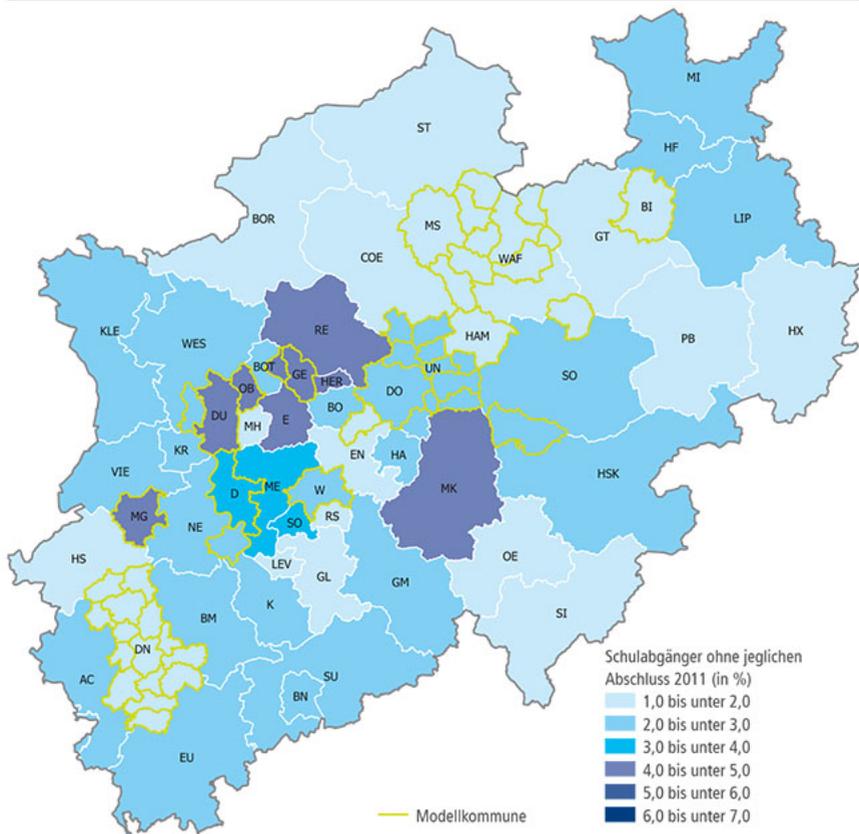


Datenbasis: BKG; IT.NRW; Darstellung und Berechnung ZEFIR.

© Bertelsmann Stiftung und ZEFIR, mit finanzieller Unterstützung des Landes NRW und des Europäischen Sozialfonds.

Gruppe jener Abgänger, die die Schule ohne jeglichen Abschluss verlassen, so zeigt sich in Nordrhein-Westfalen auf der Ebene der Kreise und kreisfreien Städte ein markantes Stadt-Land-Gefälle, das im Jahr 2006 von einem Anteilswert von 1,4 Prozent bis 6 Prozent reicht (vgl. Abbildung 43).

Abbildung 44: Schulabgänger ohne jeglichen Schulabschluss 2011, Kreise und kreisfreie Städte NRW



Datenbasis: BKG; IT.NRW; Darstellung und Berechnung ZEFIR.

© Bertelsmann Stiftung und ZEFIR, mit finanzieller Unterstützung des Landes NRW und des Europäischen Sozialfonds.

Viele Städte und Gemeinden initiieren oder verstetigen Angebote und Maßnahmen, um diese Quoten zu senken. Im Vergleich zu 2006 sind fünf Jahre später (vgl. Abbildung 44) in nahezu allen Gebieten die Anteile leicht rückläufig. 2011 variiert der Anteil der Schulabgänger ohne jeglichen Schulabschluss nur noch zwischen 1 und



nen mit ähnlich hohen SGB-II-Quoten deutliche Unterschiede hinsichtlich der Anteile von Schulabgängern ohne Abschluss auszumachen sind, so zum Beispiel zwischen den KeKiz-Modellkommunen Hamm und Oberhausen. Während in Hamm der Anteil der Schulabgänger ohne jeglichen Schulabschluss 2011 mit 1,5 Prozent vergleichsweise gering ausfällt, beträgt der entsprechende Anteilswert in Oberhausen 4,6 Prozent. Es stellt sich daher wieder die Frage nach dem Einfluss kommunaler Bildungspolitik, zumal der Anteil in Hamm im Vergleich zu 2006 um 2,8 Prozentpunkte, in Oberhausen hingegen lediglich um 0,5 Prozentpunkte zurückgegangen ist.

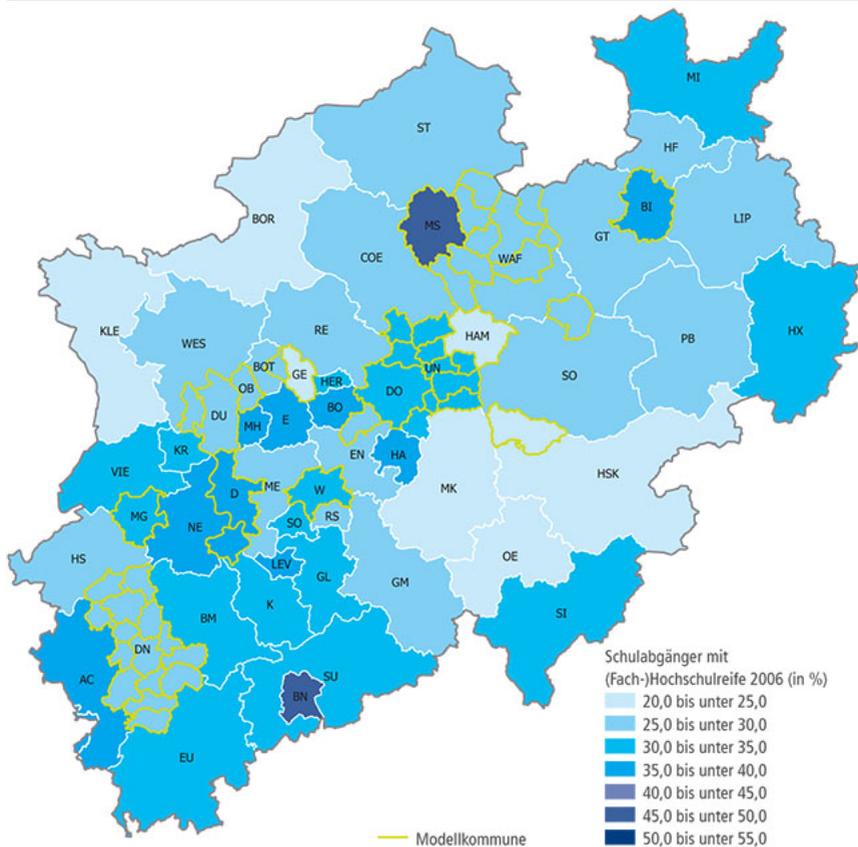
Im Gegensatz zu den Schulabgängern ohne jeglichen Abschluss haben die Abgänger mit (Fach-)Hochschulreife die besten Chancen hinsichtlich des Übergangs in Ausbildung und Erwerbsleben. Die Abgängerquoten im Jahr 2006 (vgl. Abbildung 46) reichen in NRW von 21 Prozent bis 49 Prozent. In den Kreisen fällt das Niveau der Abgängerquoten mit (Fach-)Hochschulreife mit Anteilen bis maximal 36 Prozent niedriger aus. Die KeKiz-Modellkommune Münster und die Stadt Bonn erreichen die höchsten Werte mit 45 und mehr Prozent, d. h. fast jeder zweite Abgänger verlässt die Schule mit der (Fach-)Hochschulreife. Allerdings gibt es auch fünf Kreise und zwei kreisfreie Städte mit Anteilen von unter 25 Prozent, d. h. weniger als jeder vierte Abgänger verlässt in diesen Kommunen die Schule mit der (Fach-)Hochschulreife.

Fünf Jahre später hat sich der Anteil dieser Abgänger in allen Landesteilen erhöht (vgl. Abbildung 47). Die niedrigsten Quoten von unter 30 Prozent sind in den Kreisen Borken und Kleve sowie im Hochsauerlandkreis festzustellen. Die höchsten Quoten verzeichnen auch 2011 die Städte Münster mit 53,3 Prozent und Bonn mit 50,9 Prozent.

Insgesamt ist den Kommunen Nordrhein-Westfalens in Hinblick auf die Abgängerquoten eine grundlegend positive Entwicklung zu konstatieren. Im Land Nordrhein-Westfalen ist ein deutlicher Anstieg der Abgänger mit (Fach-)Hochschulabschluss (von insgesamt 30,6 Prozent im Jahr 2006 auf 38,1 Prozent im Jahr 2011) bei einem gleichzeitigen Rückgang der Abgänger ohne jeglichen Schulabschluss (von insgesamt 3,5 auf 2,5 Prozent) zu verzeichnen.

In diesem Zusammenhang bietet es sich an, wie beim Übergang in die Sekundarstufe I die Schulabgangsquote im Zusammenhang mit dem Anteil an Hochqualifizierten am

Abbildung 46: Schulabgänger mit (Fach-)Hochschulreife 2006, Kreise und kreisfreie Städte NRW

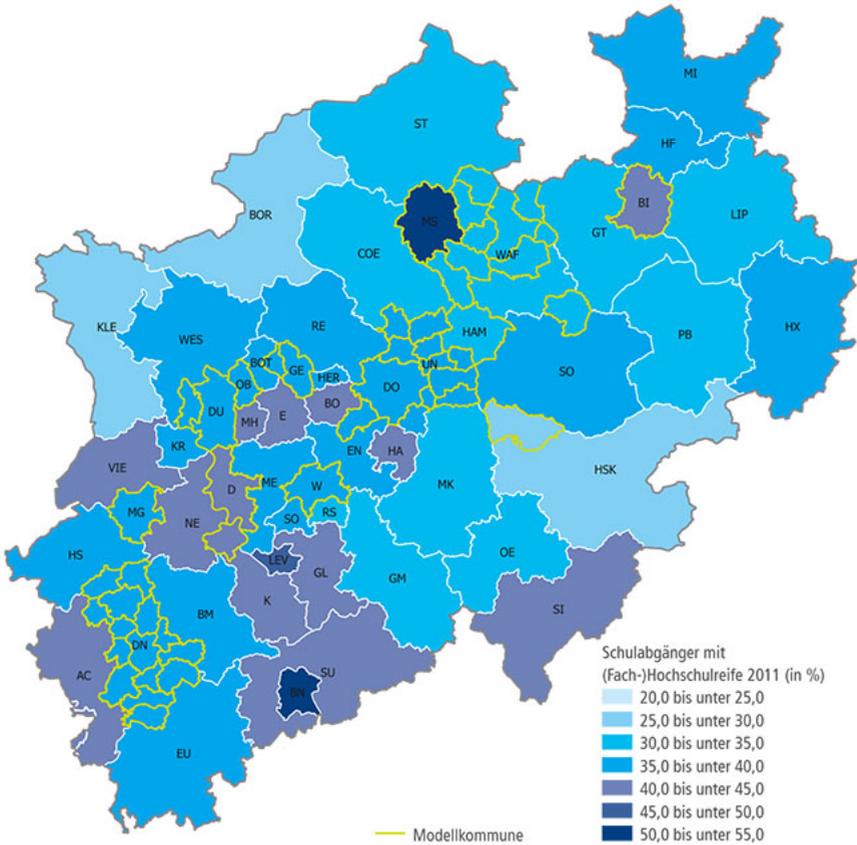


Datenbasis: BKG; IT.NRW; Darstellung und Berechnung ZEFIR.

© Bertelsmann Stiftung und ZEFIR, mit finanzieller Unterstützung des Landes NRW und des Europäischen Sozialfonds.

Wohnort zu betrachten (vgl. Abbildung 48). Dahinter steht die Hypothese, dass in Kommunen mit einem hohen Anteil an Hochqualifizierten am Wohnort eine höhere Wahrscheinlichkeit für Bildungsbeteiligung und Bildungserfolg von Kindern und Jugendlichen vorliegt. Der Zusammenhang der beiden Variablen ist stark ( $r = 0,75$ ), aber auch geprägt durch die beiden Ausreißer Münster und Bonn rechts oben und durch weitere Universitätsstädte mit überdurchschnittlichen Anteilen an Schulabgängern

Abbildung 47: Schulabgänger mit (Fach-)Hochschulreife 2011, Kreise und kreisfreie Städte NRW

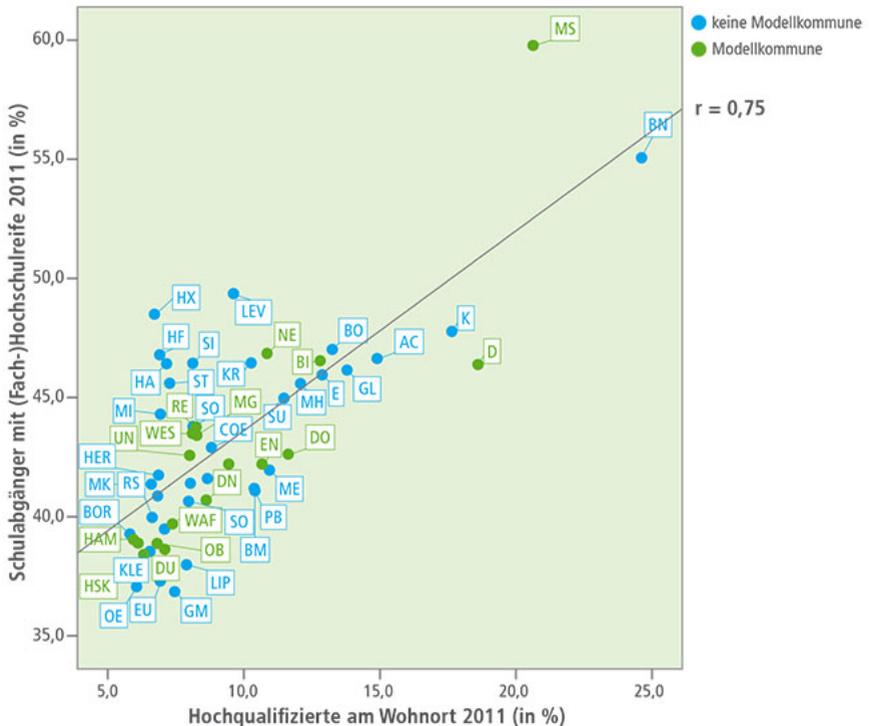


Datenbasis: BKG; IT.NRW; Darstellung und Berechnung ZEFIR.

© Bertelsmann Stiftung und ZEFIR, mit finanzieller Unterstützung des Landes NRW und des Europäischen Sozialfonds.

mit (Fach-)Hochschulreife und Hochqualifizierten am Wohnort. Das Niveau der Bildungsabschlüsse in der Bevölkerung gehört – ebenso wie das Ausmaß an Armut – zu den soziodemographischen Rahmenbedingungen (vgl. Kapitel 4), die im Rahmen von Projekten wie „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“ (KeKiz) allerdings kaum zu beeinflussen sind.

Abbildung 48: Hochqualifizierte am Wohnort und Schulabgänger mit (Fach-) Hochschulreife 2011, Kreise und kreisfreie Städte NRW

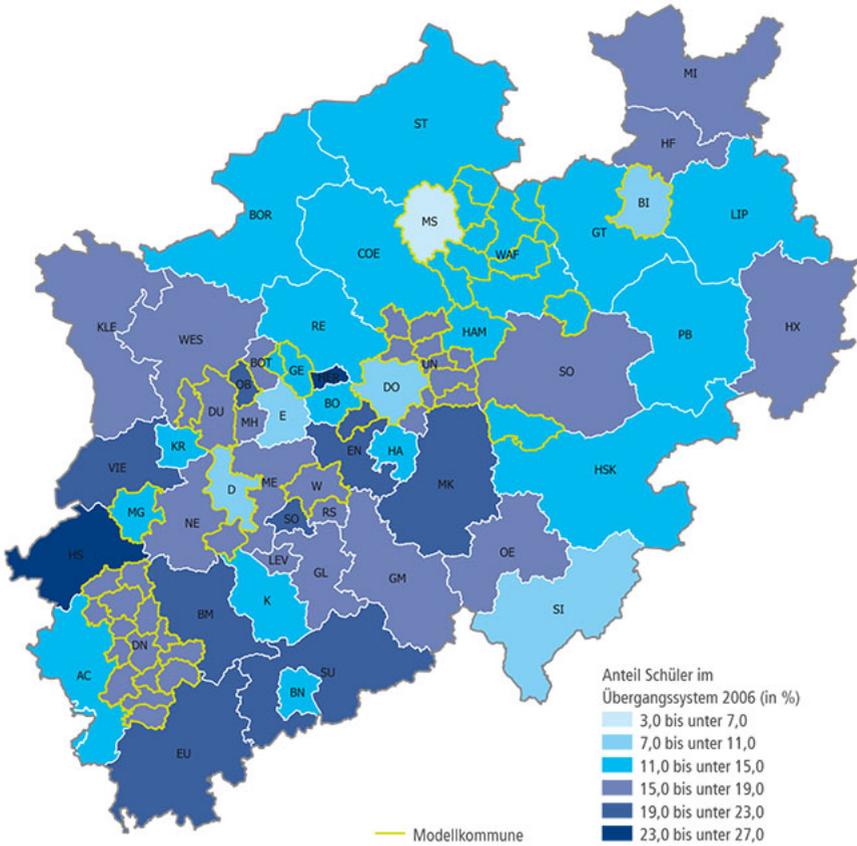


Datenbasis: Bertelsmann Stiftung, Wegweiser Kommune; IT.NRW; Darstellung und Berechnung ZEFIR.

© Bertelsmann Stiftung und ZEFIR, mit finanzieller Unterstützung des Landes NRW und des Europäischen Sozialfonds.

Für viele Schulabgänger, die Probleme beim Übergang von der Schule in den Beruf oder die Ausbildung haben, ist das Übergangssystem meist die letzte Möglichkeit, einen Schulabschluss zu erreichen oder ihre Schulpflicht zu erfüllen. Unter dem Begriff „Übergangssystem“ sind die Bildungsgänge an berufsbildenden Schulen zusammengefasst, die keinen Ausbildungsvertrag als Voraussetzung haben. Hierunter fallen das „Berufsorientierungsjahr“, „Berufsgrundschuljahr“ und Klassen für Schüler ohne Ausbildungsvertrag (KSOB).

Abbildung 49: Schüler im Übergangssystem 2006, Kreise und kreisfreie Städte NRW

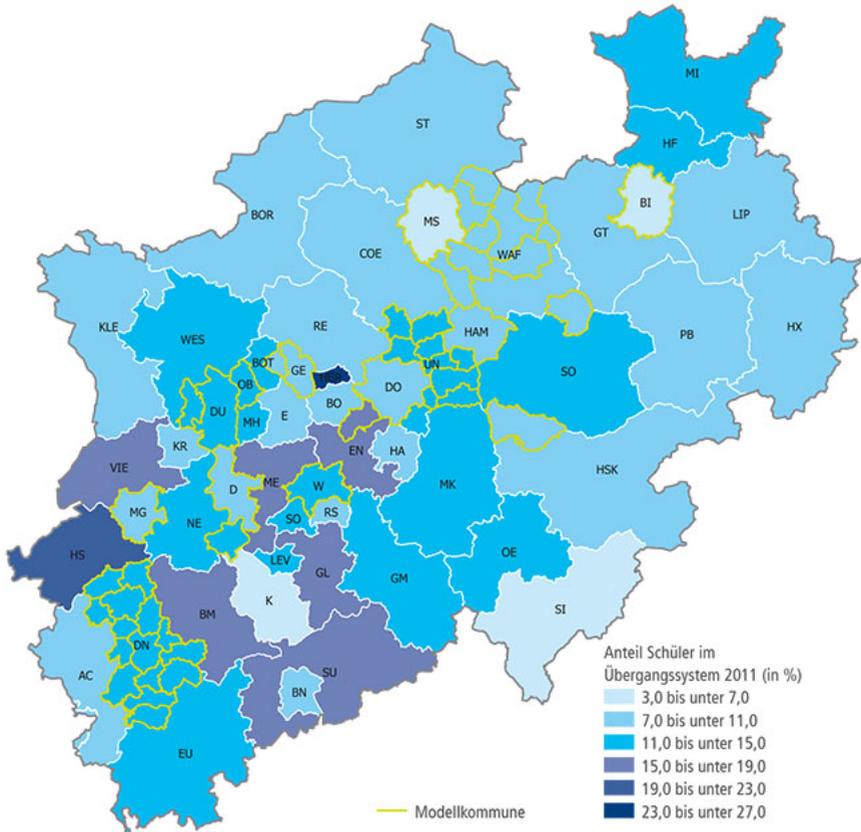


Datenbasis: BKG; IT.NRW; Darstellung und Berechnung ZEFIR.

© Bertelsmann Stiftung und ZEFIR, mit finanzieller Unterstützung des Landes NRW und des Europäischen Sozialfonds.

In Abbildung 49 ist der Anteil der Schüler im Berufsbildungssystem dargestellt, die sich im Übergangssystem befinden. Die Werte variieren zwischen 4 und 27 Prozent, wobei die Anteilswerte in den kreisfreien Städten etwas niedriger ausfallen als in den Kreisen. Die vier niedrigsten Anteile (unterhalb von 10 Prozent) finden sich allesamt in kreisfreien Städten.

Abbildung 50: Schüler im Übergangssystem 2011, Kreise und kreisfreie Städte NRW



Datenbasis: BKG; IT.NRW; Darstellung und Berechnung ZEFIR.

© Bertelsmann Stiftung und ZEFIR, mit finanzieller Unterstützung des Landes NRW und des Europäischen Sozialfonds.

Fünf Jahre später ist ein deutlicher Rückgang zu erkennen. Bis 2011 sind überall im Land die Anteile der Schüler im Übergangssystem zurückgegangen (vgl. Abbildungen 49 und 50). 20 Kreise und kreisfreie Städte liegen bei einem Anteil von unter 10 Prozent, d. h. weniger als jeder zehnte Schüler des Berufsbildungssystems befindet sich im Übergangssystem. Neben der KeKiz-Modellkommune Münster (3,4 Prozent),

der Stadt Köln (6,7 Prozent) und dem Kreis Siegen-Wittgenstein (6,0 Prozent) weist auch die KeKiz-Modellkommune Bielefeld 2011 mit 5,3 Prozent einen vergleichsweise niedrigen Anteil an Schülern im Übergangssystem auf. Die Stadt hat 2007 ein intensives kommunales Übergangsmangement eingeführt und ist seit 2012 Referenzkommune für die Einführung des neuen Übergangssystems Schule und Beruf NRW („Kein Abschluss ohne Anschluss“) (Stadt Bielefeld 2014).

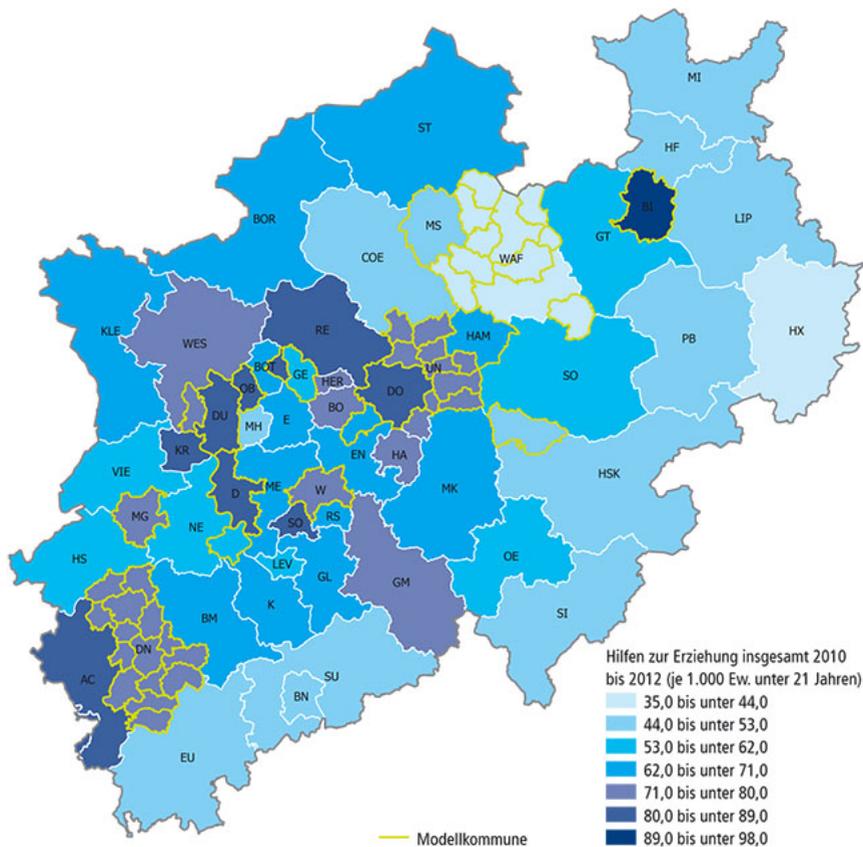
In Abbildung 51 werden die Inanspruchnahmen<sup>14</sup> von Hilfen zur Erziehung (einschließlich der Hilfen für junge Volljährige) dargestellt. Die Hilfen insgesamt wurden über die Jahre 2010 bis 2012 gemittelt und auf 1.000 Einwohner der unter 21-Jährigen bezogen. Der Mittelwert der Kreise und kreisfreien Städte in Nordrhein-Westfalen liegt bei 64,5 je 1.000 Einwohner und die Spannweite zwischen 35,6 und 97,9 je 1.000 Einwohner (der relevanten Altersgruppe). Wie in der Abbildung 51 zu erkennen ist, haben die Kreise Höxter und Warendorf (mit 35,6 und 42,6 je 1.000 Einwohner) die geringsten Werte in Nordrhein-Westfalen. Die höchsten Werte erreichen die KeKiz-Modellkommunen Bielefeld (97,9 je 1.000 Einwohner), gefolgt von Oberhausen mit 87,8 je 1.000 Einwohner unter 21 Jahren. Insgesamt liegt die Inanspruchnahme in den kreisfreien Städten höher als in den Kreisen.

Die Jugendarbeitslosigkeit ist ein guter Indikator, wenn es um die Abbildung zurückgelassener Kinder gehen soll. Allerdings greift dieser Indikator zu kurz, um die sozialen Problemlagen vollständig zu erfassen. Grundsätzlich besteht ein starker Zusammenhang zwischen Arbeitslosenquote und Armut. Wie bereits in Abschnitt 4.2 dargestellt, sind Kommunen, die hohe Arbeitslosenquoten verzeichnen, generell auch mit überdurchschnittlich hohen SGB-II-Quoten konfrontiert. Die SGB-II-Quoten fallen aber in sämtlichen Kommunen nochmals höher aus, da beispielsweise auch den SGB-II-Bedarfsgemeinschaften angehörige nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte, ganz vorwiegend Kinder und Jugendliche, erfasst werden. Im Vergleich zum Merkmal der Arbeitslosigkeit ist die SGB-II-Quote daher besser geeignet, um die Summe von umfassender gesellschaftlicher Teilhabe ausgegrenzter Personen zu erfassen.

---

14 Die Inanspruchnahmen der Hilfen zur Erziehung geben nur die Anzahl der gewährten Hilfen wider, nicht die Anzahl der Personen, die Hilfen zur Erziehung in Anspruch genommen haben.

Abbildung 51: Inanspruchnahmen von Hilfen zur Erziehung (einschl. der Hilfen für junge Volljährige) 2010–2012, Kreise und kreisfreie Städte NRW



Datenbasis: BKG; IT.NRW; Darstellung und Berechnung ZEFIR.

© Bertelsmann Stiftung und ZEFIR, mit finanzieller Unterstützung des Landes NRW und des Europäischen Sozialfonds.

In Abbildung 52 wird der mit  $r=0,85$  starke Zusammenhang der Jugendarbeitslosenquote der 15- bis unter 25-Jährigen (bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen) 2011 und der Quote dieser Altersgruppe, die Arbeitslosengeld II nach SGB II bezieht, dargestellt. Es zeigt sich, dass die Jugendarbeitslosigkeit mit durchschnittlich 6,2 Prozent deutlich unterhalb der mittleren ALG-II-Quote der unter 25-Jährigen in Höhe von 10,1 Prozent angesiedelt ist. Besonders augenfällig ist hier die Diskrepanz beider Werte in Mülheim an der Ruhr: Obwohl die Arbeitslosenquote der 15- bis unter 25-Jährigen mit 2,9 Prozent deutlich unterdurchschnittlich ausgeprägt ist, beträgt die ALG-II-Quote dieser Altersgruppe hier mit 14,2 Prozent einen Wert, der erheblich über dem Mittelwert der Kreise und kreisfreien Städte NRWs angesiedelt ist.

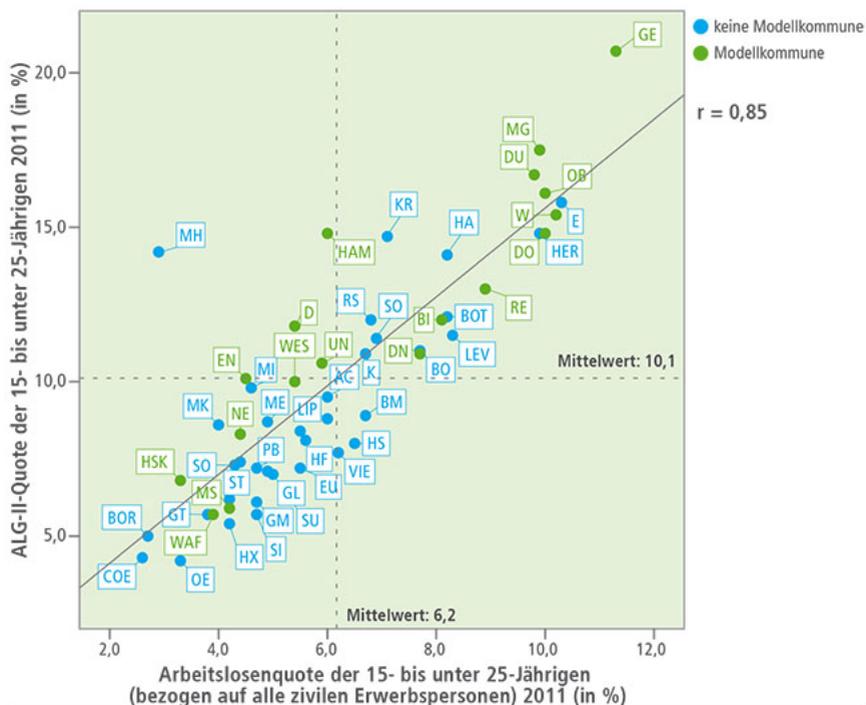
Auch hier zeigt sich ein Spielraum für kommunale Projekte. Die Sozialagentur, d. h. das Jobcenter der Optionskommune<sup>15</sup> Mülheim an der Ruhr, bemüht sich im Rahmen eines Projektes intensiv um den Übergang aus dem SGB-II-Leistungsbezug in Ausbildung und Beruf der unter 25-Jährigen. Diese Zielgruppe bezieht zwar Arbeitslosengeld II, gilt aber nicht als arbeitslos, da sie beispielsweise berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen absolviert.<sup>16</sup> Ob dadurch eine langfristige Integration in den Arbeitsmarkt gelingt, ist allerdings nicht allein vom Erfolg einzelner Maßnahmen oder eines Maßnahmenbündels abhängig, sondern wird in erheblichem Maße zudem durch die Aufnahmefähigkeit des regionalen Arbeitsmarktes beeinflusst.

---

15 Die Grundsicherung für Arbeitsuchende wird in geteilter Trägerschaft erbracht. Im Regelfall sind die Bundesagentur für Arbeit und die jeweilige Kommune (Kreis oder kreisfreie Stadt) als gemeinsame Einrichtung (gE) Leistungsträger der SGB-II-Leistungen. Die gE wird als Jobcenter bezeichnet. Eine zweite Form des Jobcenters bilden die sogenannten „Optionskommunen“. Diesen wurde im Rahmen des sogenannten „Optionsmodells“ als zugelassener kommunaler Träger (zkT) die alleinige Zuständigkeit für die Aufgaben im Rahmen des SGB II übertragen.

16 Vgl. im Internet unter: <https://www.muelheim-ruhr.de/cms/u25.html> (Download 22.9.2015).

Abbildung 52: Arbeitslosenquote der 15- bis unter 25-Jährigen und ALG-II-Quote der 15- bis unter 25-Jährigen 2011, Kreise und kreisfreie Städte NRW\*



Datenbasis: BKG; Statistik der BA, Datenstand April 2015; IT.NRW; Berechnung und Darstellung ZEFIR.

© Bertelsmann Stiftung und ZEFIR, mit finanzieller Unterstützung des Landes NRW und des Europäischen Sozialfonds.

## 6 Fazit – Chancen und Risiken für ein gelingendes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen

Mithilfe des im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitforschung entwickelten Sozial- und Bildungsmonitorings konnte in diesem Werkstattbericht das Wirkungsfeld von Prävention in den Kommunen des Landes Nordrhein-Westfalen beschrieben werden.

Durch die Zusammenführung von Daten aus verschiedenen Bereichen der amtlichen Statistik haben wir auf Ebene der Gemeinden und der Kreise und kreisfreien Städte (räumliche Komponente) einen Satz von Indikatoren entwickelt. Dieser beschreibt zum einen die demographischen, sozialen und fiskalischen Rahmenbedingungen und liefert zum anderen als biographische Komponente entlang der Bildungsverläufe von Kindern und Jugendlichen mit Fokus auf die Übergänge Informationen darüber, wie die Weichen von Bildungsbiographien gestellt werden. Ziel war es, mit Bezug auf den Zeitraum 2006 bis 2011 die Ausgangssituation vor Beginn des Modellprojektes regional vergleichend darzustellen und damit einen zeitlichen Referenzpunkt für eine Fortsetzung des KeKiz-Monitorings über den Projektzeitraum hinaus zu liefern.

Die Vorgehensweise ist transparent. Die Liste der Indikatoren mit Datenquelle, Berechnung und Interpretationsansatz befindet sich im Anhang. Die Datenquellen sind weitgehend frei zugänglich, sodass dieses Monitoring auch ohne Begleitforschung mit etwas Aufwand repliziert werden kann.

Im Folgenden werden die Ergebnisse kurz zusammengefasst.

### 6.1 Rahmenbedingungen: Regionale Disparitäten, ungleiche Chancen für Kinder und Jugendliche

Im Rahmen des KeKiz-Monitorings wurden demographische, soziale und fiskalische Rahmenbedingungen dargestellt. Bei allen Indikatoren lassen sich regionale Disparitäten beschreiben. Vor allem die Ballungsräume unterscheiden sich sehr stark von den Kreisen in den Randlagen, auch wenn die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und die Armutsprägung der Großstädte durchaus unterschiedlich ausfallen.

Wenige Kommunen Nordrhein-Westfalens verzeichneten im Beobachtungszeitraum noch eine positive Bevölkerungsentwicklung. Effekte einer zunehmenden Zuwanderung können hier aber noch nicht sichtbar werden. Außerdem erfolgt diese, abgesehen von der Zuweisung von Flüchtlingen, die nach Proporz erfolgt, auch selektiv in Richtung der Ballungsräume, sodass auch davon Regionen in Randlage in geringerem Ausmaß betroffen sind. Selbst wenn Kommunen aufgrund von Zuwanderung wieder wachsen sollten, wird das regional betrachtet nicht überall der Fall sein.

Auch jetzt schon hat gut ein Drittel der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren in Nordrhein-Westfalen einen Migrationshintergrund, viele von ihnen wachsen in Armut auf.

Armut und SGB-II-Leistungsbezug sind in Nordrhein-Westfalen durch beträchtliche regionale Disparitäten gekennzeichnet. Benachteiligte soziale Lagen konzentrieren sich vor allem in den Kernstädten im Ruhrgebiet. In den ländlichen und suburbanen Kreisen lassen sich hingegen zum Teil erheblich geringere SGB-II-Quoten ausmachen. Kinder sind aber auch in den wohlhabenderen Regionen überdurchschnittlich häufiger auf „Hartz IV“-Leistungen angewiesen als Erwachsene und damit in besonderem Ausmaß von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht.

Die allgemein als günstig bewertete Arbeitsmarktentwicklung schlägt sich zwischen 2006 und 2011 nur marginal in der Dynamik der SGB-II-Quote nieder: Im Durchschnitt der Kreise und kreisfreien Städte Nordrhein-Westfalens sinkt diese im Zeitvergleich nur geringfügig. Auch das Wachstum der Haushaltseinkommen kommt eher bei den höheren Einkommensgruppen an, die Einkommensungleichheit in Nordrhein-Westfalen hat in den vergangenen Jahren eher zugenommen.

Auch auf Ebene der kommunalen Haushalte verfestigen sich vor allem bei den Sozialausgaben die regionalen Unterschiede. Viele Städte an Rhein und Ruhr haben je Einwohner höhere soziale Ausgaben, aber auch höhere Zuweisungen durch das Land, als die Kreise in Nordrhein-Westfalen.

Schwierig für eine Kommune ist vor allem die Kombination aus öffentlicher Armut gemessen an den fiskalischen Eckdaten, einer stark von Armut betroffenen Bevölke-

rung verbunden mit einer Abkoppelung vom grundsätzlich positiven Trend auf dem Arbeitsmarkt. Wenn sie dann auch noch eine starke sozialräumliche Polarisierung aufweist, so wachsen sehr wahrscheinlich auch die Risiken für ein gelingendes Aufwachsen in bestimmten Sozialräumen. Solche Kommunen sind zunehmend auf Hilfe von außen angewiesen, um die Risiken für ein gelingendes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen zu begrenzen.

Präventive Politik vor Ort kann diese Rahmenbedingungen aber nur wenig bis gar nicht verändern, da sie stark von der Struktur und Entwicklung der regionalen Wirtschaft und des Arbeitsmarktes geprägt werden. Daher muss Präventionspolitik auch auf Landesebene mit einem Politikansatz zur Bekämpfung von Armut (auch der Erwachsenen) verbunden werden.

## 6.2 Bildungsübergänge: Die soziale Lage erklärt viel, aber nicht alles

Im Rahmen des KeKiz-Monitorings wurden Indikatoren für fünf Übergänge ausgewertet, vom Eintritt in die Kita bis zum Übergang in den Beruf. Für alle Übergänge wurde der Zusammenhang mit der sozialen Lage geprüft und dargestellt. Die soziale Lage erklärt statistisch viel, aber nicht alles, da immer noch reichlich Varianz übrig bleibt, die von anderen Faktoren beeinflusst werden kann, unter anderem dem, was Kommunen an bestimmten Übergängen zum Teil schon seit vielen Jahren im Rahmen von Projekten tun.

Darüber hinaus gibt es auch Interpretationsspielraum und Qualitätsprobleme bei den vorhandenen Datenquellen, beispielsweise der Schuleingangsuntersuchung (SEU). Die SEU ist eine wichtige Datenquelle, da sie die ganze Kohorte der zukünftigen Schulkinder mit einem vergleichbaren Untersuchungsprogramm erfasst. Gleichzeitig zeigen sich aber erhebliche Unterschiede im Ausmaß der Diagnostik, die nicht nur mit den Problemlagen zu erklären sind, sondern auch den Verdacht wecken, dass die Standards der Datenerhebung nicht überall gleich sind. Trotzdem sollten die Daten (wenngleich mit Vorsicht in der Interpretation) auch in Zukunft genutzt werden, zudem sollte gleichzeitig an der Datenqualität gearbeitet werden.

In den vergangenen Jahren konnten im Untersuchungsfeld durchaus positive Entwicklungen beobachtet werden: Das Betreuungsniveau der 3-Jährigen in den Kitas ist gestiegen, die Teilnahmequote an der U8-Untersuchung ist auch in Großstädten hoch, die Übergangsquoten in Schulen mit einer Oberstufe am Sekundarstufe-I-Übergang sind gestiegen und der Anteil der Schulabgänger ohne jeglichen Abschluss ist gesunken, um nur einige Beispiele zu nennen.

Aber auch diese an sich positiven Entwicklungen sind immer noch relativ ungleich räumlich verteilt und hängen mehr oder weniger stark mit der sozialen Lage einer Stadt zusammen. Hier zeigen sich die Grenzen eines Monitorings auf dieser räumlichen Ebene. So kann die soziale Lage nicht allein die Betreuungsquote der 3-Jährigen „erklären“. Hier kann sich zum einen eine präventive Politik der Kommune zur Förderung eines möglichst frühen Eintritts in die Kita abbilden, aber es können sich auch andere Familienmodelle (klassisches Ernährermodell) oder die institutionelle Struktur, zum Beispiel die Trägerstruktur, das Platzangebot oder die räumliche Abdeckung im Kita-Bereich, in einer Kommune auswirken. Bei solchen Fragestellungen können nur vertiefende kommunale Studien Zusammenhänge genauer abbilden.

Das KeKiz-Monitoring sollte in den nächsten Jahren fortgesetzt werden. Dazu muss auch immer wieder der Indikatorensatz überprüft und ggf. ergänzt werden. Gerade durch die Verbindung der verschiedenen Datenquellen und die Fokussierung auf Bildungsverläufe kann das Monitoring Transparenz über regionale soziale Ungleichheit schaffen, wichtige Impulse für eine öffentliche Diskussion über Risiken und Chancen für ein gelingendes Aufwachsen liefern und die Diskussion von Wirkungen des KeKiz-Modellprojektes auf der individuellen Ebene anregen.

## Die Autoren

**Dr. David H. Gehne** ist Forschungskoordinator am am Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung an der Ruhr-Universität Bochum. Er war Modulverantwortlicher für das „Monitoring“ im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitforschung des Modellvorhabens „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“.

**Dr. Marc Neu** war wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung an der Ruhr-Universität Bochum. Er arbeitete im Modul „Monitoring“ im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitforschung des Modellvorhabens „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“.

**Roland Scheebaum** war wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung an der Ruhr-Universität Bochum. Er arbeitete im Modul „Monitoring“ im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitforschung des Modellvorhabens „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“.

**Prof. Dr. Klaus Peter Strohmeier** war Seniorprofessor am Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung an der Ruhr-Universität Bochum. Er leitete das Forschungsteam zur wissenschaftlichen Begleitforschung des Modellvorhabens „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“.

## Literatur

- Bartelheimer, Peter (2004). „Teilhabe, Gefährdung und Ausgrenzung als Leitbegriffe der Sozialberichterstattung“. **SOFI-Mitteilungen** 32. 47–61.
- Baethge, Martin, und Peter Bartelheimer (2005). „Deutschland im Umbruch“. **Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland. Arbeit und Lebensweisen. Erster Bericht**. Hrsg. Soziologisches Forschungsinstitut (SOFI), Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Institut für sozial-wissenschaftliche Forschung (ISF) und Internationales Institut für empirische Sozialökonomie (INIFES). Wiesbaden. 11–36.
- Bertelsmann Stiftung, Institut für Schulentwicklungsforschung (IFS) TU Dortmund und Institut für Erziehungswissenschaft Jena (Hrsg.) (2014). **Chancenspiegel 2014. Regionale Disparitäten in der Chancengerechtigkeit und Leistungsfähigkeit der deutschen Schulsysteme**. Gütersloh.
- Bertelsmann Stiftung, und Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung (ZEFIR) (Hrsg.) (2014). **Kleinräumiges Monitoring für kommunale Prävention am Beispiel des kanadischen Projektes HELP (Human Early Learning Partnership)**. Arbeitspapiere wissenschaftliche Begleitforschung „Kein Kind zurücklassen!“. Dokumentation. Gütersloh.
- Börner, Nicole, Andrea Conraths, Ute Gerken, Ramona Steinhauer, Janina Stötzel und Agathe Tabel (2014). **Bildungsbericht Ganztagschule NRW 2014**. Dortmund.
- Brenke, Karl (2015). „Flüchtlinge sind sehr ungleich auf die EU-Länder verteilt – auch bezogen auf die Wirtschaftskraft und Einwohnerzahl“. **DIW Wochenbericht** 39. 867–881.
- Bruckmeier, Kerstin, Tobias Graf und Helmut Rudolph (2007). „Erwerbstätige Leistungsbezieher im SGB II: Aufstocker – bedürftig trotz Arbeit“. **IAB Kurzbericht** 22.
- Bude, Heinz, und Andreas Willisch (Hrsg.) (2006). **Das Problem der Exklusion. Ausgegrenzte, Entbehrliche, Überflüssige**. Hamburg.
- Castel, Robert (2008). **Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit**. 2. Auflage. Konstanz.

- Castel, Robert, und Klaus Dörre (Hrsg.) (2009). **Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts.** Frankfurt a. M. und New York.
- Cicholas, Ulrich, und Kerstin Ströker (2015). „Vorausberechnung der Bevölkerung in den kreisfreien Städten und Kreisen Nordrhein-Westfalens 2014 bis 2040/2060“. **Statistische Analysen und Studien.** Hrsg. Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen. Band 84. Düsseldorf. 3–38.
- El-Mafaalani, Aladin (2014). **Vom Arbeiterkind zum Akademiker. Über die Mühen des Aufstiegs durch Bildung.** Hrsg. Christine Henry-Huthmacher. Sankt-Augustin und Berlin.
- Esser, Hartmut (1988). „Sozialökologische Stadtforschung und Mehr-Ebenen-Analyse“. **Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie** Sonderheft 29. 35–55.
- Friedrichs, Jürgen (1990). **Methoden empirischer Sozialforschung.** 14. Auflage. Opladen.
- Friedrichs, Jürgen (1995). **Stadtsoziologie.** Opladen.
- Fromm, Sabine, und Peter Bartelheimer (2012). „Erwerbsteilhabe“. **Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland. Teilhabe im Umbruch. Zweiter Bericht.** Hrsg. Forschungsverbund Sozioökonomische Berichterstattung. Wiesbaden. 327–358.
- Goebel, Jan, Markus M. Grabka und Carsten Schröder (2015). „Einkommensungleichheit in Deutschland bleibt weiterhin hoch – junge Alleinlebende und Berufseinsteiger sind zunehmend von Armut bedroht“. **DIW Wochenbericht** 25. 571–585.
- Groos, Thomas, und Nora Jehles (2015). **Der Einfluss von Armut auf die Entwicklung von Kindern – Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchung.** Schriftenreihe Arbeitspapiere wissenschaftliche Begleitforschung „Kein Kind zurücklassen!“. Band 3. Gütersloh.
- Groos, Thomas, Carolin Trappmann und Nora Jehles (2017). **Keine Kita für alle.** Arbeitspapiere wissenschaftliche Begleitforschung „Kein Kind zurücklassen!“. Werkstattbericht. Heft 12. Gütersloh (im Erscheinen).
- Hirschenauer, Franziska (2013). „Neue Typisierung der Agenturbezirke: Integrationserfolge hängen von regionalen Gegebenheiten ab“. **IAB-Kurzbericht** 5.

- Hollederer, Alfons (2011). **Arbeitslosigkeit, Gesundheit und Präventionspotenziale. Ergebnisse des Mikrozensus 2005.** Wiesbaden.
- Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und Bauwesen des Landes Nordrhein-Westfalen (ILS NRW) und Zentrum für interdisziplinäre Ruhrgebietsforschung (ZEFIR) (Hrsg.) (2004). **Städte- und Regionalmonitoring. Gutachten für die Enquetekommission „Zukunft der Städte in NRW“ des Landtags Nordrhein-Westfalen.** Dortmund und Bochum.
- Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW) (Hrsg.) (2012). „NRW: Niedrigste Geburtenzahl seit Bestehen des Landes NRW“. Pressemitteilung vom 16.8.2012. [https://www.it.nrw.de/presse/pressemitteilungen/2012/pres\\_187\\_12.html](https://www.it.nrw.de/presse/pressemitteilungen/2012/pres_187_12.html) (Download 22.9.2015).
- Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW) (Hrsg.) (2014). **Bildungsreport Nordrhein-Westfalen 2014. Statistische Analysen und Studien.** Band 82. Düsseldorf.
- Kaufmann, Franz-Xaver (2005). **Schrumpfende Gesellschaft. Vom Bevölkerungsrückgang und seinen Folgen.** Frankfurt a. M.
- Kalina, Thorsten, und Claudia Weinkopf (2013). „Niedriglohnbeschäftigung 2011: Weiterhin arbeitet fast ein Viertel der Beschäftigten in Deutschland für einen Niedriglohn“. **IAQ-Report.** Aktuelle Forschungsergebnisse aus dem Institut Arbeit und Qualifikation 1. <http://www.iaq.uni-due.de/iaq-report/2013/report2013-01.pdf> (Download 22.9.2015).
- Keller, Berndt, und Hartmut Seifert (unter Mitarbeit von Susanne Schulz und Barbara Zimmer) (2011). **Atypische Beschäftigung und soziale Risiken. Entwicklung, Strukturen, Regulierung.** Hrsg. Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik. Bonn.
- Köller, Olaf, Rainer Watermann, Ulrich Trautwein und Oliver Lüdtke (Hrsg.) (2004). **Wege zur Hochschulreife in Baden-Württemberg. TOSCA – Eine Untersuchung an allgemein bildenden und beruflichen Gymnasien.** Opladen.
- Kronauer, Martin (2010). **Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus.** 2., aktualisierte und erweiterte Auflage. Frankfurt a. M. und New York.
- Kronauer, Martin, und Walter Siebel (Hrsg.) (2013). **Polarisierte Städte. Soziale Ungleichheit als Herausforderung für die Stadtpolitik.** Frankfurt a. M. und New York.

- Lampert, Thomas (2011). „Armut und Gesundheit“. **Die Gesellschaft und ihre Gesundheit. 20 Jahre Public Health in Deutschland: Bilanz und Ausblick einer Wissenschaft.** Hrsg. Thomas Schott und Claudia Hornberg. Wiesbaden. 575–597.
- Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang, und Eva Barlösius (2001). „Die Armut der Gesellschaft“. **Die Armut der Gesellschaft.** Hrsg. Eva Barlösius und Wolfgang Ludwig-Mayerhofer. Opladen. 11–67.
- Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (MAIS NRW) (Hrsg.) (2011). **2010 Europäisches Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung.** Dokumentation der Veranstaltungen und Projekte in Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf.
- Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (MAIS NRW) (Hrsg.) (2012). **Sozialbericht NRW 2012. Armuts- und Reichtumsbericht.** Düsseldorf.
- Mayer-Ahuja, Nicole (2003): **Wieder dienen lernen? Vom westdeutschen „Normal-arbeitsverhältnis“ zu prekärer Beschäftigung seit 1973.** Berlin.
- Micosatt, Gerhard, und Elmas Yilmaz (2015). **Kommunale Prävention – fiskalisch fokussiert. Eine Abgrenzung im Verbund staatlicher Aufgaben für ein gelingendes Aufwachsen.** Materialien zur Prävention, Werkstattbericht. Band 1. Gütersloh.
- Mückenberger, Ulrich (1985). „Die Krise des Normalarbeitsverhältnisses – Hat das Arbeitsrecht noch Zukunft?“. **Zeitschrift für Sozialreform** (31) 7–8. 415–434, 457–475.
- Neu, Marc (2012). „Regionale Disparitäten“. **Berichterstattung zur sozio-ökonomischen Entwicklung in Deutschland. Teilhabe im Umbruch.** Hrsg. Forschungsverbund Sozioökonomische Berichterstattung. Zweiter Bericht. Wiesbaden. 185–200.
- Neu, Marc, Klaus Peter Strohmeier und Volker Kersting (2011). „Sozialberichterstattung als Grundlage für eine kommunale Politik gegen Segregation“. **Die Zukunft der „Sozialen Stadt“. Strategien gegen soziale Spaltung und Armut in den Kommunen.** Hrsg. Walter Hanesch. Wiesbaden. 219–237.

- Noll, Heinz-Herbert (1997). „Sozialberichterstattung. Zielsetzungen, Funktionen und Formen“. **Sozialberichterstattung in Deutschland. Konzepte, Methoden und Ergebnisse für Lebensbereiche und Bevölkerungsgruppen**. Hrsg. Heinz-Herbert Noll. Weinheim und München. 7–16.
- Regionalverband Ruhr (Hrsg.) (2012). **Bildungsbericht Ruhr. Regionalverband Ruhr**. Münster, New York, München und Berlin.
- Rüb, Felix, und Daniel Werner (2008). „„Den Arbeitsmarkt‘ gibt es nicht – Arbeitsmarktregionen des SGB II im Vergleich“. **Jahrbuch für Regionalwissenschaft** (28) 2. 93–108.
- Rudolph, Helmut (2014). „„Aufstocker‘: Folge der Arbeitsmarktreformen?“. **WSI-Mittelungen** 3. 207–226.
- Schader-Stiftung, Deutscher Städtetag, Bundesverband Deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V. (GdW), Deutsches Institut für Urbanistik und Institut für Wohnungswesen Immobilienwirtschaft (Hrsg.) (2005). **Zuwanderer in der Stadt. Empfehlungen zur stadträumlichen Integrationspolitik**. Darmstadt.
- Solga, Heike (2008). „Wie das deutsche Schulsystem Bildungsungleichheiten verursacht“. **WZBrief Bildung** 1. Berlin. [http://bibliothek.wzb.eu/wzbrieftbildung/WZbriefBildung200801\\_solga.pdf](http://bibliothek.wzb.eu/wzbrieftbildung/WZbriefBildung200801_solga.pdf) (Download 22.9.2015).
- Stadt Bielefeld (Hrsg.) (2014). **Kommunaler Lernreport 2014**. Bielefeld. <https://www.bielefeld.de/ftp/dokumente/Lernreport2012.pdf> (Download 22.9.2015).
- Strohmeier, Klaus Peter (unter Mitarbeit von Jennifer Neubauer und Gisela Prey) (2002). **Bevölkerungsentwicklung und Sozialraumstruktur im Ruhrgebiet. Im Auftrag und herausgegeben von der Projekt Ruhr**. Essen.
- Strohmeier, Klaus Peter (unter Mitarbeit von Safet Alic) (2006). **Segregation in den Städten**. Hrsg. Friedrich-Ebert-Stiftung. Gesprächskreis Migration und Integration. Bonn.
- Strohmeier, Klaus Peter (2008). „Unterstadt – für wen ist Segregation gefährlich?“. **Soziologie sozialer Probleme und sozialer Kontrolle. Realitäten, Repräsentationen und Politik**. Hrsg. Axel Groenemeyer und Silvia Wieseler. Wiesbaden. 488–501.

- Strohmeier, Klaus Peter, David H. Gehne, Thomas Groos und Nora Jehles (2014). **Die fachliche Begleitforschung. Konzept und erste Ergebnisse.** Arbeitspapiere wissenschaftliche Begleitforschung „Kein Kind zurücklassen!“. Werkstatt-bericht. Gütersloh.
- Strohmeier, Klaus Peter, und Marc Neu (2011). „Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Städte und Gemeinden“. **Handbuch Soziale Dienste.** Hrsg. Adalbert Evers, Rolf G. Heinze und Thomas Olk. Wiesbaden. 145–167.
- Strohmeier, Klaus Peter, und Annett Schultz (unter Mitarbeit von Henrika Strohmeier) (2005). Familienforschung für die Familienpolitik. **Wandel der Familie und sozialer Wandel als politische Herausforderungen.** Im Auftrag und herausgegeben vom Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf.
- Terpoorten, Tobias (2014). **Räumliche Konfiguration der Bildungschancen. Segregation und Bildungsdisparitäten am Übergang in die weiterführenden Schulen im Agglomerationsraum Ruhrgebiet.** ZEFIR-Materialien, Band 3. Bochum.
- Zapf, Wolfgang (1977). „Einleitung in das SPES-Indikatorensystem“. **Lebensbedingungen in der Bundesrepublik Deutschland. Sozialer Wandel und Wohlfahrtentwicklung.** Hrsg. Wolfgang Zapf. Frankfurt a. M. und New York. 11–27.

## Anhang

### Berechnungsweise der verwendeten Indikatoren

Indikator-bezeichnung	Berechnungsweise	Einheit	Datenquelle
Bevölkerungsentwicklung der vergangenen sieben Jahre	(Bevölkerung im aktuellen Jahr – Bevölkerung vor sieben Jahren)/Bevölkerung vor sieben Jahren • 100	in Prozent	Bertelsmann Stiftung, Wegweiser Kommune (Datenbasis: IT.NRW)
Familienwanderungssaldo	(Zuzüge der unter 18-Jährigen sowie 30- bis unter 50-Jährigen – Fortzüge der unter 18-Jährigen sowie 30- bis unter 50-Jährigen)/Bevölkerung unter 18 Jahren sowie 30 bis unter 50 Jahre • 1.000 (Bezugsjahre: Wanderungsgewinn bzw. -verlust gemittelt über vier Jahre/Bevölkerung aktuell)	je 1.000 der Bevölkerung	Bertelsmann Stiftung, Wegweiser Kommune (Datenbasis: IT.NRW)
Bildungswanderungssaldo	(Zuzüge der 18- bis unter 25-Jährigen – Fortzüge der 18- bis unter 25-Jährigen/Bevölkerung 18 bis unter 25 Jahre • 1.000 (Bezugsjahre: Wanderungsgewinn bzw. -verlust gemittelt über vier Jahre/Bevölkerung aktuell)	je 1.000 der Bevölkerung	Bertelsmann Stiftung, Wegweiser Kommune (Datenbasis: IT.NRW)
Bevölkerung unter 18 Jahren	Bevölkerung unter 18 Jahren/ Gesamtbevölkerung • 100	in Prozent	Bertelsmann Stiftung, Wegweiser Kommune (Datenbasis: IT.NRW)
Prognose Bevölkerung unter 18 Jahren 2030	Prognose Bevölkerung unter 18 Jahren 2030/ Prognose Gesamtbevölkerung 2030 • 100	in Prozent	IT.NRW
Bevölkerung unter 18 Jahren mit Migrationshintergrund	Bevölkerung unter 18 Jahren mit Migrationshintergrund/ Bevölkerung unter 18 Jahren • 100	in Prozent	IT.NRW, Mikrozensus 2011
Arbeitslosenquote (bezogen auf die abhängigen zivilen Erwerbspersonen)	Registrierte Arbeitslose/ (Arbeitslose + abhängige zivile Erwerbstätige (sozialversicherungspflichtig Beschäftigte einschl. Auszubildende, geringfügig Beschäftigte, Personen in Arbeitsgelegenheiten (Mehraufwandvariante) und Beamte (ohne Soldaten und Grenzpendler)) • 100	in Prozent	Bundesagentur für Arbeit
SGB-II-Quote	Leistungsbezieher nach SGB II/ Bevölkerung unter 65 Jahren • 100	in Prozent	Bundesagentur für Arbeit, IT.NRW
SGB-II-Quote (nach Altersjahren)	Leistungsbeziehende nach SGB II im Alter von X Jahren/ Bevölkerung im Alter von X Jahren • 100	in Prozent	Bundesagentur für Arbeit, IT.NRW

Indikatorbezeichnung	Berechnungsweise	Einheit	Datenquelle
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner	in Euro	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder (VGRdL)
Sozialgeldquote (nach Altersgruppen)	Sozialgeldbeziehende nach SGB II unter X Jahren/Bevölkerung unter X Jahren • 100	in Prozent	Bundesagentur für Arbeit, IT.NRW
Kommunale Steuereinnahmen pro Einwohner	Mittelwert letzte 4 Jahre der Steuereinnahmen/ Einwohner (Steuereinnahmen = Mittelwert letzte 4 Jahre von Grundsteuer A + Grundsteuer B + Gewerbesteuer + Gemeindeanteil an Einkommensteuer + Gemeindeanteil an Umsatzsteuer)	in Euro	Bertelsmann Stiftung, Wegweiser Kommune (Datenbasis: IT.NRW)
Allgemeine Deckungsmittel je Einwohner	Steuern (netto) + allgemeine Zuweisungen (Gr.-Nr. 000 + 001 + 003 + 010 + 012 + 041 + 051 + 060 + 061 + 091 – 81 – 831)/ Einwohner (Stichtag Einwohner: 30.6.)	in Euro	Bertelsmann Stiftung, Wegweiser Kommune (Datenbasis: IT.NRW)
Soziale Leistungen (netto) je Einwohner	Sozialhilfe + Jugendhilfe + Grundsicherung bei Erwerbslosigkeit + Grundsicherung im Alter + Grundsicherung bei Erwerbsminderung + Asylbewerberh. + sonst. Sozialleistungen – Zuweisungen ALG-II-Erstattungen (Gr.-Nr. 691 + 692 + 693 + 73 bis 79 – 786 – 787 – 092 – 093 – 191 – 24 – 25)/ Einwohner (Stichtag Einwohner: 30.6.)	in Euro	Bertelsmann Stiftung, Wegweiser Kommune (Datenbasis: IT.NRW)
Betreute 3-Jährige in Tageseinrichtungen	Betreute 3-Jährige in Tageseinrichtungen (Stichtag: 1.3.)/Bevölkerung 3 Jahre (Stichtag: 31.12. des Vorjahres) • 100	in Prozent	Bertelsmann Stiftung, Wegweiser Kommune (Datenbasis: IT.NRW)
Betreute Kinder mit Migrationshintergrund in Kindertageseinrichtungen	Kinder mit Migrationshintergrund in Tageseinrichtungen (Stichtag: 1.3.)/Kinder in Tageseinrichtungen insgesamt (Stichtag: 1.3.) • 100	in Prozent	Bertelsmann Stiftung, Wegweiser Kommune (Datenbasis: IT.NRW)
Inanspruchnahme der U8-Untersuchung	Kinder mit Teilnahme an der U8-Untersuchung/ Kinder mit vorgelegtem Vorsorgeheft bei der Schuleingangsuntersuchung • 100	in Prozent	Landeszentrum Gesundheit Nordrhein-Westfalen (LZG.NRW)
Kinder mit auffälligem Befund in der SEU	Kinder mit auffälligem Befund im Bereich X/ untersuchte Kinder im Bereich X der Schuleingangsuntersuchung • 100 (X = Körperkoordination, Visuomotorik, Sprachkompetenz, Adipositas)	in Prozent	Landeszentrum Gesundheit Nordrhein-Westfalen (LZG.NRW)

Indikator-bezeichnung	Berechnungsweise	Einheit	Datenquelle
Grundschüler im offenen Ganzttag	Grundschüler im offenen Ganzttag/ Grundschüler insgesamt • 100 (Schüler an Primus-, Freien Waldorf- und Förderschulen wurden nicht berücksichtigt)	in Prozent	IT.NRW
Schüler an weiterführenden Schulen nach Schulform	Schüler an der jeweiligen Schulform/ Schüler insgesamt • 100	in Prozent	IT.NRW
Schulübergänger von der Grundschule zu Gymnasium, Gesamt- und Gemeinschaftsschule	Schulübergänger von der Grundschule zu Gymnasium, Gesamt- und Gemeinschaftsschule/ Schulübergänger in die Sekundarstufe I insgesamt • 100	in Prozent	IT.NRW
Schulübergänger von der Sekundarstufe I zur Sekundarstufe II (insgesamt)	Schulübergänger in die Sekundarstufe II insgesamt/Schüler in der Abschlussklasse der Sekundarstufe I insgesamt (im Vorjahr) • 100	in Prozent	IT.NRW
Schulübergänger von der Sekundarstufe I zur Sekundarstufe II (nach abgebender Schulform)	Schulübergänger in die Sekundarstufe II nach abgebender Schulform/Schüler in der Abschlussklasse der Sekundarstufe I der jeweiligen Schulform (im Vorjahr) • 100	in Prozent	IT.NRW
Schulabgänger (nach Schulabschlussart)	Schulabgänger mit dem jeweiligen Schulabschluss (ohne jeglichen Schulabschluss, (Fach-)Hochschulreife)/ Schulentlassungen insgesamt • 100	in Prozent	IT.NRW
Hochqualifizierte am Wohnort	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit (Fach-)Hochschulreife am Wohnort/ Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort insgesamt • 100	in Prozent	Bertelsmann Stiftung, Wegweiser Kommune (Datenbasis: Bundesagentur für Arbeit)
Schüler im Übergangssystem	Schüler im Übergangssystem/Schüler im Berufsbildungssystem insgesamt • 100	in Prozent	IT.NRW
Inanspruchnahmen von Hilfen zur Erziehung (einschl. der Hilfen für junge Volljährige) 2010 bis 2012	Anzahl Hilfen zur Erziehung (einschl. der Hilfen für junge Volljährige) insgesamt (gemittelt über die Jahre 2010–2012)/Bevölkerung unter 21 Jahren • 1.000	je 1.000 der Bevölkerung unter 21 Jahren	IT.NRW

Indikator-bezeichnung	Berechnungsweise	Einheit	Datenquelle
Arbeitslosenquote der 15- bis unter 25-Jährigen (bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen)	Arbeitslose 15 bis unter 25 Jahre/ (Arbeitslose 15 bis unter 25 Jahre + alle zivilen Erwerbstätigen (abhängige zivile Erwerbstätige sowie Selbstständige und mithelfende Familienangehörige)) • 100	in Prozent	Bundesagentur für Arbeit
ALG-II-Quote der unter 25-Jährigen	Arbeitslosengeld-II-Leistungsbeziehende nach SGB II unter 25 Jahren/ Bevölkerung unter 25 Jahren • 100	in Prozent	Bundesagentur für Arbeit, IT.NRW



## In Typen denken



Im Modul „Elterninterviews“ der wissenschaftlichen Begleitforschung des Modellvorhabens „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“ (KeKiz) steht der Prozess der Inanspruchnahme präventiver Angebote aus der Sicht der Familien im Vordergrund. Der vorliegende Werkstattbericht stellt Typologien vor, die neue Erkenntnisse über die Zielgruppe und deren spezifisches Inanspruchnahmeverhalten liefern. Der kommunalen Praxis kann damit ein Werkzeug an die Hand gegeben werden, welches unterstützend auf die passgenaue Planung und Gestaltung präventiver Angebote wirkt.

## Kommunale Präventionspolitik



Ist kommunale Präventionspolitik mittlerweile etabliert in der Verwaltungspraxis oder handelt es sich eher um „soziale Rhetorik“ politischer Entscheidungsträger, ohne dass relevante Ressourcen in dieses Thema gesteckt werden? Der vorliegende Bericht geht dieser Frage nach und diskutiert die kommunale Präventionspolitik als neues Handlungsfeld der Kommunalpolitik. Die Ergebnisse einer standardisierten Befragung unter den Modellkommunen zeigen, dass die Prävention in weiten Teilen der Kommunalverwaltung angekommen ist, aber noch stärker Wurzeln schlagen muss.

Bildungs- und Gesundheitschancen von Kindern und Jugendlichen sind räumlich ungleich verteilt. Das Sozial- und Bildungsmonitoring ermöglicht einen Blick auf die kommunalen Unterschiede, deren Kenntnis von zentraler Bedeutung ist, wenn konkrete Handlungsbedarfe abgeleitet werden sollen. In diesem Werkstattbericht werden Indikatoren zu den soziodemographischen und fiskalischen Rahmenbedingungen sowie zu den Übergängen in die Kita, in die Grundschule, in die weiterführende Schule, in die Sekundarstufe II und in den Arbeitsmarkt analysiert (biographische Dimension). Gegenstand der Untersuchungen sind die Kreise und kreisfreien Städte Nordrhein-Westfalens (räumliche Dimension). Als Datenbasis fungieren die Berichtsjahre 2006 und 2011/12. Somit werden empirische Befunde und Entwicklungen vor dem Beginn des KeKiz-Modellvorhabens vorgestellt (zeitliche Dimension).

There is an uneven distribution of educational and health opportunities for children and young people. Social and educational monitoring makes it possible to examine these differences between municipalities. An awareness of the differences is extremely important in order to identify specific areas requiring action. This working paper analyses indicators relating to socio-demographic and fiscal conditions, and to transitions into nursery, primary school, secondary school, post-16 education and the workplace (biographical dimension). The report investigates the rural and urban districts of North Rhine Westphalia (spatial dimension). It uses data from the years 2006 and 2011/12. As such, it is possible to present empirical findings and developments from before the introduction of the KeKiz ("Leave No Child Behind" model project (temporal dimension).

[www.bertelsmann-stiftung.de](http://www.bertelsmann-stiftung.de)  
[www.kein-kind-zuruecklassen.de](http://www.kein-kind-zuruecklassen.de)  
[www.zefir.ruhr-uni-bochum.de](http://www.zefir.ruhr-uni-bochum.de)

ISSN-Print 2199-6393  
ISSN-Internet 2199-6407